National- und Imperialprotektionismus in England

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

genehmigt von der

Philosophischen Fakultät der

Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

Von

Gisela Weber

aus Berlin

Tag der mündlichen Prüfung: 17. Januar 1935

Tag der Promotion: 10. Mai 1935

1935

Druck: Triltsch & Huther, Berlin

71

Referenten: Prof. Dr. v. Dietze.
Prof. Dr. v. Gottl-Ottlilienfeld.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Gliederung.

Seite

I. Allgemeines über den Niederschlag national- und imperialprotektionistischer Tendenzen in der modernen volkswirtschaftlichen Literatur Englands 5

II. Die national-protektionistische Strömung 7
A. Vorbemerkung 7
B. Die Forderung der Entwicklung der Landwirtschaft 7
1. Die Lage der englischen Landwirtschaft 7
2. Die Einstellung der englischen Wirtschaftspolitik der Landwirtschaft gegenüber vor und seit dem Weltkriege 9
3. Agrarpolitische Ziele der national-protektionistischen Strömung 10
4. Agrarpolitische Methoden in national-protektionistischem Sinne unter besonderer Berücksichtigung der von der gegenwärtigen Agrarpolitik Englands bereits eingeschlagenen Wege 14
5. Die Abweichung der gegenwärtigen Agrarpolitik von national-protektionistischen Tendenzen 18
C. Die Forderung der Verschiebung des industriellen Schwergewichts von der Produktion für den Weltmarkt zu der für den Binnenmarkt 19
1. Grundlagen dieser Forderung 19
2. Aufgaben einer Wirtschaftspolitik in diesem Sinne und bereits verwirklichte Ansätze hierzu 20

III. Die imperial-protektionistische Strömung 23
A. Geschichte 23
B. Die durch den imperialen Wirtschaftsverkehr geschaffenen Grundlagen für imperial-protektionistische Bestrebungen und die von der englischen Wirtschaftspolitik in diesem Sinne bereits eingeschlagenen Wege 27
1. Die Handelsbeziehungen als Band zwischen Großbritannien und den Empireländern 27
a) Die Bedeutung der Empiremärkte für den englischen Export vor und seit dem Weltkriege 27
b) Die Bedeutung Großbritanniens als Markt für die wichtigsten Empireländer vor und seit dem Weltkriege 34
c) Die Entwicklung der imperialen Handelsbeziehungen seit 1932 und die sie beeinflussenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen 44
2. Die finanziellen Beziehungen zwischen Großbritannien und den Empireländern 47
a) Allgemeines über die Kapitalversorgung der Empireländer vor und seit dem Weltkriege und ihre Bedeutung für die Handelsbeziehungen mit diesen Ländern 47
b) Imperial-protektionistische Wünsche hinsichtlich der Kapitalmarktpolitik 49
c) Der Kapitalexport Großbritanniens in seiner geographischen Verteilung vor und seit dem Weltkriege 49
d) Bereits getroffene wirtschaftspolitische Maßnahmen im imperial-protektionistischen Sinne 51
e) Schwierigkeiten in der Ausgestaltung der finanziellen Beziehungen 53
f) Ansätze zu einer Verstärkung der finanziellen Bande seit Ottawa 53

Seite

C. Gegenkräfte auf wirtschaftlichem Gebiet in den Empireländern: Die Industrialisierung der Empireländer 54
1. Vorbemerkung 54
2. Überblick über die wichtigsten Zweige des Exports in Großbritannien 54
3. Der Wettbewerb der industriellen Produktion der Empireländer und ihre Zollpolitik vor und nach Ottawa 56
a) Canada 56
b) Australien 59
c) Neuseeland 61
d) Südafrika 61
e) Indien 62
f) Der Standpunkt der Imperial-Protektionisten zum Problem der Industrialisierung der Empireländer 64
D. Sonstige — nicht-wirtschaftliche — Bande zwischen Großbritannien und den Empireländern im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Fortsetzung und den Ausbau der wirtschaftspolitischen Verknüpfung: Die wehrpolitische Abhängigkeit der Dominions von Großbritannien 66
1. Vorbemerkung 66
2. Australien und Neuseeland 67
3. Canada 68
4. Südafrika 68
5. Einfluß der Zugehörigkeit zum Empire auf die Kosten der Landesverteidigung 69
E. Zusammenfassung: Rechtfertigt die Entwicklung der imperialen Wirtschaftsbeziehungen eine Politik in imperial-protektionistischem Sinne? 70

IV. Die verschiedenen Tendenzen in der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik Englands, insbesondere der Widerstreit zwischen National- und Imperialprotektionismus 71

I. Allgemeines über den Niederschlag national- und imperialprotektionistischer Tendenzen in der modernen volkswirtschaftlichen Literatur Englands.

Die gegenwärtige Zeit wird in der volkswirtschaftlichen Literatur Englands vielfach als eine solche der Wirtschaftswende aufgefaßt. Diese Wende sieht man einerseits in der Tendenz der Völker zur wirtschaftlichen Abschließung, andererseits in der Tendenz der einzelnen Volkswirtschaften, dem Staat mehr und mehr eine führende Rolle im Wirtschaftsleben einzuräumen.

Auf dem Hintergrund dieser Ansicht von einem Wandlungsprozeß in den weltwirtschaftlichen Beziehungen und in der volkswirtschaftlichen Organisation ergeben sich wirtschaftspolitische Strömungen, denen gemeinsam ist, daß sie protektionistisch sind, d. h. die staatliche Förderung bestimmter Wirtschaftszweige und ihre Begünstigung vor anderen im Hinblick auf die ihnen beigemessene besondere Bedeutung für die Gesamtwirtschaft anstreben. Sie stehen somit im Gegensatz zu der für England ehemals bedeutenden, seit dem Weltkriege jedoch immer mehr geschwächten wirtschaftspolitischen Ideenrichtung des Liberalismus, dem aller wirtschaftliche Fortschritt von der möglichst freien Entfaltung der Wirtschaftskräfte abzuhängen schien, wobei dem Staat lediglich eine ordnende Rolle zuerkannt wurde[1]). Die Verschiedenheit dieser protektionistischen Strömungen liegt darin, wie man sich die zukünftige wirtschaftliche Stellung Englands in der veränderten Welt denkt. Die Vorstellungen hiervon drehen sich im wesentlichen um folgendes Problem[2]):

Wird der Schwerpunkt der englischen Wirtschaft weiterhin im Export und in Dienstleistungen für den internationalen Wirtschaftsverkehr liegen können, oder werden diese Zweige des Wirtschaftslebens in Zukunft von geringerer Bedeutung sein, so daß eine auf Wahrung ihrer Interessen gerichtete Wirtschaftspolitik verfehlt ist, wenn sie auf Kosten der für den heimischen Markt arbeitenden Wirtschaftszweige getrieben wird?

Die Anhänger der Auffassung, daß England auch weiterhin in hohem Maße vom Außenhandel abhängig sein wird, verlangen eine Politik zugunsten der hauptsächlich für den Export arbeitenden Industrie[3]). Angesichts der allgemeinen Tendenz zum wirtschaftlichen Nationalismus sehen sie sich auf die Märkte des britischen Empire angewiesen. Die Autarkiebestrebungen anderer Länder, die einzeln eine völlige Selbstgenügsamkeit nicht erreichen können, scheinen ihnen auf die zukünftige Entwicklung großer Wirtschaftsräume hinzu-

---

[1]) Vgl. hierzu Leubuscher, Liberalismus und Protektionismus in der englischen Wirtschaftspolitik seit dem Kriege, Jena 1927. Philippovich, Grundriß der politischen Ökonomie, I. Band, S. 445.

[2]) Allgemeines über diese Problemstellung und die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Tendenzen: Gregory, Addendum III zum Report 1931 des Committee on Finance and Industry (Macmillan-Committee) Cmd. 3897, S. 225 ff.; Newbold, ebenda S. 255; Courtois de Viçose: Le Commerce Extérieur de la Grande Bretagne, Paris 1932, S. 471 ff.

[3]) Über diese Industrien vgl. weiter unten Seite 54 ff.

deuten[4]). Sie streben eine Wirtschaftspolitik an, die auf einen möglichst engen wirtschaftspolitischen Zusammenschluß des britischen Empire hinarbeitet, umso mehr als sich die Empireländer sonst zu anderweitigen Zollunionen entscheiden könnten. Die Idee eines wirtschaftspolitischen Zusammenschlusses der Empireländer mit dem Mutterlande gipfelt in der Vorstellung eines im wesentlichen selbstgenügsamen Empire-Zollvereins mit Freihandel im Innern und Zöllen nach außen. In abgeschwächter Form wird diese Idee mit dem Ziel eines möglichst weit ausgebauten Vorzugszollsystems innerhalb des Empire vertreten, wie es die auf der Empire-Wirtschaftskonferenz zu Ottawa 1932 geschlossenen Verträge bereits angebahnt haben.

Die Anhänger der entgegengesetzten Auffassung suchen darzulegen, daß der internationale Handel infolge der Verbreitung der industriellen Technik in den früher auf die Erzeugung und den Export von Agrarprodukten und Rohstoffen spezialisierten Ländern immer mehr an Bedeutung verlieren würde und daß England wie auch andere Länder genötigt sei, sich in weit höherem Maße als bisher auf sich selbst zu stellen. Sie stützen ihre wirtschaftspolitischen Forderungen auf den Rückgang des englischen Exports und die daraus entstandene Arbeitslosigkeit. Sie verlangen Entwicklung der Landwirtschaft zwecks Erreichung eines möglichst hohen Grades an Selbstgenügsamkeit. Daneben glauben sie, durch wirtschaftspolitische Maßnahmen eine bereits im Gange befindliche Verlegung des wirtschaftlichen Schwergewichts von der Produktion für den Weltmarkt auf die für den Binnenmarkt fördern zu müssen. Die gegenwärtige englische Wirtschaftspolitik enthält, wie später im Anschluß an die in der volkswirtschaftlichen Literatur zum Ausdruck kommenden Strömungen noch im einzelnen zu zeigen sein wird, beide Tendenzen. In ihr schlägt sich sowohl die Tendenz zum wirtschaftlichen Zusammenschluß des Empire nieder, wie die durch die Ottawa-Verträge angebahnte Politik beweist, als auch die Tendenz zur Förderung des heimischen Marktes, besonders zur Entwicklung der heimischen Landwirtschaft.

Beide Tendenzen in konsequenter Verfolgung sind jedoch gegeneinander gerichtet, und wie die englische Wirtschaftspolitik der Vergangenheit zwei entgegengesetzte Tendenzen, die freihändlerische und die imperialistisch-protektionistische[5]), zeigte, so kann man jetzt von einem Widerstreit der national-protektionistischen und der imperial-protektionistischen Wirtschaftstendenzen[6]) sprechen.

Wir betrachten im folgenden den wirtschaftspolitischen Inhalt der beiden Strömungen, und zwar die wirtschaftlichen Tatsachen, auf die sie sich stützen, die in der Literatur zum Ausdruck kommenden wirtschaftspolitischen Forderungen und den Weg, den die Politik bereits in diesem Sinne eingeschlagen hat.

[4]) Vgl. Douglas Smith, Economics of Empire Trade London 1930, S. 150. FIB (Federation of British Industries) Business Barometer, The Way Out (Statist vom 5. 11. 32, Business and Internationalism.).

[5]) Vgl. v. Schultze-Gaevernitz, Britischer Imperialismus und englischer Freihandel, 1906; Siegfried, L'Angleterre d'aujourd'hui, Paris 1924; Leubuscher, a.a.O.; Christian, Die englische Handelspolitik seit dem Kriege, Berliner Dissertation 1928.

[6]) Diesen Gegensatz deutet Leubuscher 1927 a.a.O., S. 113 f. an. Er hat sich inzwischen verschärft.

II. Die nationalprotektionistische Strömung [7]).

A. Vorbemerkung.

Es handelt sich hier nicht um eine geschlossene wirtschaftspolitische Richtung, sondern um vielfach nur für Einzelgebiete des Wirtschaftslebens vertretene Forderungen, in denen sich eine Tendenz zur Abkehr vom Welthandel bemerkbar macht. Das Gesamtbild dieser Forderungen ergibt das, was wir hier im Gegensatz zu der imperial-protektionistischen Strömung als national-protektionistische bezeichnen oder, um einen Ausdruck des Economist in einem sich mit dieser Strömung auseinandersetzenden Artikel[8]) zu gebrauchen, als isolationistische. Wir betrachten jetzt getrennt die beiden eingangs erwähnten Probleme, um die national-protektionistische Forderungen sich drehen.

B. Die Forderung der Entwicklung der Landwirtschaft.

1. Die Lage der englischen Landwirtschaft.

Führen wir uns zunächst die wirtschaftlichen Tatsachen, aus denen die Forderung der Entwicklung der Landwirtschaft entspringt, vor Augen.

Die englische Landwirtschaft[9]) profitierte während des Weltkrieges und der ersten zwei Nachkriegsjahre von einer Periode allgemein hoher Agrarpreise, die jedoch von 1920 an fielen[10]). Die Agrarpreise waren in den Jahren 1922 und 1923 stärker gesunken als die Preise anderer wichtiger Güter, wie die Großhandels-Indexzahlen des Board of Trade zeigen[11]). Diese Zahlen zeigen ferner, daß von den einzelnen Agrarprodukten Getreide von dem Preisfall im großen und ganzen stärker betroffen ist als Fleisch. 1924-28 ist eine Besserung insofern zu verzeichnen, als das stärkere Fallen der Agrarpreise gegenüber dem Preisniveau anderer Güter aufhört und das Vorkriegsverhältnis der Agrarpreise zu den Preisen der übrigen Waren im wesentlichen wiederhergestellt ist[12]). 1929 tritt ein Fallen

[7]) Vgl. hierzu: Montague Fordham, Britain's Trade and Agriculture, London 1932; Astor u. Murray, Land and Life, the Economic National Policy for Agriculture, Oxford 1932; dieselben, The Planning of Agriculture, Oxford 1933; Fielding, Your Road to Prosperity, London 1923; Lymington, Horn, Hoof, and Corn, the Future of British Agriculture, London 1932; Keynes, Artikel in „Nation and Athenaeum" v. 17. 1. 25, S. 564; v. 12. 2. 27, S. 651; in „New Statesman and Nation" Juli 1933: National Self-Sufficiency; Landwirtschaftsminister Elliot, Vortrag im Londoner Rundfunk im Rahmen der Vortragsreihe: „Whither Britain?" am 27. 3. 34, nach „Daily Telegraph" v. 28. 3. 34, The Economic Future of Britain. — Auseinandersetzungen mit der isolationistischen Idee bei Gregory a.a.O.; Brand im Macmillan-Report, S. 215; Economist v. 22. 7. 33: The Gospel of Self-Sufficiency. Allgemeines darüber bei Leubuscher a.a.O. S. 17/18; Gregory, Great Britain and Foreign Investments in dem Sammelwerk: Foreign Investments, Chicago 1928, herausgegeben von Cassel.

[8]) The Gospel of Self-Sufficiency a.a.O.

[9]) Vgl. darüber Russell, The Farm and the Nation, London 1933; Astor u. Murray a.a.O.; International Agricultural Institute, The Agricultural Situation in 1929/30, Rom 1931, und 1930/31, Rom 1932; v. Dietze, die gegenwärtige Agrarkrisis, Berlin 1930; Brentano, Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands, III. Band, Jena 1929; Levy, Die englische

aller Preise ein, aber wiederum ein stärkeres Fallen der Getreidepreise, wie die erwähnten Indexzahlen zeigen. Jedoch fielen auch die Preise für Fleisch und Molkereiprodukte seit 1930 bzw. 1931 stark[13]).

Die landwirtschaftlichen Löhne sind seit 1926 im Gegensatz zu den sinkenden Agrarpreisen ziemlich stabil geblieben[14]).

Diese Starrheit der landwirtschaftlichen Löhne wirkte sich in der englischen Landwirtschaft deswegen besonders nachteilig aus, weil diese mehr als die anderer Länder auf Lohnarbeit eingestellt ist[15]) und, wie das internationale landwirtschaftliche Institut in Rom feststellt[16]), die für England typische Betriebsgröße weder der mit Familienkräften auskommenden kleinen Bauernwirtschaft, noch dem mit relativ wenig Arbeitern auskommenden mechanisierten Großbetrieb günstig ist.

Diese Entwicklung zwang den englischen Landwirt zur Umstellung. Es wiederholte sich ein Prozeß, der in der englischen Agrargeschichte schon einmal im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts bei sinkenden Weizenpreisen zu beobachten war[17]), die Umwandlung von Ackerland in Weideland, nachdem die Ackerfläche während des Krieges bedeutend ausgedehnt worden war[18]). Von einer gesamten

---

Wirtschaft, Leipzig 1922; The Statist, Banking and Commercial Review Section v. 18. 2. 33 und 17. 2. 34: British Agriculture in 1932 bezw. 1933.

[10]) Gründe für das Anziehen der Preise während des Krieges waren die Ausschaltung von Agrarproduzenten durch die Kriegshandlungen (Rußland) und die Knappheit an Schiffsraum. Auch in den ersten Nachkriegsjahren kamen Rußland u. Osteuropa als Agrarexporteure nicht in Frage. Ferner trägt zur Preishochhaltung bei, daß Deutschland und Österreich nach der Hungerszeit des Krieges glänzende Märkte für Agrarprodukte abgeben. — Das Sinken der Preise ab 1920 ist auf einen Rückgang der Preise überhaupt als Folge der Deflationspolitik der USA zurückzuführen. Nach v. Dietze a.a.O.

[11]) Vgl. Statistical Abstract for the United Kingdom, Cmd. 4489, S. 218.

[12]) nach v. Dietze a.a.O.

[13]) Vgl. die Indexzahlen des Statist, Banking and Commercial Review Section v. 17. 2. 34, S. 12, für die Preise verschiedener landwirtschaftlicher Produkte in England.

[14]) Der durchschnittliche Wochenlohn für männliche Landarbeiter betrug: 1914 18 sh; 1927 u. die folgenden Jahre 31 sh 8 d bezw. 31 sh. 7½ d. 1931 sank er auf 31 sh 4 d, 1932 auf 30 sh. 11 d. Nach Statistical Abstract for the United Kindom 1913 u. 1919/32, S. 122; Wirtschaft u. Statistik, 1. Septemberheft 1932, S. 545. — 1933 waren die Agrarpreise unter den Vorkriegsstand gesunken, während die landwirtschaftlichen Löhne trotz der Senkung der letzten Jahre noch 70% über dem Vorkriegsstand lagen. Nach House of Commons: Debates 1933—34, Vol. 283, Nov 21. to Dec. 8, S. 477. Vgl. dazu ferner: International Institute of Agriculture, The Agricultural Situation in 1931/32, S. 404.

[15]) Nach dem International Year Book of Statistics, International Agricultural Institute, 1929—30, S. 651—74, kamen in England (1921) auf 1000 landwirtschaftliche Betriebe 222 Landarbeiter, in Holland (1920) 188, in Deutschland (1925) 125, in Australien (1921) 125, in Dänemark (1921) 91 und in U.S.A (1920) 42. Allerdings dürften die Zahlen, wie Russell, S. 173, betont, jetzt niedriger sein.

[16]) The Agricultural Situation in 1929/30, S. 101/102.

[17]) Vgl. Levy, S. 71.

[18]) Siehe weiter unten Seite 10.

landwirtschaftlich genutzten Fläche von 44,9 Millionen Acres waren 1920 15,4 Millionen, also 34%, Ackerland, 1931 dagegen waren von einer Gesamtfläche von 44,7 Millionen Acres nur 12,6 Millionen, also nur 28%, Ackerland[19]). Denn die Fleischproduktion, besonders die hochwertigen Fleisches[20]), erwies sich als rentabler als der Körnerbau, zumal da im Fleischkonsum Verschiebungen zugunsten von jungen Tieren eingetreten waren, sodaß der Bauer sein Vieh nicht mehr so lange zu halten brauchte wie früher[21]). Es kommt hinzu, daß die Weidewirtschaft weniger Arbeitskräfte fordert als der Körnerbau oder die Verbindung von Körnerbau und Viehzucht (mixed farming), falls der Betrieb nicht mechanisiert ist[22]). Soweit die Farmer es sich leisten konnten, mechanisierten sie ihren Betrieb, was wiederum zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit beitrug[23]).

Die hier geschilderten Umstellungsbemühungen der englischen Landwirte waren jedoch nicht geeignet, die gesamte englische Landwirtschaft vor Schwierigkeiten zu bewahren. Nicht alle Farmer konnten sich auf Weidewirtschaft umstellen. Die Boden- und Witterungsverhältnisse sind zu unterschiedlich, sodaß sich nicht alle Gegenden in England für Weideland eignen. Dies trifft besonders für die östlichen Grafschaften zu, wie Essex, Suffolk, Norfolk, Lincoln[24]). Hier rentierte sich der ungünstigen Preise wegen weder der Körnerbau noch der natürlichen Besonderheiten wegen die Weidewirtschaft. So kam es, daß die Farmer in diesen Gegenden am meisten litten[25]).

Vergleicht man die Lage der verschiedenen landwirtschaftlichen Betriebe in England, so ergibt sich folgendes[26]): Die Weidewirtschaften und die auf Qualitätsproduktion, wie hochwertige Früchte, eingestellten Betriebe konnten sich bisher halten, während der Getreidebau im allgemeinen stark gelitten hatte. Vom Standpunkt der Betriebsgröße und Betriebsweise aus gesehen, konnten sich die Farmer mit mechanisiertem Betrieb halten, sowie die auf der Arbeit des Wirts und seiner Familie beruhenden Kleinwirtschaften. Schwere finanzielle Verluste dagegen erlitten die Landwirte, die in größerem Maße Arbeiter beschäftigten.

2. Die Einstellung der englischen Wirtschaftspolitik der Landwirtschaft gegenüber vor und seit dem Weltkriege.

Die vor dem Weltkriege die englische Wirtschaftspolitik im wesentlichen beherrschende freihändlerische Einstellung überließ die Lebensmittelversorgung dem Grundsatz des billigsten Bezuges, ganz gleich, woher. So wurde England vor dem Kriege mit 52% seines Bedarfs an im Inland erzeugbaren Lebensmitteln von ausländischen

---

[19]) Nach Russell, S. 79.

[20]) Über die Bedeutung der Qualitätsproduktion für die englische Landwirtschaft vgl. Levy S. 73.

[21]) Nach Russell, S. 32.

[22]) Nach Russell, S. 195.

[23]) Vgl. Russell, S. 196 ff.: The Effect of Mechanisation.

[24]) Vgl. Taylor, Production and Trade, a Geographical Survey of all the Countries in the World, London 1930, S. 220.

[25]) Nach Skilbeck and Messer, The Incidence of Farming Prosperity and Depression, Oxford 1929, S. 25—30.

[26]) Nach Russell, S. 36.

bezw. Empirequellen abhängig[27]). Die Gefahr des Verhungerns im Kriege führte zu einer völligen Umstellung. Der Staat, der bisher in der Ungebundenheit des Landwirts das beste Mittes zur Erzielung höchster Erträge gesehen hatte, schrieb vor, was die Landwirtschaft anzubauen hatte[28]), sicherte den Anbau durch Preisgarantie auf eine bestimmte Reihe von Jahren und sicherte auch dem leistungsfähigen Arbeiter einen Mindestlohn. Auf diese Weise sind die Ackerfläche während des Krieges um 2 900 000 Acres und die Erträge des Anbaus von Weizen um 5%, von Hafer um 39%, von Kartoffeln um 59% gestiegen[29]). Im Jahre 1921 ist die Regierung von der staatlichen Regelung der Landwirtschaft zurückgetreten. Zwar hatte das Getreideproduktionsgesetz von 1920 eine weitere Ausdehnung der Anbauverpflichtung und der Preisgarantie vorgesehen, aber das Fallen der Preise machte die Verpflichtung aus diesem Gesetz für den Staat untragbar, so daß diese Politik aufgegeben werden mußte.

Die Wirtschaftspolitik nach dem Weltkriege hat zwar gewisse Einzelmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft zu verzeichnen, so die Subventionierung des Zuckerrübenbaus durch das British Sugar (Subsidy) Act von 1925. Auch wendet man eingedenk der Gefahren des Krieges in allen Parteien der Landwirtschaft eine erhöhte Aufmerksamkeit zu[30]). Von einer zielbewußten Politik zur Förderung der heimischen Agrarproduktion kann aber nicht die Rede sein. Die Abhängigkeit Englands von ausländischer bezw. imperialer Lebensmittelversorgung steigerte sich nach dem Kriege noch auf 55% [vgl. [27])]. Die Landbevölkerung machte nach dem Stand von 1921 nur 20,7%, die in der Landwirtschaft Arbeitenden nur 3,1% der Gesamtbevölkerung aus[31]). Großbritannien ist dasjenige Land, in dem die Landwirtschaft den geringsten Teil der Volksarbeit in Anspruch nimmt[32]), in dem der geringste Anteil am Volkseinkommen auf die Landwirtschaft entfällt[33]), und in dem die landwirtschaftlichen Betriebe den geringsten Anteil am Volksvermögen darstellen[34]). Erst unter der „nationalen Regierung" seit 1931 begann die englische Wirtschaftspolitik eine starke agrarpolitische Aktivität zu entfalten, auf die im einzelnen weiter unten eingegangen wird.

3. Agrarpolitische Ziele der national-protektionistischen Strömung.

Aus der oben geschilderten Lage heraus ergeben sich nun die Forderungen der National-Protektionisten:

1. Nach Steigerung der heimischen Lebensmittelproduktion und

---

[27]) Nach The Agricultural Output and the Food Supplies of Great Britain, Ministry of Agriculture and Fisheries 1929, und Russell.

[28]) Durch das Getreideproduktionsgesetz von 1917 (7& 8 Geo. V. c 46).

[29]) Vgl. Brentano a.a.O., S. 463.

[30]) Vgl. Leubuscher, S. 57, und v. Renvers, Die Agrarprogramme der politischen Parteien in England, Berliner Dissertation 1933.

[31]) Nach Astor u. Murray, Land and Life, S. 39.

[32]) Nach Woytinski, Die Welt in Zahlen, 3. Buch, S. 3/4 liegt der Anteil der Landwirtschaft an der Volksarbeit in Großbritannien zwischen 10 und 20%, in Deutschland und USA zwischen 30 und 40%, in Frankreich zwischen 40 und 50%, womit nur einige wesentliche Beispiele der Aufstellung entnommen sind.

[33]) Woytinski, 3. Buch, Tafel 1.

[34]) Woytinski, 3. Buch, Tafel 1.

Erlangung eines möglichst hohen Grades wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit.

2. Nach Schaffung möglichst vieler Arbeitsgelegenheiten auf dem Lande.

Betrachten wir zunächst die Steigerung der Lebensmittelproduktion. England produzierte vor dem Kriege durchschnittlich 47,2% seines Bedarfs an im Inland erzeugbaren Lebensmitteln selbst, seit dem Kriege durchschnittlich 44,1%[35]). Man ist sich in der einschlägigen Literatur darüber einig, daß mehr erzeugt werden soll und kann. Strittig dagegen sind folgende Punkte:

1. Wieviel mehr kann erzeugt werden?

2. Welche Zweige der englischen Landwirtschaft sollen für eine Mehrerzeugung besonders organisiert werden, alle oder nur bestimmte und welche?

Bezüglich des ersten Problems liegen verschiedene Schätzungen vor. Erwähnt sei die von Keeble[36]), der unter Angabe seiner Kalkulationsbasis glaubt, daß bei Vornahme bestimmter Verbesserungen in der Technik der Agrarproduktion die Hälfte des Konsums von der heimischen Landwirtschaft gedeckt werden könne. Fordham[37]) fußt auf einer Schätzung der Empire Industries Association und glaubt, daß England die Hälfte seiner Einfuhr selbst erzeugen könne, was auf eine Eigenproduktion von etwa 75% des Bedarfs hinaus käme. Charles Fielding[38]) schließlich führt in einer in der Nachkriegszeit erschienenen Schrift aus, daß der ganze Bedarf an in England erzeugbaren Lebensmitteln durch Eigenerzeugung gedeckt werden könne. Auch Lymington[39]) rechnet mit der Möglichkeit einer fast völligen Unabhängigmachung Englands von der Versorgung mit ausländischen Agrarprodukten.

Alle diese Schätzungen sind, wie Russell[40]) betont, mit Vorsicht aufzunehmen, da in dieser Hinsicht nichts mit Sicherheit gesagt werden kann. Die Geschichte der englischen Landwirtschaft hat Zeiten zu verzeichnen, in denen eine starke Erhöhung der Produktion angestrebt und auch erreicht wurde. Vor 1880 verlangte die wachsende Bevölkerung des aufblühenden Industrielandes nach höherer Lebensmittelerezugung, die, da die Lebensmitteleinfuhr von Übersee noch nicht entwickelt war, von der heimischen Landwirtschaft vorgenommen wurde[41]). Ebenso hat England, wie bereits erwähnt, im Weltkriege seine Lebensmittelproduktion erheblich gesteigert.

In beiden Fällen jedoch wirkten Faktoren mit, die für die gegenwärtige Lage nicht zutreffen und deren Herbeiführung den Verfechtern einer national-protektionistischen Wirtschaftspolitik auch nicht erwünscht scheint[42]). Im ersten Falle war der Lebensstandard

---

[35]) Vgl. [27]).

[36]) Fertilisers and Food Production, Oxford 1932, besonders S. 78 ff. und S. 89.

[37]) a.a.O., S. 41.

[38]) Your Road to Prosperity, London 1923.

[39]) Horn, Hoof and Corn, 1932.

[40]) S. 202.

[41]) Vgl. Russell, S. 193.

[42]) Vgl. Astor u. Murray: Planning of Agriculture, S. 177.

verhältnismäßig niedrig, im zweiten Fall standen Konsum und Produktion unter Staatskontrolle, die durch einen kostspieligen Apparat ausgeübt wurde.

Auf alle Fälle aber bedarf es, um überhaupt eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion herbeizuführen, einer Sicherung der Produzenten vor Preisschwankungen. Dies führt zu der zweiten Frage, welche Zweige der englischen Landwirtschaft durch eine solche Politik für eine Mehrerzeugung besonders zu organisieren sind.

Im Jahre 1931 waren von 30,6 Millionen Acres landwirtschaftlich genutzer Fläche nur 9,6 Millionen Acres, also etwa 1/3, Pflugland, während der Rest ständiges Weideland war[43]). Von der gesamten verkauften landwirtschaftlichen Produktion von 196,8 Millionen £ in England und Wales 1930/31 entfielen nach Russell[44]) 36,4 Millionen, rund 19%, auf Korn, Futter- und Wurzelgewächse, 138,7 Millionen, 70%, auf Vieh und tierische Produkte und 21,7 Millionen, 11%, auf Gärtnereierzeugnisse. In Schottland und Nordirland ist, wie Russell — allerdings mit Bezug auf das Jahr 1925 — zeigt, die Lage ähnlich. Es entfallen in Schottland 19%, in Nordirland 20% auf Getreide, Futter- und Wurzelpflanzen, in Schottland 79%, in Nordirland 77% auf Vieh und Viehprodukte, in Schottland 2%, in Nordirland 3% auf Gärtnereierzeugnisse.

Das Schwergewicht der englischen Landwirtschaft liegt somit in der Viehzucht und Weidewirtschaft. Die Anhänger einer vorwiegend landwirtschaftlich orientierten Wirtschaftspolitik vertreten dennoch zum Teil die Ansicht, daß der Weizen eine Schlüsselstellung in der Landwirtschaft einnehme und daß, obgleich der Wert des verkauften Weizens in der Regel nicht mehr als 4% des Wertes der verkauften Agrarprodukte ausmacht[45]), die Agrarpolitik für den Schutz der Weizenbauer und die Erweiterung des Weizenbaus in erster Linie sorgen müsse[46]). Andererseits ist man der Ansicht, daß angesichts der weit größeren Bedeutung, die die Viehzucht in der englischen Landwirtschaft habe, und der besonderen natürlichen Eignung Englands hierfür diesem Zweige die Hauptsorge der Agrarpolitik gebühre. Die Schlüsselstellung des Weizens wird angefochten, wobei folgendes geltend gemacht wird: Der Weizen ist weder das Hauptprodukt für die Ernährung, noch ist er für den Fruchtwechsel notwendig, noch bietet eine Ausdehnung des Weizenbaus mehr Arbeitsmöglichkeiten, da es wahrscheinlich ist, daß bei einer Subventionierung der Weizenbauer ein Teil derselben in die Lage gesetzt wird, den Betrieb zwecks Erzielung eines überdurchschnittlichen Profits zu mechanisieren, wodurch wieder Arbeitskräfte überflüssig werden. Eine Subventionspolitik zugunsten der ackerbauenden Landwirte wird deshalb nur als Notmaßnahme für auf Körnerbau angewiesene Bezirke bei abnormer Weltpreislage für gerechtfertigt erklärt[47]).

Die Befürworter einer auf Agrarentwicklung eingestellten Wirt-

[43]) nach Russell, S. 79.

[44]) S. 80.

[45]) nach Russell, S. 82.

[46]) So Ruggles-Brise in „Journal of the Farmers' Club" (vgl. Astor u. Murray, Land and Life, S. 62 ff.). Vgl. ferner „Official Leaflet" der konservativen Partei No. 3185, Juni 1930.

[47]) Von Astor u. Murray und Russell.

schaftspolitik sind meist der Ansicht, daß eine auf Mehrerzeugung hinzielende Agrarpolitik auch gleichzeitig eine Vermehrung der Arbeitsmöglichkieten auf dem Lande zur Folge haben würde[48]). Dies ist jedoch nicht ohne weiteres der Fall. Vielmehr hängt das Maß der durch Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion geschaffenen Möglichkeit, die in der Industrie überflüssig gewordenen Arbeitskräfte zu absorbieren, davon ab, welche Betriebssysteme und Produktionsrichtungen hauptsächlich gefördert werden[49]). Nach einer Tabelle von Russell[50]) beschäftigt die meisten Menschen je 100 Acres die Marktgärtnerei, es folgt der Obstbau, alsdann die Milchwirtschaft. Die Förderung dieser Zweige durch Erhöhung des Konsums an Milch, Obst und Gemüse wird deshalb als wünschenswert hingestellt[51]), ebenso Maßnahmen zur Steigerung der Eigenproduktion von Butter und Käse. Wie Lymington ausführt[52]), würde ein Ersatz der Einfuhr von Butter, Käse und sonstigen Milchprodukten durch Eigenproduktion eine unmittelbare Steigerung der Nachfrage nach Arbeitern auf dem Lande um 350 000 Menschen zur Folge haben. Da eine Erhöhung des Milchviehbestandes gleichzeitig zu einer Erhöhung der Fleischproduktion führen würde, würde eine weitere Vermehrung der Arbeitskräfte um 100 000 eintreten. Selbstgenügsamkeit in der Schweinefleischversorgung würde weitere 68 000 direkt auf dem Lande beschäftigen, Selbstgenügsamkeit in der Geflügelversorgung 35 000. Eine Erhöhung der Produktion in diesen Zweigen der Landwirtschaft würde ferner eine Belebung der Wirtschaft in anderen Zweigen darstellen. So würden Käse- und Butterfabriken entstehen, Schlachthäuser, Baconräuchereien usw. In der Landwirtschaft selbst würde der Anbau von Futterpflanzen und Getreide zu Futterzwecken angeregt werden[53]). Ferner würde die für den landwirtschaftlichen Bedarf produzierende Industrie belebt werden.

Es wird geltend gemacht, daß eine Subventionspolitik zugunsten des Weizenbaues nicht die gleichen sozialen Erfolge haben würde wie eine Förderung der Viehzucht und ihrer Nebenzweige. Wie schon weiter oben erwähnt, glaubt man, daß eine Preisgarantie auf Weizen manche Landwirte zur Mechanisierung ihrer Betriebe veranlassen und so weitere menschliche Kräfte überflüssig machen würde. Der Weizenbau ist ferner der im sozialen Interesse befürworteten Politik der kleinen Güter (small holdings) nicht günstig. Wohl aber können Rinderzucht, Rindermästerei, Milchwirtschaft auf kleinen Familienwirtschaften betrieben werden[54]).

Den von den National-Protektionisten gestellten Forderungen nach möglichst großer Selbständigkeit in der Lebensmittelversorgung im Verein mit einer bevölkerungspolitischen Reagrarisierung würde danach eine hauptsächlich auf Förderung der Viehwirtschaft eingestellte Agrarpolitik am nächsten kommen.

[48]) So glaubt Fordham, ohne nähere Angaben zu machen, eine Million Arbeitsloser auf dem Lande unterbringen zu können.

[49]) Nach Astor u. Murray und Russell.

[50]) S. 195.

[51]) Russell, S. 196, Astor u. Murray, Land and Life, S. 117.

[52]) In „The Field" vom 21. 11. 31.

[53]) Der englische Weizen wird dem importierten als Futter zum Teil vorgezogen, so z. B. als Geflügelfutter. Nach Astor, Land & Life, S. 54.

[54]) Nach Russell.

4. Agrarpolitische Methoden in national-protektionistischem Sinne unter besonderer Berücksichtigung der von der gegenwärtigen Agrarpolitik bereits eingeschlagenen Wege.

Wirtschaftspolitische Methoden im Sinne national-protektionistischer Forderungen, nämlich direkte staatliche Begünstigung zur Steigerung der Rentabilität der Landwirtschaft und in Ergänzung dazu die Förderung organisatorischer Maßnahmen zwecks Verbesserung der Produktion und der Absatzbedingungen sind von der Agrarpolitik der „nationalen Regierung" seit 1931 angewandt worden.

Wir geben im folgenden einen Überblick über diese Maßnahmen[55]), um sie alsdann mit den Forderungen der National-Protektionisten zu vergleichen:

Die direkte staatliche Begünstigung der Landwirtschaft besteht vor allem in der Erhebung von Schutzzöllen auf eingeführte landwirtschaftliche Produkte und in der mengenmäßigen Beschränkung der Einfuhr.

Die Erhebung von Zöllen auf eingeführte landwirtschaftliche Produkte erfolgte auf Grund des Import Duties Act und des Ottawa Agreements Act von 1932. Das Import Duties Act belegte alle Einfuhr aus dem Auslande mit einem Wertzoll von 10% mit Ausnahme der in einer Freiliste genannten Waren. Zu dieser Freiliste gehörten zunächst wichtige Agrarerzeugnisse: Weizen, Rind-, Hammel-, Lamm- und Schweinefleisch. Die mit einzelnen Empireländern geschlossenen Handelsverträge von Ottawa brachten jedoch auch für Weizen und die verschiedenen Sorten Fleisch teils Zölle teils eine mengenmäßige Regelung der Einfuhr, soweit sie aus außerbritischen Ländern kam. Weizen wurde auf Grund der Ottawa-Verträge mit 2 sh je Cwt (= 112 lbs) verzollt, gefrorenes Rind-, Hammel- und Lammfleisch wurde ab Januar/März 1932 einer mengenmäßigen Einfuhrbeschränkung derart unterworfen, daß die Einfuhrsenkung im April/Juni 1934 35% der Einfuhr der entsprechenden Monate des Jahres 1932 erreicht. Es erfolgten ab November 1932 weitere Einfuhrbeschränkungsmaßnahmen auf Grund freiwilliger Abkommen („Gentlemen Agreements") zwischen verschiedenen Lieferländern agrarischer Produkte und Großbritannien, sor vor allem mit Argentinien über die Kürzung der Ausfuhr von gekühltem Rindfleisch (chilled beef) und mit Skandinavien, Dänemark, den Niederlanden über die Ausfuhrmenge von Schweinespeck (bacon).

Die Politik des Import Duties Act und der Ottawa-Verträge dient jedoch nicht in erster Linie dem Schutz der heimischen Agrarproduktion, sondern im Vordergrund steht das Ziel eines engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusses von Mutterland und Empireländern. So wurden die Landwirtschaftsprodukte der Empireländer auf Grund dieser Gesetze frei eingeführt. Die Verpflichtung Englands, die Dominions von der mengenmäßigen Regelung der Fleischeinfuhr auszunehmen, erlischt zwar mit dem 30. Juni 1934; nur mit Neuseeland besteht noch eine Vereinbarung über diesen Zeitpunkt

[55]) Vgl. zum folgenden: Astor u. Murray, The Planning of Agriculture; Russell, The Farm and the Nation; Street, The Agricultural Marketing Act of 1933; Orwin, Farm Economics in „Journal of the Royal Agricultural Society of England", Vol. 94, London 1933; v. Renvers: Die Agrarprogramme der politischen Parteien in England in der Nachkriegszeit.

hinaus für die Exportperiode 1934/35[56]). Hinsichtlich des Imports von Molkereierzeugnissen hat sich die britische Regierung zu dreijähriger freier Einfuhr dominialer Produkte in Ottawa verpflichtet. Nach deser Zeit behält sie sich das Recht vor, einfuhrbeschränkende Maßnahmen zum Schutze der heimischen Erzeugung auch den Dominions gegenüber zu treffen.

Die Macht der Regierung zur Beschränkung der Einfuhrmengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse wurde erweitert durch das Agricultural Marketing Act von 1933. Diesem Gesetz liegt der Gedanke zugrunde, daß Schutz- und Reorganisationsmaßnahmen sich gegenseitig ergänzen sollen. Unter diesem Gesichtspunkt wird das Board of Trade (Handelsministerium) ermächtigt, in Übereinstimmung mit dem Landwirtschaftsministerium und den Staatssekretären für die Landwirtschaft in Schottland und Nordirland und unter Zustimmung des Parlaments Verordnungen (Orders) über die Beschränkung der Einfuhrmengen für solche Produkte zu treffen, für die ein Absatzorganisationsplan in Kraft oder in Vorbereitung ist, falls eine Reorganisation des betreffenden Zweiges der Agrarproduktion ohne eine Einfuhrregelung für unmöglich gehalten wird, und soweit nicht Verpflichtungen aus Handelsverträgen einer solchen entgegenstehen. Als beratendes Organ wird das Market Supply Committee (Marktversorgungskommission) gebildet, eine aus Sachverständigen bestehende unabhängige Körperschaft. Dieses hat mit Hilfe von Unterkommissionen die Lage des Angebots in den betreffenden Produkten ständig zu überwachen, die voraussichtlichen Wirkungen der geplanten Einfuhrquote auf den Konsum und auf die Versorgung des Marktes zu prüfen und die Regierung in der Unternehmung einfuhrbeschränkender Maßnahmen zu beraten.

Unter einem solchen Schutz- und Reorganisationsmaßnahmen verbindenden Plane sind die Produzenten von Schweinespeck (bacon) zusammengeschlossen[57]). Wie weiter oben erwähnt, sind mit den an der Specklieferung interessierten Ländern Abmachungen getroffen worden, deren Erfolg eine 15—20%ige Kürzung der Einfuhr gegenüber der von 1932 war[58]). Der Reorganisationsplan für die Baconproduktion sieht weiterhin jährlich die Festsetzung von Einfuhrhöchstmengen derart vor, daß die Einfuhrmengen im Verhältnis zur steigenden Inlandsproduktion zu kürzen sind und den Dominions gemachte Zugeständnisse auf Kosten der Quoten für nicht-britische Länder gehen.

Die zweite Gruppe agrarpolitischer Maßnahmen, die eine direkte staatliche Begünstigung darstellen, besteht in Subventionen.

Zu der bereits im Jahre 1925 den Zuckerrübenbauern auf 10 Jahre gewährten Subvention[59]) kam im Jahre 1932 die Subventionierung der Weizenbauer[60]). Diesen wird auf Grund des Wheat Act von 1932 ein

[56]) Vgl. Astor und Murray: Planning of Agriculture, S. 135.

[57]) Vgl. den dem Plan zugrunde liegenden Report of the Reorganisation Commission for Pigs and Pig Products, Economic Series, No. 37, 1932. Orwin a.a.O.; Economist vom 19. 8. 33: Pigs and Milk; House of Commons, Debates 28. VI. 33, Vol. 279.

[58]) Nach Astor und Murray, Planning, S. 136; Statist, Banking and Commercial Review vom 17. II. 34: British Agriculture in 1933.

[59]) Auf Grund des British Sugar (Subsidy) Act von 1925.

[60]) Vgl. hierüber Orwin a.a.O.; Berichte über Landwirtschaft, Bd. XVIII, Heft 1/2, S. 140. v. Renvers: a.a.O.

auf drei Jahre im Voraus festgesetzter Standardpreis von 10 sh je Cwt. gesichert, derart, daß der Durchschnittspreis von britischem Weizen von diesem Standardpreis abgezogen und der Farmer den Unterschied als Ausgleichszahlung (deficiency payment) erhält. Die Mittel zu dieser Subvention werden dadurch aufgebracht, daß von Müllern und Mehlimporteuren für jedes Cwt. verkauften Mehles ein Beitrag erhoben wird, der auf Grund des für das Erntejahr veranschlagten zu Ausgleichszahlungen erforderlichen Betrages und des voraussichtlichen gesamten Mehlverbrauchs für diese Zeit berechnet wird. Der Absatz mahlfähigen Weizens wird dem Farmer dadurch gesichert, daß die Flour Millers' Corporation, der Zusammenschluß der Müller, auf Ersuchen des Landwirtschaftsministers in den letzten zwei Monaten des Erntejahres zur Abnahme des im freien Verkauf nicht abgesetzten Weizens verpflichtet ist.

Die Weizenanbaufläche ist teils in Erwartung, teils als Folge dieses Gesetzes um 462 000 Acres vermehrt worden[61]). Das Gesetz steckt jedoch dem Bestreben einer Ausdehnung des Weizenbaus Grenzen, insofern als die Subvention für eine jährliche Maximalproduktion von 27 000 000 Cwts gezahlt wird und bei einer höheren Weizenproduktion die für 27 000 000 Cwts berechneten Zahlungen auf die größere Menge verteilt werden und der Standardpreis herabgedrückt wird.

Eine weitere Subvention ist für die Milchwirtschaft in Aussicht genommen. Zur Zeit (Juni 1934) liegt das diesbezügliche „Milk-Scheme" dem Parlament vor[62]). Dieser Maßnahme liegt die Tatsache zugrunde, daß die Butter- oder Käsebereitung infolge der Konkurrenz des eingeführten, und zwar zum größten Teil aus Empireländern auf Grund der Ottawa-Verträge frei eingeführten Produktes sich nicht rentiert, die zu Verarbeitungszwecken verkaufte Milch nur sehr niedrige Preise erzielt und andererseits ein erheblicher Überschuß über den Bedarf an flüssiger Milch zu Konsumzwecken produziert wird[63]).

Es soll daher neben der Bereitstellung von Mitteln für die Erhöhung des Milchkonsums, besonders in den Schulen, den Milchproduzenten eine Staatshilfe derart gewährt werden, daß für jedes Gallon von zu Verarbeitungszwecken verkaufter oder verwendeter Milch ein Standardpreis von 5 d im Sommer und 6 d im Winter gewährt wird. Diese Subvention soll ebenfalls als Ausgleichszahlung in Höhe des Unterschiedes zwischen dem Standardpreis und dem Marktpreis für Milch zu Verarbeitungszwecken an den Farmer gelangen. Diese Zahlungen sind jedoch nur als Vorschüsse gedacht, die nach Ablauf von zwei Jahren, vorausgesetzt daß die Preise sich bis dahin gebessert haben, von den Zusammenschlüssen der Produzenten, den Milk Boards, zurückzuzahlen sind. Die Verpflichtung zur Rückzahlung soll mit Ende März 1938 erlöschen.

Diese Maßnahmen staatlicher Hilfe sollen Hand in Hand mit solchen der Reorganisation des betreffenden Produktionszweiges

[61]) Nach Orwin.

[62]) Vgl. hierzu Times v. 1. 6. 34: Parliament.

[63]) Nach Angabe des Landwirtschaftsministers gehen im Winter 20% im Sommer 40% der produzierten Milch zu Konsumzwecken hinaus. Vgl. Times vom 1. 6. 34: Parliament.

gehen. Grundlegend für solche Reorganisationsmaßnahmen war das noch in die Zeit der Labour-Regierung fallende Agricultural Marketing Act von 1931.

Dieser Gesetzgebung lag die im agrarpolitischen Schrifttum und in amtlichen Berichten[64]) oft betonte Tatsache zugrunde, daß der britische Farmer im Gegensatz zu manchen seiner ausländischen Konkurrenten stark individualistisch eingestellt ist; daß genossenschaftliche Organisation die Lieferung einheitlicher Qualtäten und bestmmter Quantitäten in regelmäßiger Folge ermöglichen und bessere Absatzbedingungen für den Einzellandwirt erzielen würde.

Nach dem Agricultural Marketing Act können sich die Produzenten landwirtschaftlicher und gärtnerischer Erzeugnisse durch freiwillige Entschließung zu Absatzvereinigungen, sogenannten Marketing Boards, für jedes einzelne Erzeugnis zusammenschließen. Dem Zusammenschluß muß ein Absatzorganisationsplan (Marketing Scheme) zugrundeliegen, der von den Produzenten selbst oder von einer vom Landwirtschaftsminister zu berufenden Reorganisationskommission aufzustellen ist. Diesem Plane muß die $^2/_3$-Mehrheit der eingetragenen Produzenten des betreffenden Bezirks zustimmen, nachdem es dem Landwirtschaftsminister und dem Parlament vorgelegen hat Es wird alsdann auf dem Verordnungswege in Kraft gesetzt. Dadurch wird es für alle Produzenten des Bezirks verbindlich und der individuelle Verkauf des Produktes wird ausgeschlossen[65]). Die Absatzvereinigung ist zum Kauf, zur Standardisierung, Stapelung und Verpackung ermächtigt, sie kann für alle Produzenten verbindliche Preise und Verkaufsbedingungen feststellen.

Die Erweiterung dieses Gesetzes zum Agricultural Marketing Act von 1933 besteht darin, daß, wie weiter oben ausgeführt, nicht nur das inländische Angebot, sondern auch die Einfuhr der betreffenden Produkte der Kontrolle unterworfen werden kann, falls eine Reorganisation des betreffenden Landwirtschaftszweiges ohne eine Einfuhrkontrolle für unmöglich gehalten wird, und soweit nicht Verpflichtungen aus Handelsverträgen einer solchen entgegenstehen.

Unter solchen Produktions- und Absatzorganisationsplänen haben sich die Hopfenbauer, die Milch- und die Speck- und Schinkenproduzenten zusammengeschlossen.

Der dem Organisationsplan der Speck- und Schinkenproduzenten zugrundeliegende Bericht[66]) sieht, wie weiter oben ausgeführt, neben den Absatz organisierenden Maßnahmen auch eine Kontrolle der Einfuhr vor. Der Absatz geht nach diesem Plan folgendermaßen vor sich: Die Verkäufer von Schinkenschweinen werden auf Grund von Kontrakten zwischen dem Zusammenschluß der Schweinezüchter und dem der Schinkenräucherer getätigt. Unter Kontrakten sind Verkaufsabschlüsse über Waren bestimmter Qualität und bestimmter Quantität zu einer bestimmten Zeit und zu einem festgesetzten Preise

---

[64]) Vgl. Linlithgow-Report, Cmd 2008, S. 12 u. S. 27/28.

[65]) Beim Absatzorganisationsplan für Speck und Schinken werden kleine Landwirte, die weniger als 40 Cwts Bacon in einer Zeitfolge von 2 Monaten räuchern, von den Bestimmungen des Planes nicht betroffen. Nach Landwirtschaftsminister Elliot im House of Commons am 28. VI. 33. Vgl. Debates.

[66]) a.a.O.

zu verstehen. Das Inlandsangebot darf die Menge nicht übersteigen, die in den Kontrakten ausgemacht war, und die Schinkenräuchereien dürfen keinen Schinken von Schweinen verkaufen, über die keine Vertragsabschlüsse oder keine Einfuhrquotabescheinigungen vorliegen. Der Bericht schätzt den jährlichen Inlandsbedarf an Schinken und Speck auf 16 670 000 Cwts, wovon 1 750 000 Cwts bisher von der heimischen Produktion geliefert wurden. Die Inlandserzeugung hofft man allmählich auf Kosten der Einfuhr steigern zu können.

Auch der Verkauf von Milch auf Grund des Absatzorganisationsplanes geht mittels eines Kontraktsystemes zwischen Milcherzeugern und Verteilern vor sich[67]). Desgleichen liegen dem Parlament zur Zeit (Juni 1934) Vorschläge zu einer Abänderung des bisherigen Hopfenabsatzplanes dahingehend vor, daß der Verkauf von Hopfen künftig auf Grund von Kontrakten zwischen dem Zusammenschluß der Hopfenproduzenten und demjenigen der Brauer erfolgt[68]).

5. Die Abweichung der gegenwärtigen Agrarpolitik von national-protektionistischen Tendenzen.

Abgesehen von den Kontroversen, die sich an die Frage der Weizensubvention knüpfen, weicht die gegenwärtige englische Agrarpolitik durch die Verknüpfung mit einer Handelspolitik zugunsten einer engeren Verflechtung des Empire von national-protektionistischen Bestrebungen ab.

Die zollpolitischen Maßnahmen waren allerdings von beträchtlicher Wirkung für Gärtnereierzeugnisse, die hauptsächlich aus europäischen, weniger aus Empireländern eingeführt wurden[69]). Hier ist eine starke Einfuhrsenkung eingetreten, die zu einer merklichen Besserung der Preise und zu einer Erweiterung der Anbaufläche für Blumen und Salatgemüse sowie der Treibhauskulturen geführt hat[70]).

Für wichtige Zweige der britischen Landwirtschaft — wie die Viehzucht und Milchwirtschaft — waren jedoch die zollpolitischen und einfuhrbeschränkenden Maßnahmen von verhältnismäßig geringer Bedeutung, und zum Teil wurde ihre Wirkung durch vermehrten Import aus dem Empire aufgehoben.

So ist die Fleischeinfuhr trotz der einschränkenden Maßnahmen im Jahre 1933 nur um 7% geringer als 1932[71]). Australien und Neuseeland lieferten größere Mengen Gefrierfleisch als im Vorjahre[72]).

Auch bei anderen Agrarerzeugnissen verschlechterte die Konkurrenz der Empireprodukte die Absatzbedingungen; dies gilt be-

---

[67]) Astor und Murray, Planning, S. 99.

[68]) Nach Times vom 28. 6. 34, Self-Government in Hops.

[69]) Nach Orwin a.a.O.

[70]) Nach Agricultural Market Report v. 26. 5. 1933 und Orwin a.a.O.

[71]) Nach Statist, Banking and Commercial Review v. 17. 2. 34, S. 14. — Die Einfuhr von Gefrierfleisch aus dem Ausland war im Januar/März 1933 um 10%, April/Juni um 15%, Juli/September um 20%, Oktober/Dezember um 25% gegenüber den Einfuhrmengen der entsprechenden Monate 1932 auf Grund der Ottawa-Verträge zu kürzen. Die Einfuhr von gekühltem Rindfleisch aus Argentinien war auf Grund einer späteren Vereinbarung um 10% zu kürzen; vgl. Astor und Murray: Planning, S. 134.

[72]) Nach Statist vom 17. 2. 34 a.a.O.

sonders für Butter und Käse[73]), für die den Dominions in Ottawa freie Einfuhr auf die Dauer von drei Jahren zugesichert wurde.

Die Frage der Empire-Bevorzugung ist der Punkt, an dem national-protektionistische Gedankengänge von der gegenwärtig befolgten Wirtschaftspolitik abweichen und der Grund für die Trennung der protektionistischen Strömung in national- und imperialprotektionistische.

C. Forderung der Verschiebung des industriellen Schwergewichts von der Produktion für den Weltmarkt zur Produktion für den Binnenmarkt.

1. Grundlage dieser Forderung.

Diese zweite von den National-Protektionisten gestellte Forderung findet ihre Grundlagen in folgenden Tatsachen:

Die Produktivität der englischen Industrie im allgemeinen hat sich nicht im gleichen Maße vermindert wie der Export, wie ein Vergleich des jährlich vom Board of Trade aufgestellten Exportvolumensindex auf der Basis von 1924 = 100 mit dem ebenfalls auf der Basis von 1924 = 100 aufgestellten Produktionsindex zeigt[74]).

Dies bedeutet, daß der Binnenmarkt einen steigenden Anteil der nationalen Produktion aufgenommen hat[75]).

Die Verteilung der Arbeiter zwischen Export- und für den Binnenmarkt arbeitenden Gewerben läßt ebenfalls darauf schließen, daß sich letztere besser gehalten haben als erstere. Nach Feststellungen des Macmillan-Committees[76]) hat sich der Anteil der für den Export arbeitenden Gewerbe an der Gesamtzahl der Industriearbeiter von 44,5% 1907 auf 33,8% 1930 (2. Viertel) verringert, ihr Anteil an der gesamten Arbeiterschaft hat sich von 29,9% 1907 auf 23,5% 1930 (2. Viertel) verringert. Dabei hat sich sowohl die Gesamtzahl der Industriearbeiter als die Gesamtzahl der Arbeiter überhaupt im Verhältnis zur Vorkriegszeit vermehrt. In steigendem Maße also haben die für den Inlandsbedarf arbeitende Industrie sowie die Dienstleistungs- und Verteilungsgewerbe Arbeitskräfte absorbiert.

Man schließt daraus, daß eine Umschichtung im Wirtschaftsleben derart im Gange ist, daß die wirtschaftliche und soziale Bedeutung von den alten, anscheinend nicht mehr ausdehnungsfähigen Basisindustrien zu jüngeren Gewerbezweigen, für die ein neuer Bedarf vorhanden ist, übergeht. Diese Erscheinung betrifft nicht nur England. Wie Gregory ausführt[77]), ist es eine natürliche Folge des steigenden Grades an Beherrschung wirtschaftlicher Hilfsquellen, daß der Bedarf nach direkten Dienstleistungen und Luxusartikeln sich

[73]) Vgl. Astor u. Murray: Planning, S. 55; Salter in der Einleitung dazu, S. VIII. Statist v. 17. 2. 34 a.a.O. Daily Telegraph v. 24. 1. 34: Milk Board to control Prices.

[74]) Vgl. dazu Viçose, S. 361, Cole, British Trade and Industry, Past and Future, London 1932, S. 217.

[75]) Auch wenn man die Bevölkerungsvermehrung in Rechnung zieht. Die Bevölkerung betrug 1924 44,9 Millionen, 1927 45,4 Millionen, 1931 46,1 Millionen, hat sich also um 2,67% zwischen 1924 und 1931 vermehrt, während der Produktionsindex (1924 = 100) 1929 112 betrug, dann allerdings absank. Vgl. dazu Viçose S. 361.

[76]) Report of the Committee on Finance and Industry, 1931, S. 308.

[77]) im Macmillan-Report.

schneller ausdehnt als der Bedarf nach den Erzeugnissen der alten Stapelindustrien, weshalb überall die Bedeutung der Gewerbe der Verteilung und beispielsweise der Vergnügungsindustrie gestiegen ist. Die relative Bedeutung — wenn auch nicht unbedingt die absolute — der alten auf Export eingestellten Industrien tritt dagegen zurück.

Die national-protektionistische Strömung zieht aus dieser Entwicklung im Verein mit den Schwierigkeiten der englischen Exportindustrie auf dem Weltmarkt die Folgerung, daß die anscheinend bereits im Gange befindliche „Nachinnenwendung" der englischen Wirtschaft durch die Politik bewußt zu leiten sei, nötigenfalls zum Schaden der Exportinteressen[78]).

2. Aufgaben einer Wirtschaftspolitik in diesem Sinne und bereits verwirklichte Ansätze hierzu.

Die Wirtschaftspolitik würde sich vor folgende Aufgaben gestellt sehen[79]):

1. Planmäßige Kapitalleitung zur Entwicklung des heimischen Marktes.
2. Transferierung der Arbeitslosen von den Bezirken der notleidenden Exportgewerbe zu solchen mit mehr prosperierenden Wirtschaftszweigen.

Betrachten wir zunächst den ersten Punkt, die planmäßige Kapitalleitung.

England hat in großem Maße Kapital im Auslande investiert. Der Kapitalexport stand vor dem Weltkriege in engster Verbindung mit Englands Warenexport. England erschloß mit seinem Kapital die jungen überseeischen Wirtschaftsgebiete und löste Nachfrage nach industriellen Fertigwaren dort aus, so daß die Übertragung des Kapitals in der Regel in Warenform vor sich ging[80]). Die Ausdehnung der englischen auf den Export spezialisierten Industrien und die Ausdehnung der englischen Kapitalanlagen im Ausland bedingten sich wechselseitig: Englands technisch-industrielle Überlegenheit ermöglichte ihm vor anderen Ländern die Bildung von Kapital in hohem Maße und dessen Anlage in weniger entwickelten Ländern, was wiederum neue Märkte und Ausdehnungsmöglichkeiten für die englische Industrie schuf.

Die Kapitalexporte nach dem Kriege jedoch waren nicht mehr imstande, dem englischen Export zur Zurückgewinnung seines früheren Volumens zu verhelfen[81]).

Obwohl nicht bestritten wird, daß neue überseeische Investitionen eine exportfördernde Wirkung haben, ist die national-protektionistische Strömung der Ansicht, daß ein größerer wirtschaftlicher und sozialer Erfolg erzielt würde, wenn das im Auslande Anlage suchende englische Kapital im Inlande bliebe und zu einer Intensivierung der Nachfrage auf dem inneren Markt verwendet werden könne[82]).

[78]) Vgl. dazu Leubuscher, S. 18.

[79]) Vgl. dazu Keynes in „Nation and Athenaeum" vom 12. 2. 27, S. 651.

[80]) Vgl. weiter unten Seite 47ff. und die dort angegebene Literatur.

[81]) Vgl. Starck, Der Kapitalexport und seine Rückwirkungen auf das kapitalexportierende Land, an Hand der englischen Entwicklung untersucht, Leipzig 1932, S. 13 ff.

[82]) Über die Kontroversen bezüglich der Kapitalanlagepolitik in England vgl. Gregory: Britain and Foreign Investments a.a.O., S. 101 ff.; Starck, S. 87 ff.; Leubuscher a.a.O.

Es wird zu diesem Zwecke eine planmäßige Kapitalleitung gefordert. Behandeln wir zunächst die Frage, wohin das Kapital geleitet werden soll. Es wird empfohlen, das Kapital für öffentliche Arbeiten in großem Maßstabe und auf lange Zeit zu verwenden[83]), damit, etwa für eine Generation, ein großer Teil der Arbeitslosen beschäftigt werden kann. Erfolge einer solchen Politik wären: Absorbierung einer gewissen Schicht von Arbeitslosen, Belebung der Kapitalgüterproduktion, indirekte Weckung des Bedarfs an anderer Arbeit durch Hebung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung. Die bekanntesten Beispiele von Plänen dieser Art in England sind die des „Slum-Clearance", d. h. der Niederreißung der elenden Arbeiterbehausungen der englischen Industriestädte und auch einiger Landdistrikte und ihr Ersatz durch hygienisch einwandfreie Neubauten. Viel besprochen wird ferner das Projekt der Eisenbahnelektrifizierung[84]). Das Projekt des „Slum-Clearance", das in gewissem Umfange durch ein Gesetz von 1930 bereits in Angriff genommen war, wird durch die gegenwärtige Regierung insofern gefördert, als sie sich die Neuunterbringung von 1,2 Millionen Menschen, die Zerstörung von 267 000 Slums und den Neubau von 285 000 Häusern zum Ziel gesetzt hat. Die Ausführung der auf fünf Jahre berechneten Arbeiten soll 110 000 Mann Beschäftigung geben[85]).

Die gegen eine „Public Work" = Politik geäußerten Bedenken, daß die neu entstehende Kaufkraft weniger der Inlandsproduktion als vielmehr der Einfuhr von Rohstoffen und Bedarfsgütern des Massenkonsums zugute kommen werde[86]), ist im national-protektionistischen Sinne dadurch zum Teil zu widerlegen, daß man sich bei dieser auf lange Zeit gedachten Politik gleichzeitig um Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion bemüht, sodaß der zusätzliche Bedarf an im Inland erzeugbaren Gütern nicht notwendigerweise auf ausländische Quellen gelenkt wird.

Die Lenkung des Kapitals in diesem Sinne denkt man sich mit Hilfe eines „National Board of Investment", eines staatlichen Investitionsamtes, dessen Funktionen folgende sein sollen[87]):

1. Kontrolle über Emissionen des Auslandes und des Empire auf dem englischen Kapitalmarkt.
2. Zusammenfassung der den einzelnen Regierungsstellen zur Verfügung stehenden Kapitalsquellen sowie der Aktiva der Postsparkassen und des staatlichen Versicherungsamtes. Darüber hinaus soll das Board, wenn nötig, ermächtigt sein, Schuldverschreibungen (Bonds) mit Staatsgarantie für neue Kapitalaufwendungen seitens

---

[83]) Diese Vorschläge sind solcher Literatur entnommen, die sich mit national-protektionistischen Gedankengängen auseinandersetzt, wenn auch nicht dafür eintritt: Gregory im Macmillan-Report S. 229, derselbe: Britain und Foreign Investments; Cole: British Trade and Industry S. 404 ff., Need for Home Development.

[84]) Untersucht vom Weird-Committee. Vgl. Cole, British Trade, S. 416.

[85]) Nach einem Bericht des Daily Telegraph vom 14. 3. 34: Wide Response to Slums Crusade.

[86]) Vgl. Gregory: im Macmillan-Report.

[87]) Vgl. Liberal Industrial Inquiry, Britain's Industrial Future, S. 111 ff.; Keynes und andere in Addendum I zum Macmillan Report, § 51.

öffentlicher Körperschaften auszugeben, rückzahlbar in Form von Annuitäten, die Zinsen und Amortisation umfassen und auf eine angemessene Zahl von Jahren verteilt sind. Aus dem so gebildeten Fonds soll öffentlichen Körperschaften für die Ausführung öffentlicher Arbeiten Kapital vorgestreckt werden zu einem Zinssitz, der etwas über dem liegt, den das Board selbst zahlen muß.
Schärfere Forderungen werden dahingehend gestellt, daß überhaupt alle öffentlichen Gesuche um Kapital für Auslands- sowohl als Inlandsbedarf vom National Board of Investments sanktioniert sein müssen[88]).
Die tatsächliche Entwicklung in der geographischen Verteilung der Neuemmissionen auf dem Londoner Kapitalmarkt hat bereits eine Richtung genommen, die vom national-protektionistischen Standpunkt begrüßenswert ist. 1907—1913 entfielen durchschnittlich jährlich 21,5% der Neuemmissionen auf das Inland, 1924—1930 dagegen durchschnittlich jährlich 54%[89]). Es zeigt sich also nach dem Kriege die Tendenz, das Kapital in höherem Maße im Inland anzulegen als vor dem Kriege.
Ferner kommt die gegenwärtige Kapitalanlagepolitik Englands den national-protektionistischen Forderungen insofern entgegen, als seit 1932 ein „inoffizielles Embargo"[90]) auf ausländische Anleihen besteht. Dagegen entsprach man in verschiedenen Fällen Kapitalgesuchen der Empire-Länder[91]).
Wie in der Agrar- und Handelspolitik, so bildet auch in der Kapitalanlagepolitik die Frage der Begünstigung des Empire eine Quelle für Kontroverse zwischen National- und Imperialprotektionisten[92]).

Da es fraglich[93]) und im Rahmen nationalprotektionistischer Gedankengänge auch von sekundärer Bedeutung ist, ob die Exportindustrie durch eine solche Politik der öffentlichen Arbeiten gefördert werden kann, in der sich jedoch der größte Teil der Arbeitslosigkeit konzentriert[94]), spielt das Problem der Transferierung der Arbeitslosen von den auf Export eingestellten notleidenden Industrien zu mehr prosperierenden, für den Inlandsbedarf arbeitenden eine Rolle. Das englische Arbeitslosenproblem zeigt eine Dauerdepression in bestimmten Bezirken, vor allem um die Kohlenbergwerke herum, wo die Industrie so spezialisiert ist, daß Beschäftigung in anderen industriellen Zweigen nicht zu finden ist. Ein krasses Beispiel ist der Bezirk Rhondda in Süd-Wales, wo eine Bevölkerung von 162 000 einzig auf den Kohlenbergbau angewiesen ist[95]).

---

[88]) Vgl. Cole, The Next Ten Years in British Social and Economic Policy, S. 76/77.
[89]) Vgl. weiter unten Seite 50.
[90]) Vgl. Einzig, The Fight for Financial Supremacy, London 1932, S. 43; Economist vom 10. 12. 32, The Capital Embargo; vom 7. 1. 33, Conversion and the Embargo; vom 21. 1. 33, Investments Notes; vom 11. 11. 33, Capital Embargo again; Statist vom 20. 5. 33, Foreign Issues Ban; Daily Telegraph vom 9. 2. 34, Ban on Danish Loan.
[91]) Vgl. weiter unten Seite 53.
[92]) Vgl. Gregory, Britain and Foreign Investments.
[93]) Vgl. Gregory im Macmillan-Report, S. 229 f.
[94]) Vgl. die Tabelle in A Picture of World Economic Conditions at the Beginning of 1931, New York 1931, S. 18.
[95]) Nach Industrial Transference Board Report 1928, S. 15.

Es würde sich also, wenn man mit einer anhaltenden Belebung der Exportindustrien nicht rechnen zu können glaubt, nicht nur um eine gewerbliche, sondern auch um eine geographische Umschichtung der Arbeitslosen handeln[96]).

Die national-protektionistische Strömung ist, wie wir bereits eingangs betonten, keine geschlossene wirtschaftspolitische Richtung, sondern eine Summe von Forderungen, die auf eine stärkere Unabhängigmachung Englands vom Welthandel hinauslaufen und den Besonderheiten der wirtschaftlichen Lage der Gegenwart bzw. der Zeit seit dem Weltkriege entspringen.

Im Gegensatz dazu ist die imperial-protektionistische Strömung, die im folgenden behandelt wird, eine geschlossene traditionelle wirtschaftspolitische Richtung in England.

III. Die imperial-protektionistische Strömung.

A. Geschichte.

Der wirtschaftliche Wert des englischen Kolonialreiches war von der klassischen Nationalökonomie vielfach gänzlich abgestritten und eine freiwillige Aufgabe der Kolonien empfohlen worden[97]).

Auch die Einstellung der Politiker dem Kolonialreich gegenüber war noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts herum gleichgültig, wenn nicht sogar ablehnend[98]).

Es bestand jedoch auch in den Kolonien eine starke Unzufriedenheit mit dem Mutterlande. Bis zum Übergang Englands zum Freihandel genossen die kolonialen Produkte eine Bevorzugung auf dem mutterländischen Markt. Sowie aber die Getreidezölle fielen (1846), hörte diese Bevorzugung auf, da die ausländischen sowohl als die kolonialen Erzeugnisse nunmehr frei hereingelassen wurden, was dem kanadischen Handel mit Weizen und Holz und dem westindischen mit Zucker und Kaffee besonders schadete.

Die Politik hatte ursprünglich versucht, den Freihandel innerhalb des britischen Reiches aufrechtzuerhalten. Diese Politik hatte jedoch keinen Bestand, und die Ansicht von der wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit eines Kolonialreiches und der finanziellen Last, die damit verbunden ist, trug dazu bei, daß den kolonialen Bestrebungen nach

[96]) Dieses Problem wird untersucht im Industrial Transference Board Report 1928.

[97]) Nicht von Adam Smith, der einen Unterschied zwischen dem Handel mit den Kolonien und einem Kolonialmonopol macht, ersteren für gut, letzteres für schädlich erklärt. (Wealth of Nations ed. MacCulloch, Edinburgh 1963, S. 273). James Mill und MacCulloch verwischten diesen Unterschied und lehrten, Trennung vom Mutterlande sei die beste Kolonialpolitik. Das zeige der Handel mit den Neu-England-Staaten, der sich nach deren Abfall gehoben habe. Nach Brentano, Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands Band III, 2. Hälfte. S. 62.

[98]) Palmerston hat sich, als er einmal vorübergehend das Kolonialministerium selbst übernehmen mußte, auf der Karte erst zeigen lassen, wo die Kolonien eigentlich liegen. — Disraeli — später allerdings ein Kämpfer für imperalistische Politik — sprach ursprünglich von den „elenden Kolonien" als „dem Mühlstein an unserem Halse". Nach Brentano III, 2, S. 77.

Zolltarifen nicht entgegengearbeitet wurde. Canada führte 1859 einen Tarif stark schutzzöllnerischer Prägung ein, und die Kolonien begannen nunmehr ihren Außenhandel nach eigenem Ermessen zu regeln, von keinem anderen Gesichtspunkt als der Wahrnehmung ihrer Sonderinteressen beherrscht[99]). Dem Mutterlande blieb in den Handelsbeziehungen mit den Kolonien nichts als das Recht, als meistbegünstigte Nation behandelt zu werden.

Jedoch fuhren die Kolonien fort, über den Verlust handelspolitischer Bevorzugung auf dem großen mutterländischen Markt zu klagen[100]). Auf der anderen Seite traten auch in der Wirtschaftslage des Mutterlandes gewisse Veränderungen ein, die die Berechtigung des freihändlerischen Systems in Frage zu stellen schienen. Sie lagen darin, daß andere Länder industriell aufstrebten und

1. ihre Industrie durch Schutzzölle zu entwickeln und zu halten suchten[101]),
2. eine Konkurrenz für die bisher unbestrittene Vormachtstellung Englands auf dem Weltmarkt bildeten[102]).

Auf diesen Grundlagen entfaltet sich die von Joseph Chamberlain geleitete Bewegung für „Tariff Reform", Übergang vom Freihandel zum Schutzzoll. Die von Chamberlain benutzten Argumente hierfür sind folgende[103]):

Auf Grund der Handelsstatistik ergibt sich, daß zwischen 1872 und 1902 England wirtschaftlich zurückgeblieben ist, gemessen an dem Fortschritt der Schutzzolländer, wie Deutschland und U.S.A.

Der Export Englands nach außerbritischen Ländern hat abgenommen, und nur dem gesteigerten Export nach den Kolonien ist es zu danken, daß ein volumenmäßiger Rückgang noch nicht vorliegt. Der Import dagegen hat zugenommen. Dies sind die Ergebnisse einseitigen Freihandels.

Es ist notwendig, das wirtschaftliche Band zwischen England und dem britischen Empire zu stärken. Dies kann nur dadurch geschehen, daß man den Empireländern durch handelspolitische Bevorzugung den mutterländischen Markt für ihre Agrarprodukte sichert, die Voraussetzung für die Vorzugsbehandlung englischer Fabrikate gegenüber denen konkurrierender Länder auf den kolonialen Märkten. Zu diesem Zweck schlägt Chamberlain vor:

[99]) Über die Entwicklung der kolonialen Handelsbeziehungen vgl. Brentano III, 2, Kap. 67, besonders S. 79/80; Dibelius, England, I, S. 92 ff.

[100]) Vgl. das Eintreten James A. Froudes in den 80er Jahren für die Wünsche der Kolonien in „Oceana or England and her Colonies" u. „The English in the Westindies".

[101]) Deutschland ging 1878 zum Schutzzoll über, Frankreich kündigte mit Wirkung von Ende 1879 den 1860 auf freihändlerischer Basis mit England geschlossenen „Cobdenvertrag", die Vereinigten Staaten, deren Handelspolitik von Anfang an schutzzöllnerisch war, führten 1890 den hochschutzzöllnerischen MacKinley-Tarif ein.

[102]) Noch bis in die 60er Jahre besaß England den Vorrang in der Eisen- und Stahlproduktion. Dann erst kam Deutschland, und die U.S.A. steckten noch in den Anfängen. 1900 standen die U.S.A. bereits an erster Stelle in der Eisen- und Stahlproduktion der Welt und Deutschland in der Europas. Nach einer Tabelle bei Erich Obst, England, Europa und die Welt, Berlin 1927, S. 238 und Brentano.

[103]) Nach Chamberlains berühmter Wahlrede vom 6. 10. 1903. Vgl. Encyclopaedia Britannica, Vol. 5, S. 206.

1. Beibehaltung der zollfreien Einfuhr von Rohmaterial.
2. Einen mäßigen Zoll auf nichtbritische Agrarprodukte, nämlich 2 sh pro Quarter auf nichtbritisches Getreide mit Ausnahme von Mais und 5% vom Wert auf nichtbritisches Fleisch (mit Ausnahme von Speck) und nichtbritische Molkereierzeugnisse.
3. Einen allgemeinen Wertzoll von 10% auf ausländische Fertigwaren.

Auf diese Weise hoffte Chamberlain, die Empire-Handelsbeziehungen so ausbauen zu können, daß ein im wesentlichen selbstgenügsamer großbritischer Wirtschaftsraum mit freier Einfuhr kolonialer Erzeugnisse in England und Vorzugszöllen für englische Waren auf den kolonialen Märkten und mit Schutzzöllen auf Einfuhr aus dem Auslande im ganzen Empire zustande käme.

Chamberlains Programm kam nicht zur Ausführung. Die Wahlen von 1906, die über eine solche Änderung des handelspolitischen Kurses zugunsten der Empirebeziehungen entscheiden sollten, fielen zugunsten der freihändlerischen Liberalen und gegen die die Chamberlainschen Ideen vertretenden Konservativen aus.

Erst im Weltkriege wurde das Empire für die Wirtschaftspolitik wieder von besonderer Bedeutung. England, das vor dem Kriege 73,9% seiner Lebensmittel und Rohstoffe aus dem Ausland bezogen hatte, stützte sich während des Krieges hauptsächlich auf die Lebensmittel- und Rohstoffquellen des Empire[104]). So sprach sich auch während des Krieges die Balfour- und Burleigh-Kommission für eine möglichst enge Verknüpfung der Empireländer mit dem Mutterland aus[105]), und auf den Imperial Conferences von 1917 und 1918 war von einem Vorzugszollsystem für die Empireländer die Rede[106]).

Die englische Handelspolitik der Nachkriegszeit blieb dennoch grundsätzlich freihändlerisch, wenn auch dieses Prinzip durch eine Reihe zollpolitischer Einzelmaßnahmen durchbrochen wurde[107]). Da es sich bei diesen Zöllen um Maßnahmen zum Schutz der englischen Industrie handelte, konnte selbst völlige Zollfreiheit dem Absatz der Dominions nichts nutzen, da sie mit Industriewaren nicht konkurrenzfähig waren. Sie genossen zwar auch Vorzugszollbehandlung in der Einfuhr der mit Finanzzöllen belegten Genußmittel, wie Tee, Kakao, Tabak, Wein, von denen der südafrikanische Wein- und der kanadische und koloniale Tabakexport auch profitierten[108]), während in der Belieferung Englands mit Tee und Kakao die Empireländer schon vor der Gewährung von Vorzugszöllen führend waren[109]). Solange jedoch das Freihandelssystem grundsätzlich beibehalten und der Widerstand gegen Lebensmittelzölle, wie Zölle auf Brotgetreide und Fleisch, die Hauptausfuhrgüter einiger Dominions, bestand, konnte

---

[104]) Nach Siegfried, L'Angleterre d'aujoud'hui.

[105]) Vgl. Committee on Commercial and Industrial Policy after the War, Final Report 1918, Cmd. 9035, besonders S. 64.

[106]) Nach Siegfried a.a.O.

[107]) So die Beibehaltung der Mackenna-Zölle von 1915, trotz zeitweiliger Aufhebung, das Dye-Stuff Act von 1919, das Safeguarding of Industries Act von 1921, das Abnormal Import Duties Act von 1931.

[108]) Vgl. Leubuscher, S. 158, Russell, S. 157; ferner weiter unten Seite 39.

[109]) nach Leubuscher.

England den Empireländern nicht die Bevorzugung bieten, an der ihnen hauptsächlich gelegen war.

Die Empireländer ihrerseits hatten — und das ist die negative Wirkung des Weltkrieges auf die wirtschaftliche Verbundenheit des Empire — während des Krieges ihre eigenen Industrien entwickelt und außerbritische Handelsbeziehungen angebahnt und erweitert. Sie waren bestrebt, ihre jungen Industrien, die zum Teil nach Beendigung der Kriegskonjunktur in der Sphäre des freien Wettbewerbes nicht mehr lebensfähig waren, zu halten, und ihre teilweise vor dem Kriege schon bestehende protektionistische Handelspolitik verschärfte sich, wenn sie auch Zollpräferenzen auf englische Fertigwaren in gewissem Umfange gewährten. Hierdurch, sowie durch den Ausbau ihrer außerbritischen Handelsbeziehungen wird ihre kommerzielle Angewiesenheit auf das Mutterland im Vergleich zur Vorkriegszeit herabgemindert.

Erst der endgültige Übergang Englands zum Schutzzoll durch das Import Duties Act 1932 schuf die Voraussetzungen für erfolgreiche handelspolitische Verhandlungen mit den Dominions, und es kam zu den Ottawa-Verträgen von 1932, die den Empireländern bevorzugte Behandlung ihrer nach England exportierten Agrarerzeugnisse und Rohstoffe und dem Mutterlande erweiterte Präferenzen auf Fertigwaren brachten.

Vor dem Zustandekommen der Zollgesetzgebung und der Ottawa-Verträge steht die volkswirtschaftliche Literatur Englands im Zeichen einer ganzen Reihe von Schriften, die für die Einführung von Zöllen zwecks Ausbaus der imperialen Handelsbeziehungen eintreten[110]) und denen zum Teil eine Empire-Zollunion mit Freihandel im Innern und Schutzzoll nach außen vorschwebt, jedenfalls aber ein Empire, das auf Grund eines Präferenzsystems und einer die Kapitalversorgung des Empire begünstigenden Politik die Handelsbeziehungen zwischen seinen Gliedern so ausdehnt, daß es im wesentlichen selbstgenügsam wird. Dies ist im Grunde eine Wiederbelebung der Chamberlainschen Gedanken. Auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen sind — wenn auch in den Ausmaßen stark verschieden — doch in ihrer Art ähnlich: Die Zollmauern, mit denen sich andere Länder umgeben, und der starke absolute und relative Rückgang des englischen Exports seit dem Kriege[111]), der aber nach wie vor als Grundlage der englischen Wirtschaft auch für die Zukunft betrachtet wird.

Die Ottawa-Verträge bilden nur den Anfang einer Erfüllung dieser Forderungen, und es ist anzunehmen, daß die Frage einer Wirtschaftspolitik zugunsten einer Empire-Wirtschaftseinheit auch weiterhin eine wesentliche Rolle spielen wird.

---

[110]) So Maccurdy, Empire Free Trade; Melchett, Imperial Economic Unity, unter besonderer Berücksichtigung der natürlichen Voraussetzungen für ein selbstgenügsames Empire; Douglas Smith, Economics of Empire Trade, die Problematik desselben betonend; Stephen Leacock, Economic Prosperity of the British Empire, mit dem Versuch, das Gemeinsame zwischen kanadischen und englischen Interessen in der Empirewirtschaftsfrage herauszuarbeiten.

[111]) Vgl. dazu Viçose.

B. Die durch den imperialen Wirtschaftsverkehr geschaffenen Grundlagen für imperial-protektionistische Bestrebungen und die von der englischen Wirtschaftspolitik in diesem Sinne bereits eingeschlagenen Wege.

1. Die Handelsbeziehungen als Band zwischen Großbritannien und den Empireländern.

Da der gegenwärtige Stand der Empirehandelsbeziehungen aus einer Entwicklung resultiert, für die der Weltkrieg einen entscheidenden Wendepunkt bildete, müssen wir den Export und Import des Mutterlandes und der Empireländer seit Beendigung des Weltkrieges bezw. vom ersten normalen Jahr der Nachkriegszeit, 1924[112]), an bis zur Gegenwart betrachten und die Lage in der Vorkriegszeit zum Vergleich heranziehen.

In der Entwicklung von 1924 bis zur Gegenwart ist ein weiterer Wendepunkt durch zwei handelspolitische Ereignisse im Jahre 1932 gegeben: Die Einführung des allgemeinen Zolltarifs 1932 und die Empire-Wirtschaftskonferenz von Ottawa. Gleichzeitig wirkt sich ab 1932 die Pfundabwertung im Außenhandel aus. Wir betrachten daher zunächst die Jahre 1924 bis einschließlich 1931, um dann zur neuesten Entwicklung der Empirehandelsbeziehungen seit 1932 überzugehen.

a) Untersuchen wir zunächst die relative Bedeutung des Empire für den Gesamtexport des Mutterlandes.

Tabelle 1 im Anhang zeigt die Anteile der bedeutendsten Empireländer am Export Großbritanniens, ausgedrückt in % der Gesamtausfuhr, im Vorkriegsjahr 1913 und von 1924 an bis zum letzten normalen Jahr vor der Weltwirtschaftskrise, 1929[113]).

Der Handel mit dem irischen Freistaat, der erst nach dem Kriege ein Dominion geworden ist, sowie den vor dem Kriege nicht zum Empire gehörigen Gebieten ist aus den Zahlen eliminiert, um die Vergleichsmöglichkeit mit der Vorkriegszeit nicht zu beeinträchtigen.

Wie aus der Tabelle hervorgeht, ist die relative Bedeutung der Empiremärkte für die englische Ausfuhr in den Jahren 1924—29 im Vergleich zur Vorkriegszeit gestiegen. Während die Empireländer 1913 nur 37,2% des englischen Exports aufnahmen, bewegte sich ihr Anteil an der Ausfuhr des Mutterlandes von 1924 bis 1929 zwischen 39,2 und 44,7%. Fast alle hier genannten Länder spielen in diesen Jahren eine größere Rolle für den englischen Export als vor dem Kriege. Neben der leichten Erhöhung der Anteile Canadas und Südafrikas von 4,5 bezw. 4,2% des englischen Gesamtexports 1913 auf 5 bezw. 4,7% 1929 wuchs der Anteil Australiens erheblicher, nämlich von 6,6% 1913 auf 7,8% 1929, der Neuseelands von 2,1% 1913 auf 3,1% 1929, der des kolonialen Empire (übriges Empire) von 6,2% 1913

[112]) Als erstes normales Nachkriegsjahr wird das Jahr 1924 in Werken über den englischen Außenhandel angenommen, so von Viçose a.a.O. und Cole, British Trade and Industry.

[113]) Man spricht von einer Weltwirtschaftskrise seit dem Kurssturz an der New Yorker Börse, November 1929; vgl. Cole, The Intelligent Man's Guide through World Chaos; Salter, Recovery, the 2nd Effort. — Die Auswirkungen auf den Außenhandel machen sich ab 1930 geltend; vgl. Macmillan-Report, S. 53.

auf 9% 1929. Nur Indiens Anteil an der Ausfuhr Großbritanniens ist seit dem Kriege zurückgegangen: von 13,4% 1913 auf 11,2% 1929[114]).

Die Tabelle gibt jedoch noch kein vollständiges Bild von der relativen Bedeutung der Empiremärkte für Englands Ausfuhr. Es muß vielmehr noch berücksichtigt werden, welche Stellung das Mutterland im Rahmen des Gesamtimports der einzelnen Empireländer einnimmt, und wie sich diese nach dem Kriege im Vergleich zur Vorkriegszeit entwickelt hat. Tabelle 2 im Anhang zeigt deshalb die Einfuhr einzelner Empireländer aus Großbritannien, ausgedrückt in % ihrer Gesamteinfuhr, wobei die Anteile Englands in einzelnen Jahren nach dem Kriege den durchschnittlichen Vorkriegsanteilen gegenübergestellt werden.

Die Tabelle läßt folgendes erkennen:

1. Die Bedeutung des englischen Marktes für die Einfuhr der Hauptdominions und Indiens ist seit dem Kriege zurückgegangen. Nur in Australien ist eine leichte Erhöhung des Anteils Großbritanniens am Gesamtimport zu verzeichnen, von 40% in der Vorkriegszeit auf 41% 1929/30. In Canada verminderte sich der Anteil Englands an der Gesamteinfuhr zwischen 1910/14 und 1929/30 um 7% derselben, in Neuseeland um 9%, in Südafrika um 16% und in Indien um 21%. Der Grund für die Verminderung der Bedeutung Englands für den Import der Empireländer liegt darin, daß diese, wie bereits erwähnt, nach dem Kriege eine weit größere wirtschaftliche Unabhängigkeit von England entwickelten als vorher und infolge des Stockens ihrer Versorgung mit Fertigwaren aus England durch den Krieg Handelsbeziehungen zu außerbritischen Ländern ausbauten und diese auch nach dem Kriege weiter pflegten.[115])

Trotz mancher ihnen gewährten Verzugszölle waren die englischen Waren nach dem Kriege auf allen Empiremärkten einer scharfen Konkurrenz außerbritischer Produkte ausgesetzt. Wie sich diese schon vor dem Weltkriege bestehende Konkurrenz verschärft hat, mögen folgende Angaben zeigen, die sich auf die Fortschritte der USA und Japans, zweier Hauptkonkurrenten Englands auf den Empiremärkten, beziehen.

Die USA erhöhte ihren Anteil am Gesamtimport der einzelnen Empireländer folgendermaßen:

In Canada von 65,4% 1913 auf 70,5% 1929, in Australien von 13,5% 1913 auf 24,5% 1929, in Neuseeland von 10,5% 1913 auf 21,1% 1929, in Südafrika von 8,8% 1913 auf 18,8% 1929, in Indien von 2,6% 1913 auf 6,7% 1929. Japan erhöhte seinen Anteil: In Canada von 0,4% 1913 auf 1% 1929, in Australien von 1,2% 1913 auf 3,3% 1929, in Neuseeland von einem nicht nennenswerten Anteil 1913 auf 1,3% 1929, in Indien von 2,6% 1913 auf 9,8% 1929[116]).

Besonders vorgedrungen ist Japan also auf dem indischen Markt, worauf an späterer Stelle noch eingegangen wird.

Trotz der Verminderung der Anteile Englands am Gesamtimport dieser Empireländer ist das Mutterland jedoch auf allen hier betrachteten Empiremärkten mit Ausnahme Canadas der Hauptlieferant. Es lieferte im Jahre 1929/30 nach Australien, Neuseeland, Südafrika und

[114]) Näheres über den indischen Markt s. weiter unten S. 30/31.
[115]) nach Viçose S. 164.
[116]) nach Whitaker's Almanack, verschiedene Jahrgänge.

Indien 40—49% des Einfuhrbedarfs und hat mit diesem Anteil einen weiten Vorsprung vor anderen Ländern, wie ein Vergleich mit den obigen Angaben über die Anteile der USA zeigt. Relativ der beste Abnehmer mutterländischer Fabrikate war Neuseeland, das zwischen 1926 und 1929 seinen Import zu 49—51% aus England bezog. Es folgen Südafrika mit 43—48%, Indien mit 41—47%, Australien mit 41 bis 43% zwischen 1926 und 1929/30. Nach Canada dagegen lieferte England nur durchschnittlich 15—16% der Gesamteinfuhr in diesen Jahren. Da auf dem kanadischen sowohl als auf dem indischen Markt der englische Export mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, wollen wir jetzt diese beiden Märkte von den übrigen getrennt betrachten.

Auf dem kanadischen Markt ist England in steigendem Maße von den USA verdrängt worden. Schon vor dem Kriege betrug, wie wir oben sahen, Englands Anteil am Gesamtimport nur 22%, der der USA dagegen 65,4%. 1929 war Englands Anteil auf 15% gesunken, während die USA den ihren auf 70,5% erhöhen konnten. Das Übergewicht der USA auf dem kanadischen Markt ist in der Hauptsache durch die Nachbarschaft dieser beiden Länder bedingt[117]). Es ist ferner noch gestärkt worden durch den finanziellen Einfluß der USA in Canada, der stärker ist als der des Mutterlandes[118]).

Die Schwäche Englands auf dem kanadischen Markt im Vergleich zu den USA wird außerdem zum Teil mit rückständigen englischen Verkaufsmethoden und einem gewissen Mangel an Anpassungsfähigkeit seitens der englischen Industrie erklärt. So sind Kenner der kanadischen Verhältnisse der Meinung[119]), daß England die gleichen Absatzmöglichkeiten auf dem kanadischen Markt, für manche Waren sogar bessere als die Vereinigten Staaten habe, da die englische Qualitätsarbeit in vielen Fällen mehr geschätzt werde als die Durchschnittsartikel der USA[120]). Nur verstünden es die amerikanischen Fabrikanten besser, mit den kanadischen Käufern in Kontakt zu kommen und zu bleiben als die englischen. Während erstere eine große Zahl von Zweigstellen[121]) in Canada errichtet haben, entsenden letztere vielfach Vertreter, die oft nicht in der Lage seien, die gewünschten Muster schnell genug zu beschaffen und die erteilten Aufträge schnell genug weiterzugeben, und auf deren sorgfältige Auswahl und für die Größe des Abnehmergebietes ausreichende Zahl oft nicht genügend Wert gelegt werde. Auch an Anpassung der Werbe- und Zahlungsmethoden an die der USA und der kanadischen Fabrikanten ließen es die englischen Fabrikanten ebenfalls häufig fehlen[122]). Auch wird oft betont, daß die englische Industrie in gewissen Zweigen auf

[117]) vgl. darüber Grondona, Empire Stock-Taking, S. 16.

[118]) vgl. weiter unten S. 53.

[119]) Willson, Markets of the Empire S. 49, Julian Duguid im Daily Telegraph v. 5. 12. 33, Our Suicidal Apathy over Canada.

[120]) So zog Canada die englischen Wollwaren den amerikanischen vor und kaufte 1924/27 86,3% seiner Einfuhr in England; Grondona, S. 195. Vgl. auch Statist, Banking and Commercial Review 17. 2. 34, The Wool Trade.

[121]) Vgl. Fußnote 118.

[122]) Der Canadier wünscht Genaues über die Ware zu erfahren, sagt Willson, S. 63, 69, Schlagworte wie „Buy British" ziehen nicht. — Über die Zahlungsmethoden vgl. Willson, S. 71.

speziell kanadische Bedürfnisse weniger eingestellt sei als die amerikanische. So wird die Ansicht vertreten, daß größere Anpassungsfähigkeit beispielsweise der englischen Motorenindustrie[123]) und der englischen elektrischen Industrie[124]) einen höheren Absatz in Canada ermöglichen würde. Dasselbe wird von gewissen Zweigen der Textilindustrie gesagt[125]).

So mag die Sicherung eines größeren Anteils am kanadischen Markt für den englischen Export zum Teil eine Sache privater Initiative sein. Es bleibt im übrigen abzuwarten, wie weit das in Ottawa angebahnte Präferenzsystem eine relativ bessere Lage des englischen Exports nach Canada herbeiführen wird. Die Außenhandelsstatistik Canadas zeigt[126]), daß diese Politik schon eine Besserung der Lage des englischen Exporteurs auf dem kanadischen Markt zur Folge gehabt hat: Der seit 1929 bereits im Steigen begriffene Anteil Englands am kanadischen Import zeigt im Jahre 1933, dem ersten Jahre, in dem sich die Ottawa-Verträge voll auswirken konnten, eine deutliche Erhöhung von 20% 1932 auf 24%.

Auf dem indischen Markt war England ebenfalls einer besonders scharfen Konkurrenz, vor allem seitens der USA und Japans, ausgesetzt. Die Anteile dieser Länder am indischen Import wuchsen nach dem Kriege ständig. Wie bereits gesagt, vermehrten die Vereinigten Staaten ihren Anteil am indischen Import zwischen 1913 und 1929 von 2,6 auf 6,7%, Japan den seinen in der gleichen Zeit von 2,6 auf 9,8%[127]).

Besonders empfindlich wurden die englischen Textilfabrikanten durch die Konkurrenz auf dem indischen Markt betroffen. England, das vor dem Kriege durchschnittlich 37 Millionen lbs. Baumwollgarn nach Indien ausgeführt hatte, verkaufte dort im Jahre 1928/29 nur 23 Millionen lbs., während Japan seine Ausfuhr nach Indien von 458 000 lbs. als jährlichem Vorkriegsdurchschnitt auf 7 Millionen lbs. 1928/29 erhöhen konnte[128]). Ähnlich verhält es sich mit der Ausfuhr von Baumwollgeweben im Stück; während Englands Ausfuhr nach Indien von jährlich 2,5 Milliarden Yards vor dem Kriege auf 1,4 Milliarden Yards sank, steigerten die USA ihre Ausfuhr von 10 Millionen Yards in derselben Zeit auf 29 Millionen, Japan die seine von 3 Millionen auf 35 Millionen Yards[129]).

Erschwerend für den englischen Exporteur war ferner, daß die ständigen inneren Kämpfe in Indien die Kaufkraft der ohnehin armen Bevölkerung schwächten[130]).

Trotz alledem muß folgendes betont werden: Trotz der starken Reduzierung seiner Ausfuhr nach Indien, vor allem in Textilwaren, lieferte England doch selbst in diesen Artikeln den Hauptteil des indischen Imports. So lieferte England bei einer Gesamteinfuhr von

[123]) Vgl. Cole, British Trade and Industry, S. 364, Grondona, S. 228.

[124]) Willson, S. 57, und Leacock a.a.O. empfehlen Berücksichtigung der kanadischen Normung.

[125]) Willson, S. 51, gibt Beispiele, wie der kanadische Geschmack in gewissen Artikeln vom englischen abweicht.

[126]) Siehe Tabelle 4 im Anhang.

[127]) Siehe weiter oben S. 28.

[128]) Nach Viçose S. 304.

[129]) Vgl. Viçose S. 304.

[130]) Nach Viçose.

Baumwollgarnen von 42 Millionen lbs. 1928/29 23 Millionen lbs., also über 50%, bei einer Gesamteinfuhr von 1,9 Milliarden Yards Baumwollstoffen im gleichen Jahr lieferte England 1,4 Milliarden, also rund 74%[131]).

England hatte ferner im Zusammenhang mit seinem politischen Einfluß in Indien eine beherrschende Stellung bei der Lieferung von Material zur Ausführung öffentlicher Arbeiten. Obwohl bei der Belieferung Indiens mit Eisen und Stahl und mit Eisenbahnmaterial sich ebenfalls die Konkurrenz außerbritischer Lieferanten — in diesem Falle Deutschlands und Belgiens — geltend machte, lieferte England 1927/28 an Eisenbahnmaterial 66,8%, Belgien 23,9%[132]); an Eisen und Stahl lieferte England 63,5%, Belgien 29,9%, Deutschland 7,3%[133]) des indischen Bedarfs im gleichen Jahr.

So blieb auch Indien noch immer ein hervorragender Absatzmarkt Englands und war 1926—1929 relativ der beste Abnehmer Englands nächst Neuseeland, indem es durchschnittlich 44% seiner Einfuhr aus England bezog[134]).

Bezüglich der neuesten Entwicklung der Handelsbeziehungen Englands zu Indien sei hier folgendes vorweggenommen: Die Zollpolitik Indiens nach dem Zustandekommen des Ottawa-Vertrages ist geeignet, die japanische Konkurrenz wesentlich abzuschwächen, da britische Baumwollstückwaren mit 25% des Wertes, ausländische dagegen mit 75% des Wertes verzollt werden[135]). Damit ist die Gefahr eines weiteren Absinkens der relativen Bedeutung Englands auf dem indischen Markt gemindert worden.

Bisher wurden im wesentlichen nur diejenigen Jahre seit dem Weltkriege betrachtet, die als normal anzusehen sind im Gegensatz zu den Jahren der Weltwirtschaftskrise. Beschäftigen wir uns jetzt mit den in die Weltkrise fallenden Jahren 1930 und 1931.

Die zweite Hälfte der Tabelle 3 im Anhang zeigt die relative Bedeutung des Absatzes nach dem Empire im Rahmen des Gesamtexportes Großbritanniens in diesen Jahren. Die Jahre 1930 und 1931 brachten, wie aus der Tabelle ersichtlich ist, teilweise einen Rückgang der Anteile der Empireländer am englischen Export. Während das Empire 1929 42,1% desselben aufnahm, sank sein Anteil 1930 auf 39,7%, 1931 auf 39% der Gesamtausfuhr des Mutterlandes.

Daß einige Empireländer für den englischen Export 1930 und 1931 eine geringere Rolle spielten als vor der Weltkrise, liegt zum großen Teil an ihrer geschwächten Kaufkraft. Die Empireländer führen in der Hauptsache Agrarprodukte und industrielle Rohstoffe aus und führen Fertigfabrikate[136]) ein. Da die Weltkrise für Agrarprodukte und Rohstoffe einen viel schärferen Preissturz mit sich brachte als für Fertigfabrikate[137]), konnten die Empireländer für die

---

[131]) Vgl. Viçose S. 304.
[132]) Vgl. Viçose S. 301.
[133]) Vgl. Viçose S. 301.
[134]) Vgl. Tabelle 2 im Anhang.
[135]) Vgl. weiter unten Seite 64.
[136]) Vgl. hierüber Grondona, Empire Stock Taking 1930.
[137]) Nach Cole, British Trade and Industry, S. 221, gingen 1930 Lebensmittel- und Rohstoffpreise um 20% im Durchschnitt herunter, Fertigwaren nur um 7% im Durchschnitt.

gleiche Ausfuhrmenge nur noch eine viel geringere Einfuhrmenge beziehen. Am schärfsten ist der Rückgang des prozentualen Anteils Australiens am englischen Export: Von 7,8% 1929 auf 4,1% 1931. Wie der australische Vertreter auf der Ottawa-Konferenz betonte[138]), hätte es in Australien einer Erhöhung der Ausfuhrmenge um 100% bedurft, um das Einfuhrvolumen auf der alten Höhe zu erhalten. Da eine solche Exportsteigerung nicht möglich war und Australien andererseits seit 1929 keine Auslandsanleihen aufnehmen konnte[139]), mußte es jede Tonne seiner Einfuhr, sowie seine Zins- und Tilgungsverpflichtungen ausschließlich mit Hilfe seiner auf 1/3 des Vorkriegswertes reduzierten Ausfuhr bezahlen, was nur unter schärfster Einfuhrdrosselung möglich war. So wurde die Einfuhr Australiens im letzten Fiskaljahr vor der Ottawa-Konferenz von 150 Millionen £ Gold auf 36 Millionen £ Gold herabgedrückt[140]).

Was die relative Bedeutung Englands für den Gesamtimport der einzelnen Empireländer betrifft, so ist, wie Tabelle 4 im Anhang zeigt, der Anteil Englands am australischen und indischen Import zurückgegangen, und zwar in Indien von 42% 1929 auf 34% 1931, in Australien von 41% 1929 auf 38% 1931. Für andere Empireländer sind dagegen Steigerungen zu verzeichnen. So stieg Englands Anteil am kanadischen Import von 14% 1929 auf 17% 1931, am neuseeländischen von 47% 1929 auf 49% 1931 und am südafrikanischen von 43% 1929 auf 46% 1930, um 1931 allerdings wieder auf die Höhe von 1929 zu sinken.

Zusammenfassend ist über die relative Bedeutung des Empire für die englische Ausfuhr folgendes zu sagen: Der Anteil des Empire am Gesamtexport Englands ist in allen Jahren von 1924—1929 höher als vor dem Weltkriege, auch wenn man die Ausfuhr nach den erst nach dem Weltkriege zu den Dominions bzw. Kolonien zählenden Gebieten aus den Zahlen ausschaltet. Innerhalb des Gesamtimports der einzelnen Dominions und Indiens nimmt allerdings die Einfuhr aus dem Mutterlande nicht mehr die Stellung ein, die sie vor dem Weltkriege hatte, da der Außenhandel dieser Länder sich während des Weltkrieges und nach demselben in erhöhtem Maße außerbritischen Ländern zuwandte. Immerhin blieb trotz starker Konkurrenz anderer Länder die Einfuhr aus England auf den Empiremärkten mit Ausnahme von Canada von überragender Bedeutung.

Betrachten wir jetzt die Entwicklung des englischen Exports nach dem Empire seinem Wert und seinem Volumen nach. Aus einer Tabelle bei Viçose und Cole[141]) über den Nominalwert der Ausfuhr Großbritanniens nach einzelnen Empireländern und dem Ausland in den Jahren 1913 und 1929 und die Prozente ihrer nominellen Erhöhung oder Verminderung zwischen diesen beiden Jahren geht folgendes hervor:

Mit Ausnahme Indiens hat sich der Nominalwert der englischen Ausfuhr nach allen genannten Empireländern gehoben. Die Steigerungen liegen zwischen 40 und 108%. Nominell stieg der Wert der

---

[138]) Vgl. Coatman im Weltwirtschaftlichen Archiv, 37. Bd., Heft 1, Jan. 1933, Die britische Reichswirtschaftskonferenz von Ottawa.

[139]) Vgl. hierzu weiter unten Seite 49.

[140]) nach Coatman.

[141]) Viçose, S. 126; Cole, British Trade and Industry, S. 188.

Ausfuhr nach Canada um 47%, nach Australien um 57%, nach Neuseeland um 97%, nach einigen Kolonien wie Malaya, Nigeria, Westindien um 102—107%. Im Durchschnitt betrug die Steigerung des nominellen Ausfuhrwertes nach den Empireländern 66%. Aus diesen Zahlen lassen sich jedoch noch keine Schlüsse über die Verminderung oder Vermehrung des Exportvolumens ziehen, da hierbei nicht die Preisveränderungen zwischen 1913 und 1929 berücksichtigt sind. Dennoch dürfte es von Interesse sein, die nominellen Wertsteigerungen des Exports nach dem Empire mit denen des Exports nach außerbritischen Ländern zu vergleichen. Der Wertsteigerung der Ausfuhr nach dem Empire von durchschnittlich 66% steht nur eine solche von durchschnittlich 23% für die Gesamtheit der von England belieferten außerbritischen Länder gegenüber.

Um einen Eindruck von den volumenmäßigen Veränderungen der Ausfuhr Englands nach dem Empire und nach dem Ausland zu bekommen, müssen wir die Preisveränderungen der von England hauptsächlich exportierten Waren zwischen 1913 und 1929 berücksichtigen. Nach Cole[142]) und Viçose[143]) liegen die Preise der von England hauptsächlich exportierten Waren 1929 durchschnittlich 59% über denen von 1913. Berücksichtigt man diese Preissteigerung, so ergibt sich, daß die Ausfuhr nach dem Empire im Vergleich zur Vorkriegszeit nicht nur relativ an Bedeutung gewonnen, sondern auch in ihrem Volumen eine leichte Steigerung erfahren hat, während der Export nach dem Ausland einen starken volumenmäßigen Rückgang zu verzeichnen hat. Das wird bestätigt durch eine Aufstellung Sargents[144]) über das Volumen des Exports einiger Hauptwarengruppen, Eisen- und Stahlwaren, Maschinen und Baumwollwaren, nach Empireländern und dem Ausland in den Jahren 1925 und 1927, gemessen an der = 100 gesetzten Ausfuhr dorthin im Jahre 1913. Bei den Eisen- und Stahlwaren zeigt sich, daß 1927 das Volumen der von außerbritischen Märkten aufgenommenen Waren sich um 33%, gemessen an 1913, vermindert hat, während der Absatz nach den Empireländern sich in seinem Volumen im ganzen um 2% gehoben hat. Australien nahm 1927 10% mehr als 1913 auf, Indien und Neuseeland nahmen 97% bzw. 94% von 1913. Verglichen mit dem Rückgang des Absatzes im Ausland ist also der Absatz in diesen beiden Empireländern nur wenig zurückgegangen.

Auch für Maschinen hat sich der Empireabsatz im Jahre 1927, verglichen mit 1913, volumenmäßig gesteigert, während er sich auf den außerbritischen Märkten um 42% verringerte. Neuseeland nahm 1925 63%, 1927 46% mehr als vor dem Kriege ab, Australien ebenso viel wie vor dem Kriege, Indien und Canada 93 bzw. 95% des Vorkriegsvolumens.

Selbst die Ausfuhr der besonders leidenden Baumwollindustrie hat sich, wenn sie auch im ganzen auf den Empiremärkten, vor allem in Indien, erheblich vermindert ist, doch in einigen Teilen des Empire erhöht. Südafrika und Australien blieben auch nach dem Weltkriege gute Abnehmer und kauften 1927 3 bzw. 6% mehr als vor dem Kriege.

[142]) Brit. Trade and Industry, S. 189.
[143]) a.a.O. S. 114.
[144]) British Industries and Empire Markets.

So ist also der Export nach den Empireländern bis 1929 nicht nur relativ für den englischen Gesamtexport bedeutungsvoller geworden als vor dem Kriege, sondern hat sich auch volumenmäßig etwas gesteigert. Dies ist bemerkenswert in Anbetracht der verminderten Absatzmöglichkeiten Englands in der übrigen Welt und der Senkung seines gesamten Exportvolumens um rund 18% 1929, gemessen an 1913[145]). Die Krisenjahre 1930 und 1931 bringen starke Verminderungen der Werte des englischen Exports nach dem Empire, wie aus Tabelle 3 im Anhang hervorgeht. Danach hat sich die Ausfuhr nach dem Empire von 293,9 Millionen £ 1929 auf 139,9 Millionen £ 1931 gesenkt, also um 52%, während die Ausfuhr nach den außerbritischen Ländern von 404,8 Millionen £ 1929 auf 218,5 Millionen £ 1931, also nur um 45%, sank. Der vom Board of Trade auf der Basis von 1924 gleich 100 berechnete Preisindex für englische Exportwaren im allgemeinen betrug im Jahre 1929 86,3, 1930 80,3, 1931 71,8[146]). Die Preise für englische Exportgüter haben sich also, verglichen mit 1929, 1930 um 7%, 1931 um 17% gesenkt. Sie haben sich demnach bei weitem nicht so stark gesenkt, wie sich der Wert des englischen Exports nach dem Empire in den Jahren 1930 und 1931, verglichen mit 1929, vermindert hat.

Das Volumen des englischen Exports nach den Empireländern ist also in diesen beiden Jahren der Weltkrise stark geschrumpft[147]); dasselbe gilt für die Ausfuhr nach außerbritischen Ländern, wenn diese sich auch wertmäßig etwas weniger vermindert hat. Die Gründe für den besonders starken Rückgang des Empireexports 1930 und 1931 sind, wie bereits weiter oben ausgeführt, hauptsächlich darin zu suchen, daß die Empireländer zu den Agrarerzeugnissen und Rohstoffe ausführenden Ländern gehören, die von dem allgemeinen Preissturz viel härter betroffen wurden als die Fertigwaren exportierenden Länder und deshalb ihre Einfuhr besonders stark reduzieren mußten.

b) Für einen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß des britischen Empire ist nicht nur das handelspolitische Interesse des Mutterlandes an den Empireländern, sondern auch deren handelspolitisches Interesse an Mutterland und Schwesterdominions maßgebend. Im folgenden sei deshalb die Bedeutung des Mutterlandes und des übrigen Empire als Absatzmärkte für die Dominions und Indien betrachtet.

Betrachten wir zunächst den Anteil des Exports nach dem Mutterlande am Gesamtexport der einzelnen Empireländer. Tabelle 5 im Anhang zeigt die Ausfuhr der Hauptdominions und Indiens nach England, ausgedrückt in % der Gesamtausfuhr, vor dem Kriege und von 1921—1929/30.

Wenn auch infolge des höheren Grades kommerzieller Unabhängigkeit der Empireländer von England seit dem Kriege die Aus-

[145]) Der Index für das Volumen des englischen Exports, der vom Board of Trade durch Neubewertung des Exports jedes Jahres auf Grund der Preise von 1924 festgestellt wird, wobei das Exportvolumen von 1924 gleich 100 gesetzt wird, betrug 1913 131,4; 1929 108,3; vgl. Cole, Trade and Industry, S. 172.

[146]) Nach Viçose, S. 356.

[147]) Nach Viçose, S. 414/5 um 31% seit 1929.

fuhr nach England in keinem Jahr der Nachkriegszeit die relative Höhe der Vorkriegszeit erreichte — mit Ausnahme von Australien, wo diese in den Jahren 1929/30 noch überschritten wurde — so ist der englische Markt doch auch nach dem Kriege von erheblicher Bedeutung für die Empireländer. Australien verkaufte in den hier betrachteten Jahren 33—53% seines Exports nach England, Südafrika 54—67%, Neuseeland 74—82%. Am geringsten ist der Anteil des englischen Marktes an der Ausfuhr Canadas und Indiens. Für Canada waren die Vereinigten Staaten der beste Abnehmer[148]). In Indien hatte England als Absatzmarkt immer noch einen weiten Vorsprung vor anderen. So verkaufte Indien nach USA und Japan, seinen besten Abnehmern nächst England, 1924—30 9—12% bzw. 9—15% seiner Gesamtausfuhr, nach England dagegen 21—24%[149]).

Die Stellung, die die Einfuhr aus einzelnen Empireländern im Gesamtimport Englands einnimmt, ist aus Tabelle 6 im Anhang ersichtlich. Wie die Tabelle zeigt, bezog England 1913 24,9% seiner Gesamteinfuhr aus dem Empire. Dieser Anteil steigerte sich 1924 und 1925 auf 26,9% bzw. 29,6% der Gesamteinfuhr, um in den folgenden Jahren wieder abzufallen, bis auf 26% 1929.

Von den einzelnen Märkten hat der neuseeländische an Bedeutung zugenommen. Sein Anteil am englischen Import stieg von 2,6% 1913 auf durchschnittlich etwa 4% 1924—1929. Der indische Markt hat an Bedeutung für die Einfuhr Englands verloren; sein Anteil am englischen Gesamtimport sank von 6,3% 1913 auf 5,3% 1929. Die Bedeutung der übrigen Empiremärkte im Rahmen der Gesamteinfuhr des Mutterlandes ist, von geringfügigen Schwankungen abgesehen, im wesentlichen bis 1929 die gleiche geblieben wie vor dem Kriege.

Vergleichen wir die Bedeutung der Empireländer für den englischen Import mit ihrer Bedeutung für den englischen Export, so ergibt sich folgendes:

England exportiert nach den Empireländern verhältnismäßig mehr, als es aus ihnen importiert. Nehmen wir beispielsweise ein normales Durchschnittsjahr: 1929. England setzte 41% seines gesamten Exports auf Empiremärkten (ohne Irland und Mandatsgebiete) ab, während es nur 26% seiner Einfuhr aus dem Empire bezog. Ferner war die Entwicklung zugunsten des Empire nach dem Kriege beim englischen Export stärker als beim englischen Import. Vergleichen wir das Jahr 1913 und das letzte normale Jahr vor der Weltkrise, 1929, so ergibt sich, daß der englische Export nach dem Empire von 37,2% des Gesamtexports 1913 auf 41% stieg, der Import aus dem Empire zwischen diesen beiden Jahren dagegen nur von 24,9% auf 26%[150]). Es erhebt sich deshalb die Frage, ob England seine Einfuhr in höherem Maße als bisher aus dem Empire beziehen kann, wodurch die Kaufkraft der Empireländer gehoben und ihr Interesse an einem möglichst engen wirtschaftlichen Zusammenhang des Empire beträchtlich erhöht werden könnte.

---

[148]) Nach einer Tabelle über Canadas Export nach einzelnen Ländern in Statistical Abstract for the British Empire, 1924/30, Cmd. 4102, S. 91.

[149]) Prozentzahlen aus Whitaker's Almanack, verschiedene Jahrgänge.

[150]) vgl. Tabellen 1 u. 6 im Anhang.

Aus der Tabelle 7 im Anhang geht hervor, zu welchen Teilen England die Hauptwaren seiner Einfuhr aus dem Empire bezieht.

Von den eingeführten Lebensmitteln lieferte das Empire ungefähr den ganzen Bedarf des Mutterlandes an Kakao und 83% des Bedarfs an Tee. es liefert nicht ganz die Hälfte der Einfuhr an Weizen und an Butter und etwa 1/4 der Einfuhr an Zucker. Gering ist der Anteil des Empire an der Einfuhr von Fleisch (18,6%), Speck und Schinken (10 bzw. 19%) und Tabak (18,4%).

Von den Rohstoffen kommt ein großer Teil der eingeführten Metalle vorwiegend aus dem Empire: Dieses liefert fast die ganze Einfuhr an Zink, rund 3/4 an Magnesium und Blei, 60% an Kupfer. Das Empire liefert ferner fast die ganze Einfuhr an Jute und 80% der Wolleinfuhr. Es liefert 80% an Gummi und 60% an Häuten und unverarbeitetem Leder.

Gering ist der Anteil des Empire an der Lieferung von Holz (10,7%) und Baumwolle (9,6%) — fast gar nicht ist es an der Belieferung Englands mit Erdöl und Eisenerz beteiligt

Kann das Empire mehr liefern? Unter diesem Gesichtspunkt unersuchen wir jetzt die einzelnen in den Tabellen genannten Hauptwaren der englischen Einfuhr. Sie lassen sich in folgende Gruppen einteilen:

1. Waren, die in ausreichenden Quantitäten im britischen Empire erzeugt werden, um dessen Bedarf einschließlich des Mutterlandes zu decken.
2. Waren, die zwar noch nicht in ausreichenden Quantitäten im Empire erzeugt werden, deren Produktion aber für steigerungsfähig gehalten wird.
3. Waren, die zwar in genügender Quantität, aber in ungenügender Qualität im Empire erzeugt werden.
4. Waren, deren Bezug aus dem Empire sich zu teuer stellt.
5. Waren, an denen das Empire knapp ist[151]).

1. Waren, die in genügender Quantität im Empire erzeugt werden:

I. Wolle.

England führte 1924—1927 durchschnittlich 8 792 000 centals jährlich ein, das Empire führte im Ganzen in derselben Zeit 13 239 000 centals jährlich aus. Während des Weltkrieges deckte England seinen gesamten Wollbedarf ausschließlich im Empire und versorgte auch noch seine Verbündeten aus Empirequellen.

England kauft laut Tabelle 7 80% seiner eingeführten Wolle im Empire, den Rest hauptsächlich in Südamerika. Die Empireländer beliefern außer England Deuschland, Frankreich, Japan, USA, Belgien, Italien[152]).

II. Jute

kommt laut Tabelle 7 zu 96,9% aus dem Empire, praktisch aber wohl zu 100%, da die gesamte Weltproduktion aus Indien kommt. So ist die scheinbare Einfuhr aus dem Ausland auf indirekte Einfuhr aus Indien zurückzuführen.

---

[151]) Den folgenden Ausführungen und den Zahlenangaben liegt zugrunde: Grondona, Empire Stock Taking, London 1930.

[152]) Australien besonders beliefert in steigendem Maße außerbritische Länder; vgl. Statist, Banking and Commercial Review, 18. II. 34, S. 21—22.

III. Gummi.

England führte 1926—1929 jährlich durchschnittlich 143 715 Tonnen ein, das Empire führte 417 000 Tonnen aus.

Neben dem Bezug aus dem Empire führt England aus holländisch Ostindien ungefähr 24 000 t jährlich ein. Der größte Teil davon kommt aus von Engländern kontrollierten Betrieben.

IV. Magnesium,

gebraucht als Stahlhärtungsmittel.

Einfuhr des U.K. 1925—28 206 862 t,
Ausfuhr d. Empire 1925—28 961 549 t,
jährlich durchschnittlich.

Tabelle 7 zeigt eine Einfuhr aus dem Empire von 78%. Tatsächlich aber führt England mehr britisches Magnesium ein, als die Statistik ausweist, weil ein großer Teil der Einfuhr aus dem Auslande in dem portugiesisch-ostindischen Hafen Goa verschifft, aber in Britisch-Indien erzeugt worden ist[153]).

V. Chrom,

ebenfalls gebraucht als Stahlhärtungsmittel.

Einfuhr Englands 1925—28 17 066 t,
Ausfuhr d. Empire 1925—28 182 349 t,
jährlich durchschnittlich.

Auch hier führt England in Wirklichkeit mehr aus dem Empire ein als die 44%, die die Statistik ausweist, da die Erzeugnisse aus Transvaal und Südrhodesien über portugiesisch-Ostafrika verschifft zu werden pflegen[154]).

VI. Kupfer.

Einfuhr Englands 1925—28 39 468 t,
Ausfuhr d. Empire 1925—28 87 060 t,
jährlich durchschnittlich.

Das Empire könnte also für den ganzen Bedarf Englands aufkommen, anstatt für nur 60%, die England laut Tabelle 7 daraus bezog. Der Zoll, der nach den Ottawa-Verträgen auf ausländisches Kupfer gelegt wurde, und die freie Einfuhr aus dem Empire dürfte den Empirebezug steigern[155]).

VII. Zink

wird bereits fast durchweg aus Empireländern eingeführt (99,9% laut Tabelle 7).

VIII. Weizen.

Einfuhr Englands 1925—28 101 781 000 cwts.,
Ausfuhr d. Empire 1925—28 167 610 000 cwts.,
jährlich durchschnittlich.

England bezog laut Tabelle 7 nur etwa die Häfte seiner Weizeneinfuhr aus dem Empire, den Rest hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten und Argentinien. Als Empirelieferanten kommen im wesentlichen Canada und Australien in Frage. Es ist anzunehmen, daß ein Teil des in USA verschifften Weizens aus Canada stammt, das einen beträchtlichen Teil seines Weizens dorthin liefert. Überhaupt ist es schwierig festzustellen, wieviel von dem kanadischen Weizen nach Eng-

153) Grondona, S. 157.
154) Grondona, S. 158.
155) vgl. Statist, Banking and Commercial Review, vom 18. 2. 34, S. 28.

land kommt, da die Posten vielfach schwimmend mehrmals weiter verkauft werden. So decken sich niemals die Statistiken des englischen Imports an Weizen mit denen des kanadischen Exports[156]).

Auch für Weizen ist durch die Ottawa-Verträge der Empirebezug begünstigt worden, da auf ausländischen Weizen ein Zoll von 2 sh pro Quarter gelegt wurde.

IX. Tee.

Einfuhr Englands 1925—28 5 000 331 lbs,
Ausfuhr d. Empire 1925—28 4 532 331 lbs,
jährlich durchschnittlich.

Britisch-Indien und Ceylon lieferten etwa 83% der englischen Einfuhr, der Rest wurde aus holländisch-Ostindien eingeführt. Der Bedarf könnte ganz aus dem Empire gedeckt werden, zumal da die zentral- und ostafrikanischen Kolonien sich mit Erfolg um den Teeanbau bemühen, so z. B. Nyassaland.

X. Kaffee.

Einfuhr Englands 1925—28 596 560 cwts.,
Ausfuhr d. Empire 1925—28 628 728 cwts.,
jährlich durchschnittlich.

Indien ist der Hauptlieferant, verschifft jedoch nur 26% nach England. Daß England trotz ausreichender Kaffeeproduktion des Empire nur rund die Hälfte seiner Einfuhr daher bezog, liegt jedenfalls daran, daß England als Kaffeeabsatzmarkt von verhältnismäßig geringer Bedeutung[157]) ist, weshalb die Kaffee produzierenden Empireländer, wie Indien, ihr Hauptinteresse auf andere Länder richten.

Aussichten für eine Steigerung der Kaffeeproduktion bieten sich in Ostafrika.

XI. Kakao

kommt bereits jetzt fast ausschließlich aus dem Empire nach England.

2. Waren, die noch nicht in ausreichender Quantität im Empire erzeugt werden, deren Produktion aber für steigerungsfähig gehalten wird[158]).

I. Zucker.

Einfuhr Englands 1925—28 37 289 000 cwts.,
Ausfuhr d. Empire 1925—28 18 197 000 cwts.,
jährlich durchschnittlich.

Die Zuckerproduktion wird für soweit ausdehnungsfähig gehalten, daß das Empire hierin selbstversorgend werden könnte. Besonders aussichtsreich scheinen die Produktionsverhältnisse in einigen Kolonien, wie Britisch-Guinea, Britisch-Westindien, Fiji, wo genügend freies Land, geeignete klimatische Verhältnisse und billige Arbeitskräfte vorhanden sind. Ein gesicherter Absatz würde den nötigen Anreiz zur Erhöhung der Produktion bieten.

---

[156]) Grondona S. 10/11.

[157]) Bei einem Weltkonsum von 22,7 Millionen Sack entfielen auf England 1928 nur 277 000. Grondona S. 99.

[158]) Nach Grondona, Russell, Melchett u. Viçose.

II. Tabak.

Einfuhr Englands 1924—27 1 765 339 centals,
Ausfuhr d. Empire 1924—27 557 277 centals,
jährlich durchschnittlich.

Auf Grund der seit 1919 auf Empiretabak gewährten Zollpräferenzen[159]) ist die Tabakerzeugung in einigen Empireteilen stark gestiegen, so in Südrhodesien um das 40fache. Allerdings gehört vorläufig der Empiretabak noch zu denjenigen Waren des Empire, die an Qualität denen des Auslandes, in diesem Falle der USA und Cubas, nachstehen. Nach Grondona ist dies jedoch zum Teil eine Gewohnheitsfrage, die durch Beeinflussung des Konsumenten vielleicht in eine dem Empire günstigere Richtung gelenkt werden könnte.

III. Schweinespeck und -schinken (bacon).

Einfuhr Englands 1925—28 9 137 369 cwts.,
Ausfuhr d. Empire 1925—28 1 633 030 cwts.,
jährlich durchschnittlich.

Als Lieferanten aus dem Empire kommen in Frage: Freistaat Irland, Canada, Australien, Neuseeland, Südafrika. Der aus den vier letzten Dominions kommende Bacon ist dem aus europäischen Lieferquellen, hauptsächlich Dänemark, stammenden qualitativ unterlegen, weil er der größeren Entfernung wegen nur in scharf geräuchertem Zustande verschifft werden kann[160]). So kommt es, daß in diesen Empireländern die Bacon-Produktion weniger ausgebaut ist. Daß Dänemark den englischen Baconmarkt erobern konnte, wird, abgesehen von seiner günstigen geographischen Lage zu England, auf seine genossenschaftliche Organisation und die Staatskontrolle bezüglich der Qualität der auszuführenden Agrarerzeugnisse, sowie auf seine wirksame Verkaufsorganisation zurückgeführt.

Wie weiter oben ausgeführt, geht die gegenwärtige englische Agrarpolitik auf Reorganisation der Bacon-Produktion in England selbst aus. Die im Rahmen dieser Politik getroffenen und weiter zu treffenden Einfuhrbeschränkungsmaßnahmen gegenüber ausländischen Produkten sind geeignet, neben dem Schutz der heimischen Landwirtschaft eine größere Inanspruchnahme der Empirequellen herbeizuführen. England hat sich Canada gegenüber in Ottawa verpflichtet, innerhalb der damals bevorstehenden gesetzgeberischen Maßnahmen zur Regelung der Bacon-Einfuhr kanadischen Bacon bis zur Höchstmenge von 2 500 000 cwts. frei zuzulassen[161]).

3. Waren, die in nicht ausreichender Qualität aus dem Empire kommen.

I. Baumwolle.

Quantitativ würde die im Empire — hauptsächlich in Indien — erzeugte Baumwolle zwar hinreichen, um einen großen Teil des englischen Bedarfs zu decken, denn das Empire führte zwischen 1924 und 1927 rund 14 Millionen centals aus, während England 16 Millionen einführte. Aber die indische Baumwolle

[159]) Vgl. Grondona S. 118.
[160]) Grondona S. 49—51; Leubuscher S. 169.
[161]) Artikel 6 des britisch-kanadischen Vertrages.

ist kurzstapelig und Lancashire braucht langstapelige, um die feineren Garnnummern herzustellen, auf die es spezialisiert ist[162]), und diese führt es hauptsächlich aus USA ein. Gewisse Teile des Empire produzieren langstapelige Baumwolle: so der englisch-ägyptische Sudan, Uganda, Südafrika und Südrhodesien. Die Produktion ist hier seit den Nachkriegsjahren schon erheblich gesteigert worden[163]) und wird für weiter steigerungsfähig gehalten.

II. Holz.

Hier ist zu unterscheiden zwischen harten und weichen Holzarten. Erstere kommen reichlich in verschiedenen Empireländern, wie Canada, Australien, Indien, Britisch-Westafrika, Westindien, Britisch-Nord-Borneo, vor. Dies trifft aber nicht für die weichen Holzarten zu. Zwar gibt es viel Nadelholz in Neufundland, jedoch wird dieses dortselbst zur Papierfabrikation benötigt. Das gleiche gilt für Canada. Von 1924—1927 führte England durchschnittlich jährlich für £ 46 623 000 Holz ein, während der gesamte Holzexport des Empire sich nur auf £ 28 324 000 belief. Allerdings wird die Holzproduktion im Empire verschiedentlich[164]) als noch entwicklungsfähig bezeichnet, da bisher nur 1/3 aller Empirewälder nutzbar gemacht sei.

III. Häute und unverarbeitetes Leder.

Quantitativ könnte das Empire den Einfuhrbedarf des Mutterlandes decken, da es 1925—1928 durchschnittlich jährlich für £ 14 776 000 Häute ausführte und England nur für £ 4 981 000 einführte. Aber das Empire führte Häute von Ochsen, Kühen, Kälbern, Büffeln und Pferden hauptsächlich in getrocknetem Zustande aus, was sie härter und qualitativ geringwertiger macht als die in ungetrocknetem und eingesalzenem Zustande (wet-salted) ausgeführten Häute aus Argentinien und USA. Die Anwendung des letzteren Verfahrens lohnt sich nur dort, wo das Schlachten im Großen betrieben wird, dagegen nicht dort, wo einzelne Tiere geschlachtet werden, wie es meist in Australien und Canada der Fall ist. Da die englische Ledererzeugung sich auf Qualitätsarbeit spezialisiert hat, um den Wettbewerb billigen kontinentalen Leders und billiger Ledersatzstoffe aushalten zu können, werden vorzugsweise „wet-salted hides" verwendet. Die Möglichkeit der Versendung solcher Häute aus Empireländern ist eng verbunden mit der Möglichkeit der Erhöhung der Rindfleischeinfuhr aus dem Empire, da ein solcher den Schlachtbetrieb im großen und damit die Anwendung des Verfahrens zur Herstellung von „wet-salted hides" lohnend machen würde.

IV. Fleisch.

Hier haben wir zu unterscheiden zwischen Rind- und Hammelfleisch, ferner zwischen frischem, gefrorenem (frozen) und gekühltem (chilled) Fleisch. Frisches Fleisch kommt für die Einfuhr weniger in Frage als Gefrier- bzw. gekühltes Fleisch. Das

---

[162]) Melchett, Imperial Economic Unity, S. 110.
[163]) Vgl. Grondona S. 125.
[164]) vgl. Douglas Smith, S. 27, Melchett, S. 102 ff., Viçose S. 189/190.

gekühlte Fleisch wird bei 30° Fahrenheit verschifft und in dieser Temperatur während der Fahrt gehalten; das Gefrierfleisch wird in hart gefrorenem Zustande bei weit niedrigerer Temperatur transportiert. Das gekühlte Fleisch kommt den Vorzügen des frischen Fleisches weit näher als das Gefrierfleisch, das besonders durch den Prozeß des Entfrierens an Qualität einbüßt. Gekühltes Fleisch wird ausschließlich aus Argentinien geliefert. Es verträgt keine längere Ausdehnung der Kühlperiode als etwa 30 Tage, die der Transport von Argentinien einschließlich Verteilung in England ausmacht. Die Hauptfleischlieferanten im Empire, Australien und Neuseeland, können der größeren Entfernung wegen nur völlig gefrorenes Fleisch nach England liefern. Canada, das in der „chilled meat"-Zone liegt, ist bisher nur ein minimaler Produzent, da es vorzugsweise lebendes Vieh nach USA ausführt. In Südafrika, das ebenfalls in der „chilled meat"-Zone liegt, ist die Viehzucht zu wenig entwickelt[165]). Es kommt hinzu, daß die Herden zum großen Teil Eingeborenen gehören, die das Vieh zum Tauschhandel benutzen und modernen Grundsätzen der Viehzucht abgeneigt sind.

Günstiger liegen die Dinge für den Empirebezug beim Hammelfleisch, da dieses in kleineren Stücken geliefert wird und durch den Prozeß des Frierens und Entfrierens weniger an Qualität einbüßt als das Rindfleisch. Das Hammelfleisch wird deshalb auch größtenteils gefroren, nicht gekühlt, eingeführt.

Es stände also hier einem ausschließlichen Bezug aus dem Empire nichts im Wege, wenn die Produktion in Australien und Südafrika neben der des Hauptlieferanten, Neuseelands, noch ausgedehnt werden könnte. Nach Russell[166]) könnte die Einfuhr an Hammelfleisch ganz aus Empirequellen gedeckt werden. Bezüglich des Rindfleisches hält er besonders die südafrikanische Produktion für ausdehnungsfähig.

V. Butter.

Einfuhr Englands 1924—27 5 694 485 cwts.,
Ausfuhr d. Empire 1924—27 2 905 375 cwts.,
jährlich durchschnittlich.

Es ist fraglich, ob die Produktion im Empire erhöht werden kann. Das Hauptausfuhrland im Empire ist Neuseeland, das seine Produktion durch ständige Verbesserung der Zucht (herd-testing) und der Fütterung (intensive grazing) jährlich um 5 bis 10% gesteigert hat und noch eine Reihe von Jahren steigern kann[167]). In Australien jedoch ist die Produktion infolge der Eigenart der klimatischen Verhältnisse schwankend. Sie leidet unter der periodischen Wiederkehr von Jahreszeiten mit ungenügenden Regenfällen. Da das Vieh in Australien das ganze Jahr über im Freien grasen kann, ist der australische Farmer nicht darauf eingestellt, für Futter und Wasser in schlechten

---

[165]) vgl. die Ausführungen über Butter weiter unten, Seite 42.
[166]) S. 142.
[167]) Grondona, S. 59, nach Aussagen von Davis vom New Zealand Dairy Board.

Jahreszeiten vorzusorgen, wie es der europäische Landwirt für den Winter tut. Die Einrichtungen, Ställe etc., hierfür zu schaffen, ist eine Kapitalfrage. Die übrigen für Butterproduktion in Frage kommenden Empireländer sind Canada und Südafrika. In ersterem ist die Butterproduktion in Ermangelung genossenschaftlicher Absatzorganisation, wie sie in Australien und Neuseeland besteht, weniger entwickelt. In letzterem steckt sie noch in den Anfängen; ihre Entwicklung ist eng verknüpft mit der Entwicklung der Verkehrsverhältnisse, deren Verbesserung die Zucht von Zug- und Tragtieren zugunsten der Milchkühe zurückdrängt und dem Farmer die Märkte leichter zugänglich macht.

So wäre es nicht unmöglich, die Butterproduktion im Empire zu steigern, wenn auch schwer zu schätzen ist, wieviel Zeit darüber hingehen würde. Fördernd dürfte der laut Ottawa-Verträgen auf ausländische Butter gelegte Zoll wirken.

VI. Äpfel.

England führte 1925—28 6 631 000 cwts. ein,
das Empire führte 1925—28 2 829 000 cwts. aus,
jährlich durchschnittlich.

Der Hauptempirelieferant ist Canada, dessen Äpfel zur gleichen Zeit wie die der USA den englischen Markt suchen. Die kanadischen Apfelzüchter litten stark unter der amerikanischen Konkurrenz auf dem englischen Markt[168]) und die Produktion in Canada ist zurückgegangen.

Die Zollbestimmungen auf Grund der Ottawa-Verträge, die die aus dem Ausland kommenden Äpfel einem Wertzoll von 15% unterwerfen, dürften dazu beitragen, den Obstbau in Canada neu anzuregen. Auf alle Fälle bedarf das aber mehrerer Jahre, da es, vom Tage der Pflanzung gerechnet, 5 bis 7 Jahre dauert, ehe Obstgärten den nötigen Ertrag liefern.

4. Waren, deren Bezug aus dem Empire im Vergleich mit ausländischen Produkten zu teuer ist.

Eisenerz.

Es handelt sich hier um die Einfuhr solcher Eisenerze, die frei von Schwefel und Phosphor sind, Eigenschaften, die das in England selbst reichlich produzierte Eisenerz[169]) nicht aufweist. Dieses als „haematite" bezeichnete Eisenerz wird hauptsächlich aus Algerien, Norwegen, Tunis, Frankreich, Spanien und Spanisch-Marokko eingeführt und nur ein verschwindend kleiner Teil aus dem Empire. Als Empirelieferant käme besonders Australien in Frage; der Transport aus Australien würde sich jedoch weit teurer stellen als der aus den näher gelegenen außerbritischen Ländern.

5. Waren, an denen das Empire knapp ist.

I. Erdöl.

Laut Tabelle 7 wird nur 0,4% der englischen Einfuhr aus dem Empire gedeckt, und zwar kommt Erdöl vor in Indien, Trini-

[168]) vgl. darüber Grondona S. 76 ff., S. 166.
[169]) 70% des Bedarfs produziert England selbst; Grondona S. 156.

dad, Sarawak und Canada. Der Hauptbedarf Englands wird von Persien, Mexiko, den USA und holländisch Westindien gedeckt.

II. Zinn.

Einfuhr Englands 1925—28 68 282 t,
Ausfuhr d. Empire 1925—28 15 616 t,
jährlich durchschnittlich.

Das Empire könnte den Bedarf nicht decken.

Welche Maßnahmen werden getroffen, um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Mutterland und Empireländern zu heben, insbesondere, um den Empireländern einen größeren Anteil am englischen Import zu verschaffen?

Die Bemühungen hierum sind folgende: Maßnahmen der äußeren Handelspolitik, Förderung wissenschaftlicher Forschung und sonstiger technischer und organistorischer Maßnahmen, die auf eine Steigerung des Absatzes imperialer Produkte hinzielen, Beeinflussung des Konsumenten.

Maßnahmen der äußeren Handelspolitik.

Die Verträge von Ottawa, auf deren Inhalt noch an späterer Stelle eingegangen wird, brachten die Verzollung bezw. mengenmäßige Beschränkung bei Vorzugsbehandlung der Dominions für die Einfuhr von Agrarprodukten und industriellen Rohstoffen aus außerbritischen Ländern. Einem Zoll unterliegt z. B. die Einfuhr von Weizen, Mais, Butter, Käse, Äpfeln und verschiedenen anderen Früchten, Eiern, kondensierter Vollmilch und anderer haltbar gemachter Milch, Kupfer, während Einfuhr aus Empireländern frei ist. Die Einfuhr von Fleisch aus dem Auslande wurde durch Quoten geregelt, während den Dominions — allerdings nur mit Wirkung bis zum 30. Juni 34 — freie Einfuhr von Fleisch zugesagt wurde.

Förderung wissenschaftlicher Forschung und sonstiger technischer und organisatorischer Maßnahmen, die auf eine Steigerung des Absatzes imperialer Produkte hinzielen.

Hierzu gehören die Behandlung des Empire-Baumwollproblems, das sich die Empire-Cotton-Growing-Corporation[170]) angelegen sein läßt. Erweiterung des Baumwollbaues in Empireländern und Verbesserung der Qualität, vor allem der indischen Baumwolle, ist das Ziel. Die staatlichen Maßnahmen auf diesem Gebiet werden ergänzt durch solche privater Iniitative: So hat die Lancashire Cotton Corporation Ltd. Maschinen zur Verwendung indischer Baumwolle zwecks Herstellung und Ausfuhr von „Standard-Geweben" eingeführt[171]). Andere der Förderung der Empire-Produktion dienende wissenschaftliche Institute sind das Forest Products Research Laboratory (forstwirtschaftliches Forschungsinstitut) und das Department for Scientific and Industrial Research (Abteilung für wissenschaftliche und industrielle Forschung) [172]). Zu den wissenschaftlichen Bemühungen, die die Unabhängigkeit des Empire von außerbritischen Quellen steigern können, gehört auch das Verfahren der Verflüssigung der Kohle zwecks Ersatzes von Petroleum, zu dessen praktischer

---

[170]) nach Melchett S. 105/10.
[171]) nach Grondona S. 124.
[172]) nach Melchett S. 105/110.

Durchführung gesetzliche Maßnahmen durch das British Hydrocarbon Oils Production Act von 1934 getroffen wurden[173]).

Ferner ist die Arbeit der Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Empire auf der Ottawa-Konferenz zu erwähnen[174]). Die Kommission bestand aus verschiedenen Unterkommissinoen, die sich mit der technischen und organistorischen Förderung des Absatzes industrieller Fertigwaren, sowie von Rohstoffen und agrarischen Produkten befaßten. In diesem Zusammenhang ist vor allem die Unterkommission für das Gradieren und Standardisieren zu nennen, da dieses für den Absatz imperialer Agrarprodukte eine Rolle spielt.

Beeinflussung des Konsumenten:

Hier sei an die mehrfachen „Buy-British" Propagandafeldzüge erinnert, ferner an gesetzliche Maßnahmen wie das Merchandise Marks Act von 1926, wonach alle eingeführten Waren, die eine Firma tragen, auch den Namen des Ursprungslandes tragen müssen.[175]) Über die Verbreitung der Gepflogenheit, Empire-Erzeugnisse zu kaufen, schreibt Russell[176]): „Die Gewohnheit, Waren des Empire zu kaufen, verbreitet sich bei uns. Neues Zahlenmaterial für nicht weniger als 25 Produkte liegt für 1931 vor. Unter der Förderung des Empire Marketing Board und anderer entsprechender Institutionen können wir weitere Fortschritte in Zukunft erwarten."

Zusammenfassend ist folgendes zu bemerken: Die Produktion von Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen im Empire ist so, daß der Bedarf des größten Teiles ausschließlich aus Empirequellen gedeckt werden kann[177]). Abhängig von anderen Ländern ist England hinsichtlich der Versorgung mit Petroleum, gewissen Mineralien, Baumwolle, Holz, sowie einigen Agrarprodukten, wie Fleisch, einschließlich Bacon, und Butter. Die in neuester Zeit sich besonders bemerkbar machende Tendenz, mehr als bisher die Empirequellen heranzuziehen und die einheimischen zu entwickeln, wird im Verein mit wissenschaftlichen und technischen Bemühungen um Verbesserung von Qualität und Transportmöglichkeiten der Empireprodukte jedenfalls dazu beitragen, im Laufe der Zeit den Grad der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Empire noch zu steigern. So sind die Grundlagen für die Ausgestaltung des Empire zu einem großen, sich im wesentlichen selbst versorgenden Wirtschaftsraum gegeben.

c) Auf die Empire-Handelsbeziehungen seit 1932 haben folgende Ereignisse einen wesentlichen Einfluß gehabt:

1. Die £-Abwertung.[178])

Die 1931 erfolgte £-Abwertung wirkte sich gegenüber Ländern, die am Goldstandard festhielten, wie ein Einfuhrzoll in der Abwertung entsprechender Höhe aus. Die Einfuhr aus solchen Ländern, wie Frankreich, Holland, Belgien und die Schweiz, ist demgemäß in den Jahren 1932 und 1933 weit geringer als 1931. Dagegen wurde durch die £-Abwertung die Einfuhr aus den Ländern, die ihre Wäh-

---

[173]) vgl. dazu Parlamentsverhandlung vom 8. 2. 34. Nach Daily Telegraph vom 9. 2. 34, Parliament.

[174]) nach Coatman a.a.O.

[175]) nach Melchett S. 56.

[176]) S. 162.

[177]) vgl. auch Viçose, Grondona, Melchett, Russell.

[178]) vgl. darüber Viçose, S. 437 ff.; Salter, Recovery.

rung nach dem englischen £ richteten, begünstigt. Hierzu gehören neben Argentinien und den nordeuropäischen Ländern Empireländer wie Australien, Neuseeland, Indien und seit 1932 Südafrika. Wegen ihrer abgewerteten Währung mußten diese Länder gleichzeitig die Einfuhr aus England der aus Goldstandardländern vorziehen.[179])

2. Die englische Zollgesetzgebung von 1932.

Auf Grund des Import Duties von 1932 wurde ein Wertzoll von 10% auf alle ausländischen Waren mit Ausnahme der in einer Freiliste genannten gelegt, während die Empireländer zunächst bis zum 15. November 1932 Zollfreiheit genossen, über deren Fortsetzung auf der bevorstehenden Empire-Konferenz zu Ottawa eine weitere Regelung zu treffen war. Diese Tatsache war ebenfalls geeignet, eine Steigerung des Imports aus dem Empire herbeizuführen.

3. Die auf der Empire-Wirtschaftskonferenz zu Ottawa im Juli 1932 geschlossenen Handelsverträge.

Wenn auch die Konferenz von Ottawa die in sie gesetzten Hoffnungen eines imperialen Freihandels mit Zöllen gegenüber nichtbritischen Ländern oder wenigstens eines allgemeinen Abbaus der hohen dominialen Schutzzölle im imperialen Handelsverkehr nicht erfüllt hat, so stellen doch die in Ottawa zwischen den einzelnen Empireländern Canada, Australien, Neuseeland, Südafrika, Indien, Neufundland und Südrhodesien mit dem Mutterland und den Empireländern Canada — Südafrika, Canada — Irischer Freistaat, Canada — Südrhodesien, Südafrika — Neuseeland und Südafrika — Irischer Freistaat unter sich geschlossenen Verträge einen Ausbau der imperialen Vorzugszölle dar; das Präferenzsystem wird zum leitenden Grundsatz der Zollpolitik nicht nur im Verkehr zwischen Großbritannien, den Dominions und Indien, sondern auch im Verkehr letzterer mit den sich nicht selbstverwaltenden Kolonien erhoben, sodaß zum ersten Mal alle Teile des britischen Empire wirtschaftspolitisch mit einander verknüpft sind[180]). Die Empireländer gewährten neue Vorzugszölle auf englische Fertigwaren, auf die weiter oben eingegangen wird. England gewährte den Empireländern:

1. Befreiung von den Zöllen des Zollgesetzes von 1932.
2. Bindung an bereits bestehende Präferenzen durch Aufrechterhaltung des 10%igen Wertzolls auf ausländische Waren.
3. Indirekte Präferenzbehandlung durch Einführung neuer Zölle auf ausländische Agrarprodukte und Rohstoffe[181]).
4. Einfuhrkontingentierung von Fleisch unter Bevorzugung einzelner Dominions (Australien, Neuseeland, Canada, Südafrika).
5. Sondervereinbarungen z. B. mit Indien über die Förderung des Absatzes indischer Baumwolle und die Förderung des Absatzes neufundländischen Eisenerzes in Großbritannien[182]).

---

[179]) Vgl. Statist, Banking and Commercial Review Section v. 8. 2. 33, Volume and Direction of External Trade. Dasselbe in der Ausgabe vom 17. 3. 34; „Die Bank" v. 9. 11. 32, Der Sterlingblock im Welthandel.

[180]) vgl. Imperial Economic Conference at Ottawa, Cmd. 4174, S. 19 ff.

[181]) siehe weiter oben Seite 14 und 43.

[182]) vgl. den Briefwechsel zwischen Baldwin und dem neufundländischen Premier: Das Vertragswerk von Ottawa, vollständiger deutscher Wortlaut und Erläuterung der Vorträge, herausgegeben von der Zentral-

Welche Wirkungen haben die genannten Ereignisse auf den Empirehandel gehabt?

Die Tabellen 8 und 9 im Anhang zeigen die Ein- und Ausfuhr Englands von 1931—1933 in ihrer Verteilung nach Empireländern und dem Auslande. Aus ihnen geht folgendes hervor: Die Einfuhr Englands aus den vier Hauptdominions und Indien hat sich 1932 und 1933 sowohl wertmäßig als anteilmäßig gehoben. Besonders stieg die Einfuhr aus Canada und Neuseeland. Canadas Ausfuhr nach dem Mutterlande betrug 1932 rund 38% und 1933 rund 48% mehr als 1931. Neuseelands Ausfuhr nach England stieg 1932 um rund 37% von 1931 und hielt sich 1933 ungefähr auf dieser Höhe. Die Exporte Südafrikas betrugen 1932 rund 29%, 1933 rund 20% mehr als 1931. Leichte Steigerungen haben die Exporte Australiens und Indiens zu verzeichnen, letztere erst 1933. Die Aufuhr des übrigen (hauptsächlich kolonialen) Empire nach England ist dagegen wertmäßig um rund 14% von 1931 im Jahre 1933 gesunken, während sie anteilmäßig ihre alte Höhe behielt.

Die Einfuhr aus dem Auslande sank 1932 um 19% und 1933 um 24% des Wertes von 1931, während das Empire als Ganzes (unter Ausschaltung von Irland) seine Ausfuhr nach England 1932 um 9%, 1933 um 14% des Wertes der Ausfuhr 1931 steigern und seinen Anteil an der englischen Gesamteinfuhr von 25,3% 1931 auf 31,8% 1932 und auf 34% 1933 erhöhen konnte. Der Anteil des Auslandes an der englischen Einfuhr dagegen ging von 74,7% 1931 auf 68,2% 1932 und 66% 1933 zurück.

Auch der Export Englands nach manchen Teilen des Empire ist wert- und anteilmäßig gestiegen, nach anderen allerdings gefallen. Steigerungen sind zu verzeichnen für den Export nach Australien, der um 36% 1932 und um 45% 1933, verglichen mit dem Wert von 1931, stieg, ferner für den Export nach Südafrika, der 1933 um 6%, verglichen mit 1931, und um 27%, verglichen mit 1932, stieg. Nicht erheblich verändert ist der Export nach Indien und nach dem kolonialen Empire. Gesunken ist die Ausfuhr nach Neuseeland: um 14% 1933, gemessen an 1931.

Die Ausfuhr nach außerbritischen Ländern betrug 1932 nur rund 91%, hob sich jedoch 1933 auf rund 94% des Wertes von 1931.

Der Export Englands nach dem Empire als Ganzem jedoch hat sich günstiger entwickelt als der nach dem Auslande. Er hielt sich 1932 auf ungefähr derselben Höhe wie 1931 und stieg 1933 auf ungefähr 103% des Wertes von 1931. Die relative Bedeutung des Empire als Ganzes stieg von 37,9% 1931 auf 39,9% 1932 und 40,4% 1933 des englischen Gesamtexports bei entsprechendem Rückgang des Auslandes.

Die Entwicklung des englischen Außenhandels 1932 und 1933 zeigt also die Tendenz zur stärkeren Heranziehung des Empire. Dies macht sich besonders im Import geltend. Der Export nach den Empireländern hat sich zwar noch nicht so günstig entwickelt wie der Import, jedoch ist es bemerkenswert, daß er, während der Export

---

stelle für den Außenhandel und der Schriftleitung der Korrespondenz „Industrie und Handel", Berlin 1932, S. 41, u. Art. 8 des Vertrages mit Indien.

nach dem Auslande wertmäßig gesunken ist, gleichgeblieben, bezw. leicht gestiegen ist.

Betrachtet man die Außenhandelsstatistik einzelner Empireländer im Hinblick auf die Entwicklung der relativen Bedeutung Großbritanniens für ihren Gesamtimport und -export, wie sie aus den Tabellen 4 und 10 hervorgeht, so zeigt sich folgendes:

Der Anteil des Mutterlandes an der Ausfuhr Canadas, Neuseelands und Indiens ist seit 1929 im Steigen begriffen. Für Indien und Canada liegen bereits Ergebnisse von 1933 vor, wenn auch für Indien nur ein vorläufiges. Danach hat Canada im Jahre 1933 seine Ausfuhr nach England um 15% seiner Gesamtausfuhr, verglichen mit 1929, gesteigert. Besonders stark ist die relative Bedeutung Englands für den kanadischen Export 1932 und 1933 gestiegen. Indiens Export nach England stieg von 21% 1929 auf 29% 1933, wobei ebenfalls die Jahre 1932 und 1933 die stärksten Steigerungen zu verzeichnen haben. Für Neuseeland liegt ein Ergebnis für 1933 noch nicht vor. Hier hat sich der Anteil Englands am Gesamtexport von 73% 1929 auf 87% 1931 und 1932 gehoben. Eine leichte Steigerung zeigt der Anteil Englands am australischen Export von 53% 1931 auf 55% 1932, während die relative Bedeutung Englands für den südafrikanischen Export seit 1929 sich auf sinkender Linie bewegt.

In der Einfuhr der genannten einzelnen Empireländer konnte England in manchen Fällen seine relative Bedeutung steigern. In der kanadischen Einfuhr ist das Mutterland seit 1929 von steigender Bedeutung, in Neuseeland setzt eine Steigerung im Jahre 1931 ein. Für Canada und Indien liegen Zahlen aus dem Jahre 1933 vor, für Indien allerdings nur vorläufige. Sie zeigen, daß der Export Englands in dem ersten Jahr der Auswirkung der Ottawa-Verträge, 1933, als Anteil an der Gesamteinfuhr Canadas und Indiens im Verhältnis zu den beiden Vorjahren gestiegen ist, wenn auch der Export nach Empireländern als Anteil des englischen Gesamtexports, wie wir oben sahen, noch keine erhebliche Veränderung im Jahre 1933 aufzuweisen hat.

2. Die finanziellen Beziehungen zwichen Großbritannien und den Empireländern.

In Verbindung, zum Teil in ursächlichem Zusammenhang mit den Handelsbeziehungen stehen die finanziellen Beziehungen zwischen Großbritannien und den Empireländern, die wir jetzt betrachten wollen.

a) Die Empireländer gehören zu demjenigen außerhalb Europas und der Vereinigten Staaten von Amerika gelegenen Teile der Welt, der vor dem Weltkriege in hohem Maße von den industriellen Ländern mit Kapital zur wirtschaftlichen Entwicklung versorgt wurde[183]). Nach dem Kriege jedoch verknappte sich der nach diesen Ländern fließende Kapitalstrom. England hatte vor dem Kriege, 1913, etwa 963 Millionen Dollar[184]) langfristig überseeisch neu angelegt. Nach dem Kriege fiel die Ziffer der überseeischen Neuinvestitionen beträchtlich niedriger aus, und zwar wurde sie für

[183]) Nach Gustaf Cassel, The International Movements of Capital in „Foreign Investments", S. 53 ff.

[184]) Cassel a.a.O, S. 54; vgl. auch die Schätzungen in £ in Tabelle 11 im Anhang.

1923—25 auf 622 bezw. 592 und 425 Millionen Dollar[185]) geschätzt. Die im britischen Empire vom Mutterlande langfristig neu investierten Kapitalien bezifferten sich nach Schätzungen des Statist 1913 auf 100 Millionen Pfund Sterlng, 1923 auf 81 Millionen, 1924 auf 64 Millionen, 1925 auf 69 Millionen und 1926 auf 58 Millionen Pfund Sterling[186]). Nach Cassel[187]) stellt diese Entwicklung einen Abfall des Kapitalexports Englands nach dem Empire auf weniger als die Hälfte der Vorkriegshöhe in dieser Periode dar, wenn man die Verminderung des Geldwertes berücksichtigt. Dazu kommt, daß diese Zahlen Bruttozahlen sind und der sich in ihnen ausdrückende Kapitalexport durch Amortisation früherer Anleihen in Wirklichkeit vermindert wird[188]). Der Netto-Kapitalexport Englands hat sich also noch stärker gesenkt, als die Zahlen erkennen lassen.

Zwar wurden seit dem Kriege die USA ein Gläubigerland großen Stils. Aber die Auslandsinvestitionen dieses Landes waren auch starken Schwankungen unterworfen: Während der Kapitalexport aus USA bis 1923 noch sehr bedeutend war, überstieg 1923 das einströmende Kapital das exportierte, so daß ein Kapitalimport von 50 Millionen Dollar zu verzeichnen war[189]). 1924 betrug der Kapitalexport der USA 572, 1925 494, 1926 569 Millionen Dollar. Immerhin machen 1925 die englischen Brutto- zusammen mit den amerikanischen Nettozahlen über den Kapitalexport noch nicht die Summe aus, die vor dem Kriege England allein über See investiert hatte[190]). Berücksichtigt man die Verminderung des Geldwertes, so ergibt sich ein noch ungünstigeres Bild von der Kapitalversorgung der „kolonialen Welt" nach dem Kriege, die außerdem noch dadurch verkürzt wurde, daß Deutschland und Frankreich, vor dem Kriege ebenfalls kapitalexportierende Länder, nach dem Kriege zu den kapitalimportierenden gehörten[191]).

Die Ursachen dieser Verminderung des Kapitalexportes liegen in erster Linie in der geschwächten Kapitalkraft der alten Kapitalexportländer[192]). Es kommt hinzu, daß teilweise das Vertrauen in die politische und monetäre Lage gewisser Kapitalimportländer fehlte[193]).

Die Folge der Verminderung des Kapitalexports war ein Sinken

[185]) Cassel S. 54.
[186]) Cassel S. 54 und Tabelle 11 im Anhang.
[187]) a.a.O. S. 54.
[188]) Cassel S. 55.
[189]) Cassel S. 55.
[190]) Cassel S. 55.
[191]) Die Kapitalexporttätigkeit Frankreichs begann erst wieder 1926; vgl. Starck, S. 95.
[192]) Nach dem Colwyn-Committee Report on Debt and Taxation 1925 betrug die Verminderung der jährlichen Ersparnisse in England 150—200 Millionen Pfund Sterling; auch der Economist schätzt sie ähnlich, auf 200 Millionen Pfund Sterling (bis 1926); nach Starck, S. 75.
[193]) Dies galt auch für gewisse Fälle von Kapitalgesuchen britischer Empireländer. So konnten 1926 von 2 Anleihen des Staates Neu-Südwales das erste Mal 70%, das zweite Mal 84% beim Publikum nicht untergebracht werden, obwohl diese Anleihen unter die Colonial Stock Acts fielen und Vorzugsbedingungen (Mündelsicherheit) genossen. Daß der Grund nicht Unvermögen des Londoner Marktes war, zeigt sich daran, daß in der gleichen Zeit eine Hamburger Anleihe mehrfach überzeichnet wurde. Nach Leubuscher S. 153.

der Kaufkraft in den überseeischen Agrar- und Rohstoffländern und ein Notleiden besonders der Schwerindustrie in den industriellen Ländern, vor allem in England, da der Absatz der Produktionsmittelindustrien wegen der teilweisen Verwendung des exportierten Kapitals für Maschinen zum Teil durch Kapitalexport bedingt ist[194]). Die Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage, die 1926 eingesetzt hatte, ist, wie Cassel betont[195]), zum großen Teil durch die bessere Kapitalversorgung der Agrar- und Rohstoffländer herbeigeführt.

So betrugen auch nach Tabelle 11 die in Empireländern neu investierten englischen Kapitalien 1927 98 Millionen £, 1928 81 Millionen £, während sie 1926 nur 58 Millionen £ betragen hatten.

Mit dem Jahre 1929 jedoch setzte eine Schrumpfung des Kapitalexports ein, die, wie das Macmillan-Committee in seinem „Report on Fiance and Industry"[196]) betont, wieder in erheblichem Maße zu den Schwierigkeiten der rohstoffproduzierenden und agrarischen Länder und damit zum Rückgang des Exports der industriellen beitrug. In diesem Zusammenhange sei an die bereits erwähnten Ausführungen des australischen Premierministers auf der Ottawa-Konferenz erinnert über die Notwendigkeit der Reduzierung des australischen Imports zur Haltung des finanziellen Gleichgewichts mangels genügender Kapitalversorgung.

Genügende Kapitalversorgung des britischen Empire liegt somit sowohl im Interesse des Mutterlandes als der Tochterstaaten.

b) Die Anhänger einer wirtschaftlichen Verflechtung des Empire wünschen einen möglichst ausgedehnten durch protektionistische Beeinflussung des Kapitalmarktes geförderten Kapitalexport nach Empireländern. Dabei wird geltend gemacht, daß, da die Empireländer pro Kopf der Bevölkerung mehr englische Waren kaufen als außerbritische Länder, der Kapitalexport dorthin den Absatz der englischen Exportindustrie mehr fördern würde als ein Kapitalexport nach dem Auslande. Diese Ansicht steht im Gegensatz zu der weiter oben gekennzeichneten Auffassung der Isolationisten, die an der Möglichkeit einer wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Erholung der Exportindustrien zweifeln und sich deswegen dem Kapitalexport gegenüber ablehnend verhalten, und ebenfalls im Gegensatz zu der alten freihändlerischen Schule, die Richtung und Bedingungen der Kapitalanlagen dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen will[197]).

c) Untersuchen wir jetzt, ob und inwieweit die Kapitalanlagen Englands eine Bevorzugung des Empire erkennen lassen.

Zunächst sei untersucht, wieviel von dem außerhalb des Landes angelegten englischen Kapital sich in Empireländern befindet. Als

---

[194]) vgl. die von Cassel S. 57/59 angegebenen Zahlen über den Rückgang des englischen Exports an Lokomotiven und verschiedenen Arten von Maschinen; über die Zusammenhänge von Kapital- und Warenexport: vgl. Cassel a.a.O.; Starck: Der Kapitalexport und seine Rückwirkungen auf das kapitalexportierende Land; Sombart: Hochkapitalismus, 1. Halbband, München u. Leipzig 1927, S. 489 ff.; Machillan-Report S. 79 ff.

[195]) S. 62 a.a.O.

[196]) S. 79.

[197]) vgl. Gregory: Britain and Foreign Investments, S. 101 ff.; Starck S. 84 ff.

Grundlage diene eine Statistik von Sir Robert Kindersley[198]), der den Nominalwert des im Auslande und Empire stehenden englischen Kapitals Ende 1930 auf 3.186 Millionen Pfund Sterling schätzt, die sich folgendermaßen verteilen: Auf Anlagen im Empire entfallen 1.987 Millionen Pfund Sterling, also 62%. Besonders hoch ist der Anteil der Empireländer an den Anleihen, die an Regierungen und Gemeinden gegeben wurden, nämlich 75%, und an dem in Bergwerken angelegten Kapital, nämlich 77%. Das in Eisenbahnen und gemeinnützigen Unternehmungen angelegte englische Kapital dagegen steckt zum größeren Teil in außerbritischen Ländern, das Eisenbahnkapital hauptsächlich in Südamerika, während die Empireländer in diesen beiden wirtschaftlichen Anlagegebieten nur mit 44% bezw. 36% beteiligt sind. Was die Verteilung des Kapitals zwischen einzelnen Empireländern betrifft, so kommen auf Canada, Australasien und Indien je 22—24% des gesamten im Empire angelegten englischen Kapitals, und zwar fallen diese Kapitalanlagen in Australasien und Indien zum großen Teil auf Anleihen an Behörden, während ein großer Teil des nach Canada gegebenen Kapitals in Eisenbahnen steckt.

Es ist offensichtlich, daß das überseeisch angelegte Kapital zum überwiegenden Teil nach Empireländern geflossen ist.

Welche Bedeutung haben die Empireländer als Kapitalanlagegebiete innerhalb der jährlichen englischen Neuinvestitionen außerhalb des Landes? Zur Behandlung dieser Frage betrachten wir die jährlichen Neu-Emissionen auf dem englischen Kapitalmarkt in einzelnen Jahren vor und nach dem Kriege bis zur Gegenwart in ihrer geographischen Verteilung. Tabelle 11 zeigt diese Neuemissionen in den Jahren 1907—1913 und 1924—1933.

Ziehen wir den Durchschnitt aus den Zahlen der Vorkriegszeit, so ergibt sich, daß zwischen 1907 und 1913 sich die jährlichen Neuinvestitionen Großbritanniens folgendermaßen verteilten: Inlandsanlagen: 21,5%, Empireanlagen: 33,7%, Auslandsanlagen: 44,8%. Ziehen wir jetzt den Durchschnitt aus den Zahlen von 1924—1930, so ergibt sich folgende Verteilung: Inlandsanlagen: 54%, Empireanlagen: 26%, Auslandsanlagen: 20%. Im Vergleich zur Vorkriegszeit ging also die Entwicklung der englischen Neuinvestitionen in den Jahren 1924—1930 auf eine erhöhte Verwendung des Kapitals im Inlande hinaus. Dementsprechend sank der Anteil des außerhalb Großbritanniens investierten Kapitals an den jährlichen gesamten Neuinvestitionen von dem durchschnittlichen Vorkriegsanteil von 78,5% auf 46%.

Diese starke Verschiebung zugunsten des heimischen Kapitalbedarfs erfolgte jedoch im wesentlichen auf Kosten außerbritischer Länder, auf die zwischen 1924 und 1930 nur 20% der jährlichen Gesamtemissionen Englands entfielen gegen 44.8% in der Vorkriegszeit, während der Anteil des Empire sich nur von 33,7% auf 26% verminderte. Mit dem Jahre 1931 setzt abermals eine Verschiebung in der Verteilung der Neuemissionen ein, die in einer erneuten starken Senkung des Anteils der außerbritischen Länder besteht. Auf diese entfiel statt der 17,8% 1924—1930 nur 7,8% 1931 und 5,3% 1933,

[198]) Im Economic Journal vom Juni 1933; vgl. auch Statist vom 17. 6. 33, S. 999.

während 1932 überhaupt keine Investitionen in außerbritischen Ländern zu verzeichnen sind[199]).

Im Durchschnitt entfielen von 1931—1933: auf Inlandsanlagen: 68,2%, auf Empireanlagen: 27,5%, auf Auslandsanlagen: 4,3%. Diese Verschiebung auf Kosten der Kapitalanlagen in außerbritischen Ländern ist beeinflußt durch das Kapitalexportembargo, von dem weiter oben die Rede war[200]). Nur einzelne Fälle des Kapitalexports nach dem Auslande sind zu verzeichnen[201]).

Wenn wir nur die außerhalb Großbritanniens angelegten englischen Kapitalien betrachten, so gestaltet sich das Verhältnis von Empire- und Auslandsinvestitionen folgendermaßen:

1907—13 Empire: 42,9%, Ausland: 57,1%,
1924—30 Empire: 55,9%, Ausland: 44,1%,
1931—33 Empire: 86,3%, Ausland: 13,7%.

Daraus ergibt sich, daß die relative Bedeutung des Empire als Anlagesphäre für außerhalb Großbritanniens zu investierendes Kapital seit dem Kriege erheblich gestiegen ist.

d) Diese Bevorzugung des Empire gegenüber dem Auslande ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Kapitalanlagepolitik bereits im Sinne der Imperial-Protektionisten gearbeitet und durch protektionistische Maßnahmen den imperialen Borgern die Kapitalaufnahme auf dem Londoner Markt erleichtert hat.

Diese imperial-protektionistische Kapitalmarktpolitik besteht in folgenden Maßnahmen:

1. Dem Colonial Stock Act von 1900, das in Verbindung mit dem Trustee Act von 1893 zum Trustee Security Act (Gesetz über die Mündelsicherheit von Wertpapieren) von 1925 wurde[202]). Danach genießen gewisse koloniale und dominiale Wertpapiere, falls sie bestimmten Vorschriften des Schatzamts genügen, Mündelsicherheit. Im ganzen sind unter diesen Gesetzen bis zum Jahre 1926 Wertpapiere im Betrage von 750 Millionen £[203]) für mündelsicher erklärt worden, wovon 368 Millionen £ auf Emissionen zwischen 1921 und 1926 fallen[204]).

Es ist schwer zu schätzen, wie hoch der finanzielle Vorteil ist, den die Empireländer von dieser Gesetzgebung genossen, man ist

---

[199]) vgl. dazu Statist v. 10. 6. 33: Supplement on the World Economic Conference, S. 7.

[200]) Seite 22.

[201]) Einen solchen Fall bildete folgender: Der Verkauf von einer Million £ dänischer Obligationen wurde mit Rücksicht auf den Vertrag der dänischen Regierung mit der englischen Firma Dorman, Long & Co. zwecks Baus der längsten Brücke Europas, von Seeland nach Falster, vom Schatzamt zugelassen. Die Auflegung einer Anleihe von 2,5 Millionen £ für die Stadt Kopenhagen wurde jedoch trotz Angebots derselben, 100 000 t englischer Kohle 10 Jahre lang abzunehmen, abgelehnt. Nach einer Meldung des Daily Telegraph vom 9. II. 34: Ban on Danish Loan.

[202]) über diese Gesetze vgl. Gregory, Britain and Foreign Investments S. 105 ff.; Melchett, Imperial Economic Unity, S. 55 ff.; Leubuscher a.a.O.

[203]) Gregory S. 106/107.

[204]) Gregory S. 107.

[205]) nach Gregory S. 108.

jedoch im allgemeinen der Ansicht[205]), daß sie denselben mindestens 1% Zinsen erspart hätte. Der besonders hohe Anteil (75%) der Empireländer an dem an Regierungen und Gemeinden gegebenen englischen Kapital[206]) kann wohl zum Teil als eine Wirkung dieser Gesetzgebung angesehen werden.

Die Begünstigung imperialer Borger auf dem englischen Kapitalmarkt unter diesen Gesetzen geht praktisch so weit, daß der Kreis mündelsicherer Anlagen im Empire größer ist als der mündelsicherer Anlagen im Inland, was die Kritik, besonders seitens Verfechtern national-protektionistischer Ideen, an diesem Gesetz herausfordert[207]).

2. Den Trade Facilities Acts von 1921[208]).

Diese Gesetzgebung hat zwar für Kapitalanlagen im Empire praktisch wenig Bedeutung gehabt, sei aber hier erwähnt, um den imperial-protektionistischen Zug der englischen Kapitalmarktpolitik aufzuzeigen. Das Schatzamt wurde durch diese Gesetze ermächtigt, für in Großbritannien aufgelegte Anleihen von Regierungen, Gemeindeverwaltungen und Korporationen sowohl des Inlands, als des Empire und des Auslandes Garantien für Zinsen oder Kapital oder beides zu übernehmen, und zwar bis zum Höchstbetrage von 75 Millionen £, falls durch ein beratendes Comité die Anleihe als geeignet zur Arbeitsbeschaffung erklärt würde und die Borger sich verpflichteten, sie entweder zur Errichtung von produktiven Anlagen oder zum Ankauf englischer Waren für solche Anlagen zu benutzen. Dieses Gesetz hat mehr Bedeutung für Inlandsanlagen als für Empire- und Auslandsanlagen gehabt; denn die bis zum 30. VI. 26 gewährten Garantien für Anleihen heimischer Unternehmungen waren dreimal so hoch wie die für ausländische oder imperiale Anleihen[209]). Dabei waren die Garantien auf Empireanleihen nur wenig höher als die auf ausländische. Sie betrugen für das Empire 8,3 Millionen £ und für das Ausland 7,3 Millionen £ bei einer Gesamtgarantieübernahme von 64,9 Millionen £[210]).

Der speziell imperial-protektionistische Teil der Gesetzte stammt von 1924. Hierdurch wird das Schatzamt ermächtigt, für 3/4 der Zinsen für von Regierungen, Gemeinden und Korporationen des Empire aufgenommene Anleihen aufzukommen, falls die Anleihe im Sinne des Gesetzes, nämlich für Bestellungen bei der englischen Industrie, verwendet wird.

Schon auf der vorhergehenden Imperial Conference von 1923 jedoch, auf der diese Maßnahmen vorgeschlagen wurden, verhielten sich die Vertreter der Dominions ablehnend, „vor allem", wie Leubuscher schreibt[211]), weil sie die überlegene Konkurrenz der englischen Industrie fürchteten". So wurde auch von diesem am 15. Mai 1927 erloschenen Teil des Gesetzes kein Gebrauch gemacht.

3. Daß trotz des Kapitalexportembargos seit 1932 der Kapitalbedarf des Empire in relativ der gleichen Höhe wie vorher, gemessen an den

---

[206]) vgl. die Tabelle von Sir Robert Kindersley a.a.O.
[207]) nach Gregory S. 112.
[208]) nach Gregory S. 103 ff.; Leubuscher S. 29 ff.
[209]) Gregory S. 104.
[210]) Gregory S. 104. Das Gesetz war nur bis 1927 in Kraft.
[211]) S. 149.

gesamten Neuemissionen Englands, auf dem englischen Markt gedeckt wurde, stellt ebenfalls eine Begünstigung des imperialen Borgers, jedenfalls gegenüber dem ausländischen, dar.

e) Die Verteilung der Neuinvestitionen zwischen einzelnen Empireländern ist nach einer Aufstellung im Statist[212]) 1927/30 jährlich durchschnittlich folgende: Von dem nach Empireländern geflossenen englischen Kapital erhielt Australien den größten Teil, nämlich 24%. Es folgten Indien mit 21%, Südafrika mit 12%, Neuseeland mit 10%, Teile des Kolonialreiches mit insgesamt 21%. Auf Canada dagegen entfallen nur 10%. Dies ist bemerkenswert insofern, als Canada vor dem Weltkriege an erster Stelle als Kapitalanlagegebiet im Empire stand[213]). Die Statistik über die britischen und ausländischen Neuinvestitionen in Canada 1926—30[214]) zeigt jedoch, daß in diesen Jahren die USA den überwiegenden Teil des kanadischen Kapitalbedarfs deckten.

Diese Tatsache enthüllt einen Teil der Schwierigkeiten einer engeren finanziellen Verknüpfung zwischen Mutterland und Empireländern. Sie liegen in folgendem:

1. Wie im Warenexport, so schwand auch im Kapitalexport Englands frühere Monopolstellung, und andere Länder, vor allem die USA, beteiligten sich an der Kapitalversorgung der früher ausschließlich mit englischem Kapital versehenen überseeischen Gebiete[215]).
2. Die jährlichen Neuinvestitionen Englands dienen, wie aus Tabelle 11 ersichtlich ist, seit dem Kriege in steigendem Maße der Befriedigung des inländischen Kapitalbedarfs.
3. Maßnahmen der Beeinflussung des Kapitalmarkts in imperialprotektionistischem Sinne, zugleich mit dem Ziel der direkten Förderung des englischen Exports, wie die Imperialisten sie wünschen, sind, wie die ablehnende Aufnahme der Trade-Facilities Gesetzgebung gezeigt hat, nicht immer mit den dominialen auf Schutz der Eigenindustrie hinzielenden Interessen vereinbar.

f) Die letzten Jahre haben jedoch die Kapitalexporte nicht nur Englands, sondern auch seiner finanziellen Konkurrenten, vor allem der Vereinigten Staaten, stark eingeschränkt und dort ebenfalls die Tendenz zur Kapitalanlage im Inland verschärft[216]). Dies dürfte zunächst — denn diese Entwicklung ist noch durchaus fließend — die finanzielle Angewiesenheit der Empireländer auf das Mutterland stärken. In Ottawa wurde die engere finanzielle Zusammenarbeit der Empireländer als erstrebenswert hingestellt. Die ersten Schritte auf diesem Wege folgten 1933, als sich alle größeren Empireländer, Canada, Australien, Neuseeland, Südafrika und Indien, mit Anleihegesuchen und Konvertierungsangeboten an den Londoner Markt wandten[217]).

---

[212]) vom 14. 1. 33, S. 48.
[213]) nach Starck, S. 74.
[214]) in The Canada Year Book, Ottawa, 1932, S. 753.
[215]) nach Starck S. 78.
[216]) nach Einzig: The Fight for Financial Supremacy.
[217]) vgl. Economist v. 5. 8. 33: The Morning After und v. 14. 10. 33: Further Dominions Conversions; Währung und Wirtschaft Nr. 11, November 1933: Währungschronik: England.

C. Gegenkräfte auf wirtschaftlichem Gebiet in den Empireländern: Die Industrialisierung der Empireländer.

1. Vorbemerkung.

Die Gegenkräfte, die sich einer engeren Verflechtung von Mutterland und Tochterstaaten auf wirtschaftlichem Gebiet darbieten, liegen in der Tendenz der Empireländer zur wirtschaftlichen Emanzipation vom Mutterlande. Wir sahen, daß diese in der Nachkriegszeit in fortschreitendem Maße Handels- und finanzielle Beziehungen zu außerbritischen Ländern gepflegt haben. Außerdem aber haben sie eigene Industrien entwickelt, sodaß das britische Produkt auf den Empiremärkten nicht nur der Konkurrenz außerbritischer Erzeugnisse, sondern auch der heimischer begegnet. Auch die Entwicklung der heimischen Industrien hat der Weltkrieg bedeutend gefördert. Die Inanspruchnahme der englischen Industrie für Kriegszwecke und die Verknappung des Schiffsraumes machten es unmöglich, den Bedarf der Empireländer an den Fertigwaren des Mutterlandes in der alten Weise zu befriedigen, sodaß diese sich auf die Entwicklung ihrer eigenen Hilfsquellen hingewiesen sahen.

Die Industrialisierung, durch natürliche Grundlagen, wie Kohle und Wasserkräfte, begünstigt[218]) und durch amerikanisches Kapital gefördert[219]), sowie durch die von Rohstoff- und Agrarproduzenten infolge der Kriegskonjunktur gemachten Profite, machte rasche Fortschritte[220]) und wurde nach dem Kriege hinter Zollmauern aufrecht erhalten und entwickelt.

Alle die hier behandelten Empireländer haben die Tendenz zum Ausbau ihrer Industrien. Die ernsteste Konkurrenz seitens heimischer Fabrikate findet das englische Produkt jedoch in Canada, Australien und Indien.

Bevor wir die Konkurrenz der heimischen Produktion auf den Empiremärkten behandeln, soll ein kurzer Überblick über die hauptsächlichen Zweige des Exports in England gegeben werden.

2. Überblick über die wichtigsten Zweige des Exports in Großbritannien.

Ein wichtiges Gut des englischen Exports, die Kohle, ist ausschließlich auf außerbritische Märkte angewiesen[221]). Für die Empiremärkte kommt hauptsächlich der Export von industriellen Halb- und Fertigfabrikaten in Frage[222]). Am Export sind vor allem interessiert:

1. die Eisen- und Stahlindustrie,
2. die auf ihr basierenden metallurgischen und mechanischen Industrien. Diese Industriegruppen exportieren hauptsächlich:

a) Maschinen: Von den verschiedenen Arten werden hauptsächlich exportiert Textilmaschinen, deren Hauptabsatzmarkt Indien

[218]) vgl. Taylor, Production and Trade, über die betreffenden Länder.

[219]) Mehr als 700 Millionen Pfund Sterling gaben die USA zu diesem Zwecke. Nach Viçose S. 280.

[220]) vgl. J. B. Condliffe: Die Industrialisierung der wirtschaftlich rückständigen Länder im Weltwirtschaftlichen Archiv, April 1933, S. 335 ff.; Bandmann: Das Präferenzsystem von Ottawa im Wirtschaftsdienst vom 28. X. 32.

[221]) Nach Viçose S. 219/220.

[222]) vgl. zum folgenden Viçose: S. 205 ff., L'Analyse du Commerce d'Exportation.

ist, ferner elektrische Maschinen, Nähmaschinen, Explosionsmotoren und Motoren mit innerer Verbrennung. Diese Maschinen verdanken ihren Absatz ihrer Hochwertigkeit. b) Schiffe, c) Material für Brücken- und Straßenbau, d) Schienen, e) Geräte, f) Messerwaren. Für letztere besteht ein auf Qualitätswaren beschränkter Markt. g) Kraftfahrzeuge, besonders Motorräder.

3. Metallindustrie, außer der Eisen- und Stahlindustrie, z. B. Aluminium- und Nickelindusrie.

Sie exportiert hauptsächlich Instrumente und elektrisches Material.

4. Textilindustrie, und zwar hauptsächlich Baumwollindustrie; sodann Woll-, Jute- und Kunstseidenindustrie.

Der Hauptmarkt der Baumwollindustrie von Lancashire ist Indien.

5. Die auf der Textilindustrie basierenden Zweige der Bekleidungsindustrie, die Kleider, Hüte, Wäsche, Strümpfe ausführen.

Diese Zweige des Exports haben nach dem Kriege besonders gelitten. Dennoch kann sich hier nach Meinung der Industriellen der Export nach Empireländern noch entwickeln[223]).

6. Die chemische Industrie, die Seifen- und ölverarbeitende Industrie.

Die chemische Industrie ist nach dem Kriege entwickelt worden und führt jetzt eine Reihe von Artikeln aus, mit denen England früher vom Ausland abhängig war. Exportiert werden Farben, synthetische Farbstoffe, und zwar hauptsächlich nach Indien und China, und Erzeugnisse der chemischen „Schwerindustrie", wie Ammoniumsulfat, Kupfersulfat usw.

7. Die Papierindustrie.

Hier ist der Export von Zeitungspapier besonders entwickelt, das zum großen Teil nach Australien geht trotz starker kanadischer Konkurrenz auf diesem Markte[224]).

8. Die Schuhindustrie.

Hier ist der Export sehr stark zurückgegangen. Australien und Indien sind als Märkte ganz, Südafrika halb verloren[225]).

Bei Betrachtung der national-protektionistischen Strömung war berits von der Abschwächung der relativen Bedeutung der für den Export produzierenden Basisindustrien, zu denen hauptsächlich der Gewerbekomplex um die Eisen- und Stahlindustrie mit Kohlenbergbau, Eisenerzgewinnung, Schiffs- und Maschinenindustrie gehört, zugunsten der für den Inlandsbedarf arbeitenden Gewerbe die Rede.

Auch in der Struktur des Exports macht sich eine solche Verschiebung bemerkbar zugunsten der Fertigwaren herstellenden Industrien, vor allem solcher, die komplizierte Artikel unter Verwendung besonders geschickter Arbeitskräfte und bis ins einzelne durchdachter Fabrikationsmethoden herstellen[226]). Nach Viçose[227]) werden im englischen Export künftig solche Artikel, die im Verhältnis zu ihrem Wert leicht an Gewicht sind und wegen ihrer Hochwertigkeit geschätzt werden, eine immer größere Bedeutung erlangen[228]). Die

[223]) nach Viçose S. 244.
[224]) nach Viçose S. 245.
[225]) nach Viçose S. 243.
[226]) nach Viçose und Siegfried: La Crise Anglaise an XX ième siècle, Paris 1931.
[227]) S. 240.
[228]) vgl. dazu auch Levy, S. 53/54.

Bedeutung der Qualitätsarbeit für den englischen Export wird auch von Mitgliedern des Machillan-Committees[229]) betont.

Im folgenden wird in kurzer Zusammenfassung auf die industrielle Produktion einzelner Empireländer eingegangen unter dem Gesichtspunkt des dem englischen Produkt durch sie erwachsenden Wettbewerbs, sowie auf die Zollpolitik dieser Länder.

3. Der Wettbewerb der industriellen Produktion der Empireländer und ihre Zollpolitik vor und nach Ottawa.

a) Canada.[230])

Canada ist dasjenige Dominion, dessen Industrialisierung am weitesten vorgeschritten ist. Die natürlichen Bedingungen verweisen Canadas industrielle Produktion in hohem Maße auf die Verarbeitung seiner Agrarprodukte und Rohstoffe. So entstand Getreide- und Mehlindustrie, Früchteverarbeitung, Butter- und Käsebreitung; ferner Papier- und Holzindustrie. Außer diesen Industrien bestehen in Canada eine Reihe von Zweigen industrieller Produktion, die mit dem englischen Export in Wettbewerb treten und aus folgendem Überblick über die wesentlichsten Industrien in Canada ersichtlich sind:

Von einem gesamten Rohertrag industrieller Produktion von 753,9 Millionen £[231]) entfielen auf verschiedene Zweige der Lebensmittel-, Getränke- und Tabakindustrie 175,4 Mill. £, Papierindustrie 46,6 Mill. £, Automobil-Industrie 32,5 Mill. £, Sägemühlen 27,8 Mill. £, verschiedene Zweige der Bekleidungsindustrie 22,2 Mill. £, Gummiindustrie 19,4 Mill. £, Metall- (nicht Eisen-) Industrie 18,8 Mill. £, elektrische Apparate (nicht Maschinen) 18,7 Mill. £, Gießerei und Schmiederei 16,3 Mill. £, Baumwollindustrie 15,8 Mill. £, Eisenbahnmaterial 14,6 Mill. £, Roheisen- und Stahl-Industrie 12,4 Mill. £, Strumpf-, Strick- und Handschuhwaren 11,7 Mill. £, Maschinen-Industrie 10,2 Mill. £, Leder- und Schuh-Industrie 10 Mill. £, Metallblecherzeugung 9,9 Mill. £, Chemische Industrie 8,4 Mill. £, Landwirtschaftliche Geräte 8,2 Mill. £, Gerberei 7,0 Mill. £. Von diesen Industrien haben die Automobil-Industrie, die Papierindustrie, die Gummiindustrie und die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte auch als Exportindustrien, besonders auf den Empiremärkten, Bedeutung[232]).

Die Industrien Canadas hängen jedoch in der Versorgung mit Halbstoffen vom Ausland ab. So zeigt eine Analyse der Einfuhr, daß 1928/29 etwa 1/3 derselben auf den Bedarf der kanadischen Industrie entfiel. Von diesen zur Weiterverarbeitung in der kanadischen Industrie eingeführten Gütern haben folgende für die englischen Exportinteressen Bedeutung, deren Einfuhrwert 1928/29 in Millionen Dollar durch die angegebenen Zahlen ausgedrückt wird. Automobilteile

[229]) Brand im Addendum II, S. 213; Newbold, Reservation, S. 248, im „Report".

[230]) über Canadas Industrie vgl. Carvalho, The Manufacturing Industries of the Empire, Part I, Canada; Willson: Markets of the Empire; Grondona: a.a.O.; Viçose a.a.O.

[231]) Zu Grunde gelegt ist ein „normales" Jahr vor der Weltkrise, 1928 bis 1929; nach Carvalho.

[232]) So sind kanadische Autos in Indien, kanadisches Papier in Australien im Wettbewerb mit dem britischen Erzeugnis. Nach Viçose S. 245 und Willson S. 21 und 138. — England selbst führt landwirtschaftliche Maschinen aus Canada ein. Nach Viçose S. 237.

55,7, Automobilmotoren 11,7, Zinn-Blechplatten 8,0, Wollgarn 5,7, Eisen- und Stahl-Halbfabrikate für landwirtschaftliche Geräte 4,3, Baumwollgarne 4,2, Farb- und Gerbstoffe 3,9, Eisen- und Stahlröhren 3,2, Pigs, Ingots, Blooms aus Eisen 3,1, Zinkblech in Blöcken 2,9, Kunstseidengarn 2,1[233]). Neben diesen Erzeugnissen zur Weiterverarbeitung in der kanadischen Industrie finden auf dem kanadischen Markt neben Maschinen[234]) Fertigwaren aller Art trotz der verhältnismäßig vorgeschrittenen Industrialisierung noch einen beträchtlichen Absatz, wie Willson[235]) ausführt, sowohl solche, die mit der kanadischen Industrie in Wettbewerb treten, wie elektrische Geräte und Messerwaren[236]) als auch solche, deren Erzeugung in Canada noch wenig entwickelt ist, wie Porzellanwaren[237]), als schließlich solche, für die wegen ihrer qualitativen Vorzüge ein besonderer Bedarf besteht, wie feine Baumwollgarne[238]), hochwertige Hüte und Mützen[239]), hochwertige Glaswaren usw.

So ist Canada trotz Bestehens einer erheblichen eigenen Industrie immer noch ein bedeutender Absatzmarkt, wenn es England gelingen sollte, sich einen größeren Teil des kanadischen Handels, der, wie wir schon zeigten, hauptsächlich in Händen der Amerikaner liegt, zu sichern.

Canada suchte, wie die meisten Dominions, seine Industrie nach Beendigung der Kriegskonjunktur durch hohe Zölle zu schützen. Dabei gewährte die kanadische Zollgesetzgebung[240]) britischen Waren in den Fällen, in denen es sich um Wertzölle handelte, vor dem Zustandekommen des Ottawa-Vertrages zumeist eine Vorzugsspanne von 10—12%. Bei der letzten Tarifrevision vor Ottawa, 1930, wurde diese Vorzugsspanne auf 20% erhöht. Jedoch wurden die Zölle bei dieser Tarifrevision so erhöht, daß auch bei Anwendung der Vorzugszollbehandlung britische Waren im allgemeinen mit 25—30% des Wertes belastet waren.

Gewisse Waren wurden, falls britischer Herkunft, zollfrei hereingelassen, bei ausländischer Herkunft verzollt. Hierzu gehörten gewisse Garne, die, falls aus dem Ausland eingeführt, einem Zoll von 12½—15% des Wertes unterlagen. Jedoch unterlagen fertige Textilwaren, deren Einfuhr von besonderer Bedeutung für den englischen Handel ist, sehr hohen Zöllen. So betrug der Zoll für Baumwollstoffe 3 c je lb, bei nichtbritischen Produkten 4 c je lb, zuzüglich Wertzollsatz auf ungefärbte Stoffe von 17½ % bezw. 25% und auf gefärbte Stoffe von 22½ bezw. 32½ %. Wollstoffe wurden mit 30 bezw. 40% des Wertes und einem Gewichtssatz von 25 bezw. 40 c je lb verzollt.

Auf Grund des Ottawa-Vertrages läßt Canada eine Reihe englischer Waren frei herein, 79 Tarifpositionen bei Abschluß des Ver-

---

[233]) nach Willson.
[234]) Willson S. 52/54.
[235]) a.a.O.
[236]) Willson S. 56, 60, 61.
[237]) Willson S. 63.
[238]) Willson S. 50.
[239]) Willson S. 51.
[240]) vgl. hierüber Coatman, die britische Reichswirtschaftskonferenz von Ottawa; — Imperial Economic Conference at Ottawa, Summary of Proceedings.

trages, zu denen später noch einige hinzugefügt wurden[241]). Hierzu gehören eine Reihe von Fabrikaten der Eisen- und Stahlindustrie, wie Ingots, Zahnstangen, Winkel, Riemen, Balken, gewisse Maschinen, wie Schreibmaschinen, Druckmaschinen, lithographische Pressen, Motoren für Lastkraftwagen, Autos, gewisse elektrische Maschinen und Apparate, gewisse Baumwollwaren zur Weiterverarbeitung in der kanadischen Industrie, Leinenwaren, Chemikalien und Farbstoffe, Tafelgeschirr und gewisse Glaswaren.

Auf diese Waren wird bei ihrer Einfuhr aus außerbritischen Ländern ein Zoll von mindestens 7½ % ad valorem erhoben. Diese Freiliste zugunsten Englands ist geeignet, die Versorgung mit gewissen Gütern, so mit Eisen- und Stahlprodukten, von der USA, die einen beträchtlichen Anteil an diesem Handel hatte, zum Teil auf England abzulenken[242]). Wenn man die kanadischen Exporte von 1931 zugrundelegt, macht die Einfuhr der Waren dieser Freiliste 6,25 Millionen $ aus. Davon waren Waren im Werte von 5 Millionen $ bisher zollpflichtig[243]). Bei 53 Tarifpositionen wurden die bestehenden Zölle auf englische Waren ermäßigt, und zwar für gewisse Baumwoll- und Wollstoffe und ebensolche Kleidung, Draht, verschiedene Werkzeuge, gewöhnliche Seife, Reklameartikel.

Bei 83 Tarifpositionen wurden die Zölle auf ausländische Waren erhöht, und so die Vorzugsspanne zugunsten britischer Waren erweitert; so für Stahlbleche, Zinnbleche und Zinnblechblöcke, Werkzeuge verschiedener Art; ferner für Anilin- und Teerfarben und gewisse andere Chemikalien, vor allem Sodaerzeugnisse. Die Versorgung Canadas in letzteren Artikeln lag bisher zu 80% in Händen der USA[244]), von wo sie frei hereinkamen, jetzt aber mit 15—20% verzollt werden, während die britischen Produkte Präferenzen genießen. Das dürfte geeignet sein, einen großen Teil des Handels hierin auf England abzulenken.

Die Abmachungen von Ottawa stellen somit zweifellos eine Verbesserung der Lage des englischen Exports gegenüber ausländischen Wettbewerbern auf dem kanadischen Markt dar. Die Schwierigkeit der absoluten Zollhöhe ist in einigen Fällen durch Zollermäßigungen herabgemindert worden, bleibt jedoch zunächst im allgemeinen bestehen. Canada hat sich allerdings im Ottawa-Vertrag verpflichtet, eine Zollrevision vorzunehmen und die Zölle so zu bemessen, daß den englischen Produzenten noch die volle Möglichkeit eines angemessenen Wettbewerbs auf der Grundlage der einer wirtschaftlichen und rentablen Erzeugung entsprechenden Kosten gewährt wird[245]). Das zur Untersuchung der Zölle unter diesem Gesichtspunkt eingerichtete Tarifamt soll bei seinen Beratungen auch britische Produzenten auf deren Verlangen hören. Abschließendes über die Arbeit dieses Tarifamts kann zur Zeit nicht gesagt werden[246]). Canada

[241]) vgl. Economist v. 25. 11. 33, S. 1020/21, über die Hinzufügung neuer Tarifpositionen betr. Baumwollwaren zur Freiliste.

[242]) nach Coatman.

[243]) nach Coatman.

[244]) nach Coatman.

[245]) Art. 11 des britisch-kanadischen Vertrages; vgl. die deutsche Übersetzung: Das Vertragswerk von Ottawa.

[246]) vgl. dazu einen Bericht im Round Table vom März 1934, S. 394 ff.

hat sich ferner im Ottawa-Vertrage verpflichtet, „nur solchen Industrien einen Zollschutz gegenüber den englischen Erzeugnissen zu gewähren, für die berechtigte Aussichten auf gesunde Entwicklung bestehen„[247]). Es bleibt abzuwarten, ob und inwieweit diese letztgenannten grundsätzlichen Zugeständnisse in die Praxis umgesetzt werden.

b) Australien.[248])

Die Industrialisierung Australiens ist nicht so weit vorgeschritten wie die Canadas. Australien verfügte auch bei der Zählung von 1921 nur über eine Bevölkerung von 6 Millionen, während die Canadas 8½ Milionen betrug.

Die natürlichen Bedingungen weisen Australiens Produktion in erster Linie auf verschiedene Zweige der Lebensmittelindustrie, sowie die Bearbeitung von Rohstoffen, wie Wolle und Häute, hin. Folgende Aufzählung soll einen Überblick über die neben den genannten Industrien wesentlichsten Zweige australischer industrieller Produktion geben:

Von einem Gesamtrohertrag der Industrieproduktion Australiens von 420,4 Millionen £ entfielen 1928/29: auf Lebensmittel- und Getränkeindustrie 138,7 Mill. £, Bearbeitung von Rohstoffen 14,7 Mill. £, Maschinen- und Mentallindustrie 83,3 Mill. £, Bekleidungs- und Textilindustrie 53,6 Mill. £, Papierindustrie einschl. Buch- und Drukkereigewerbe 20,9 Mill. £, Motoren- und Automobilindustrie 12,9 Mill. £, Drogen- und Chemikalien 12,2 Mill. £, Gummiwaren 7,3 Mill. £, Lederwaren 1,3 Mill. £[249]).

Es werden wie in Canada viele Fabrikate zur Weiterverarbeitung in der australischen Industrie eingeführt[250]). So beschränkt sich z. B. die Automobilindustrie hauptsächlich auf die Herstellung von Karosserien und Fahrgestellen, während die Motoren eingeführt werden[251]).

Wie in Canada begegnen gewisse Waren, vor allem Textilien, ferner elektrische Artikel und Papier einem lebhaften heimischen Wettbewerb, werden aber in erheblicher Menge dennoch eingeführt[252]). Der Bedarf an Maschinen wird zum großen Teil durch Einfuhr gedeckt[253]). Andererseits aber zeugt es von der Entwicklung der australischen Maschinen- und Metallindustrie, daß mit Ausnahme von Stahlplatten das Schiffbauprogramm der Regierung allein durch australische Fabrikanten gedeckt wurde[254]).

Auch in Australien besteht ein guter Markt für Qualitätswaren und der Bedarf hieran kann durch Einfuhr besser gedeckt werden als durch die heimische Industrie[255]). —

---

[247]) Art. 10 des Vertrages.

[248]) über die australische Industrie vgl. Carvalho: The Manufacturing Industries of the Empire Part II, Australia. Übrige Literatur wie bei Canada.

[249]) nach Carvalho.

[250]) Nach Willson und Carvalho.

[251]) Nach Grondona, S. 229.

[252]) Nach Willson, S. 7, 9, 15.

[253]) Nach Willson S. 8, 9.

[254]) Nach Taylor S. 39.

[255]) nach Willson.

Australien ist seit 1922 ein Hochschutzzolland[256]).

Zwar genossen britische Waren eine Zollbevorzugung von größtenteils 15% des Wertes, und für manche wurde ein Nachlaß von 50% des Zolles gewährt[257]). Aber die Höhe der Zölle war, besonders seit 1930, dem Jahr der letzten Tarifänderung vor der Ottawa-Konferenz derart, daß sie zum Teil sowohl auf ausländische als britische Waren prohibitiv wirkte. Zu den hochverzollten Waren gehörten besonders elektrische Apparate, gewisse Maschinen und Maschinenteile, Textilien. Elektrische Apparate wurden mit 45% bei britischer, 60% bei ausländischer Herkunft belastet, gewisse Maschinen und Maschinenteile mit 55 bezw. 75%, Woll- und Baumwollstrümpfe mit 30 bezw. 50 sh je Dutzend, Haarfilzhüte mit 48 bezw. 72 sh je Dutzend.

Im Ottawa-Vertrage hat Australien zunächst nur Präferenzspannen derart festgelegt, daß bei einer Zollbelastung englischer Waren mit 0—17% des Fakturenwertes der Zoll auf nicht britische mindestens um 15% des Wertes höher liegen muß, bei 19—29% britischem Zoll um 17½ % höher und bei 29% britischem Zoll um 20% höher, wobei die Maximalgrenze des Zolles auf ausländische Waren 75% vom Wert beträgt[258]).

Die britischen Waren genießen somit auch in Australien eine gesteigerte Vorzugsstellung gegenüber ausländischen Produkten. Die zusätzlich gewährten Vorzugssätze erstrecken sich, selbst wenn man die stark gesunkene Einfuhr von 1930/31 zugrundelegt, auf 8 Millionen £ britischer Einfuhr bei einer Gesamteinfuhr von 60 Millionen £[259]).

Ist die absolute Höhe der Zölle reduziert worden?

Wie Canada hat sich auch Australien zu einer Zollrevision derart verpflichtet, daß den englischen Produzenten „noch die volle Möglichkeit eines angemessenen Wettbewerbs auf der Grundlage der einer wirtschaftlichen und rentablen Erzeugung entsprechenden Kosten"[260]) gewährt wird. Es kann jedoch bei Anwendung dieses Grundsatzes besondere Rückischt auf die noch im Aufbau befindlichen Industrien genommen werden.

Es sind auch bei im ganzen 130 Tarifposten die Zölle herabgesetzt worden. Wesentliche Herabsetzungen sind besonders für gewisse Maschinen und elektrische Apparate vorgenommen worden[261]).

Andere der herabgesetzten Zölle sind jedoch immer noch prohibitiv. So sind z. B. Strümpfe und Socken britischer Herkunft trotz der Ermäßigung des Zolles auf die Hälfte noch mit 100% des Wertes — solche ausländischer Herkunft mit 200% des Wertes — belastet.[262])

[256]) vgl. D. B. Copland: Zolltarif und Arbeitsmarkt in Australien im „Weltwirtschaftlichen Archiv" v. Jan. 1933, S. 13.

[257]) nach Coatman.

[258]) Von dieser Formel sind gewisse Waren ausgenommen; so einige Sorten von Druckmaschinen, Stahlsorten mit hohem Kohlenstoffgehalt, Eisen- und Stahlröhren, Zugmaschinen, Flachglas, gewisse Arzneimittel. Ferner dürfen für Seidengewebe im Stück, Seidenkleidung, gewisse Modeartikel, Schneid- und Glaswaren die bestehenden Vorzugssätze herabgesetzt werden.

[259]) nach Coatman.

[260]) Art. 10 des britisch-australischen Vertrages.

[261]) Vgl. eine Aufstellung im Round Table, Sept. 1933: Australia's Response to the Ottawa Agreement, S. 897.

[262]) nach Round Table a.a.O.

Bei 440 Tarifpositionen sind die Zölle auf britische Produkte die gleichen geblieben, und nur die Vorzugsspanne ist — meist um 5 bis 10% — erhöht worden.[263])

Wie Canada hat sich auch Australien verpflichtet, nur solchen Industrien Zollschutz zu gewähren, „für die angemessene Aussichten auf gesunde Entwicklung bestehen"[264]).

c) Neuseeland.

Neuseeland ist seiner geringen Bevölkerung — 1½ Millionen — entsprechend weniger industrialisiert.

Bei einem industriellen Rohertrag von 93,1 Millionen £ 1928/29 entfielen auf die Lebensmittel- und Tabakindustrie 50,6 Millionen, auf die Holzindustrie 6,7 Millionen, auf die Wollindustrie 5,9 Millionen, auf die Metall- und Maschinenindustrie 5,2 Millionen, auf die chemische Industrie 3,2 Millionen, auf die Automobilindustrie 2,7 Millionen, auf die Lederindustrie 2,1 Millionen £[265]).

Die bedeutendste Konkurrenz erwächst den englischen Fabrikanten durch die Wollindustrie, jedoch reicht auch deren Produktion nicht aus, um den Inlandsbedarf zu decken.[266])

Vor dem Zustandekommen des Ottawa-Vertrages gewährte Neuseeland britischen Waren einen Vorzugszollsatz von 10—20%.[267]) Im Juli 1930 wurde für viele bedeutende Warengruppen eine Zollerhöhung durchgeführt. Der Zoll für britische Waren blieb jedoch gleich, sodaß die Vorzugsspanne für die meisten Waren auf 25% ausgedehnt wurde. Die Veränderung betraf Textilstückgüter und -fabrikate, Glas und Porzellan, Galanteriewaren, galvanisierte Eisenfabrikate, verschiedene Arten von Maschinen, Räder, Schienenfahrzeuge. Die meisten dieser Waren waren, falls britische Produkte, mit 20—25% belastet.

Auf Grund des Ottawa-Vertrages wurden neben den bisher bestehenden Präferenzen folgende Zölle auf britische Waren herabgesetzt: auf Konfekt von 30 auf 27½ %, auf Kleidungsstücke von 37½ auf 27½ %, auf Strumpfwaren von 37 auf 27½ %. Der Zoll auf seidene und kunstseidene Stückgüter wurde aufgehoben, und der bisherige Zollzuschlag von 5% beseitigt.

Wie Canada und Australien hat sich auch Neuseeland im Vertrage grundsätzlich zu einer Revision der Schutzzölle nach Maßgabe des bei Canada und Australien erwähnten Gesichtspunktes bereit erklärt.[268])

d) Südafrika.

Auch in Südafrika ist die Industrialisierung noch nicht allzu weit vorgeschritten, da der Anteil der Weißen an der Bevölkerung gering ist und es an geeigneten Arbeitskräften fehlt.[269])

Aber auch die südafrikanische Industrie macht Fortschritte. Während man 1915/16 nur 3998 industrielle Betriebe zählte, bestanden 1926/27 7172.[270])

[263]) nach Round Table a.a.O.
[264]) Art. 9 des britisch-australischen Vertrages.
[265]) nach Carvalho: Industries of the Empire, New Zealand.
[266]) nach Willson und Taylor.
[267]) nach Coatman a.a.O.
[268]) Art. 18 des britisch-neuseeländischen Vertrages.
[269]) nach Viçose und Taylor.
[270]) nach Willson, S. 167.

Von einem industriellen Rohertrag von 96,1 Millionen £ entfielen 1928/29 auf die Lebensmittelindustrie insgesamt 28,3 Millionen £, auf die Textilindustrie 3,1 Millionen £, auf die Leder- und Schuhindustrie 2,4 Millionen £, auf die Seifen- und Kerzenindustrie 1,9 Millionen £, auf Gerbereien 1,1 Millionen £.[271])

Der heimische Wettbewerb wächst besonders für Textilerzeugnisse und Lederwaren.[272])

Die Zölle Südafrikas vor dem Zustandekommen der Ottawa-Verträge waren niedriger als die anderer Empireländer; auch die England gewährten Vorzugssätze waren niedriger als anderswo[273]).

Im Juni 1930 wurden Vorzugssätze in Höhe von 5% des Wertes festgesetzt, die sich z. B. auf elektrische Maschinen und gewisse Baumwollstückgüter beziehen. Auf Eisen- und Stahlprodukte gab es einen Vorzugssatz von 3%; wichtige Einfuhrgüter wie Automobile, Schienen, Lokomotiven genossen jedoch keine Bevorzugung.

Die absolute Zollhöhe für einige wesentliche Gruppen von Einfuhrgütern britischen bezw. ausländischen Ursprungs war bei elektrischen Maschinen 12½ bezw. 17½ %, bei Motorrädern 27½ bezw. 32½%, bei Socken und Strümpfen 22½ bezw. 27½ %.

Auf Grund des Ottawa-Vertrages wurden neben der Aufrechterhaltung bestehender Vorzugssätze neue geschaffen und bestehende erhöht, so auf Krane, gewisse Maschinen, elektrische Batterien, Eisenbahnmaterial, Traktoren, Radioapparate. Die zusätzlichen Präferenzspannen liegen zwischen 5 und 15% des Wertes. Außerdem gibt es Gewichtszölle, die in einigen Fällen eine Erhöhung der Vorzugsspanne über 15% hinaus bewirken.

Wichtig für die englische Textilausfuhr ist es, daß solche Gewichtszölle auf verschiedene Baumwollstückgüter, Kunstseide und gewisse Artikel für Unterkleidung, falls im Auslande produziert, gelegt werden.

Zu einer Revision der absoluten Zollhöhe hat sich Südafrika nicht verpflichtet.

e) Indien.

In Indien ist den hier vorkommenden Rohstoffen entsprechend die Textilindustrie die bedeutendste. Sie erstreckt sich in der Hauptsache auf die Baumwollindustrie (1921: 2037 Betriebe)[274]), sodann auf die Juteindustrie (1921 484 Betriebe) und die Seidenindustrie (1921 174 Betriebe)[275]). Ursprünglich wurden diese Industrien mit englischem Kapital und unter englischer Leitung betrieben, dann aber bildeten sich auch indische Firmen, die mit indischem Kapital unter Anwendung westlicher Produktionsmethoden arbeiteten[276]).

Wie stark auf dem indischen Markt der heimische Textilproduzent dem mutterländischen Konkurrenz machte, zeigt ein Vergleich der indischen Produktion an Dhoties (gebleichten und ungebleichten Lendentüchern). 1927 wurden 175 Millionen Yards davon eingeführt und 614 Millionen Yards in Indien produziert. 1931 war die Einfuhr

[271]) nach Carvalho: Industries of the Empire, South Africa.

[272]) Willson S. 164/66. Vgl. auch weiter oben S. 55 über den Rückgang der britischen Schuhausfuhr nach Südafrika.

[273]) über die Zollpolitik vgl. Coatman.

[274]) Willson S. 114.

[275]) Taylor S. 202/3.

[276]) Taylor S. 263.

auf 128 Millionen Yards gefallen und die heimische Produktion auf 947 Millionen Yards gestiegen, also noch weit mehr als die Einfuhrverminderung beträgt[277]).

Mit dem englischen Produzenten konkurrierende Zweige indischer Produktion sind ferner die Metallindustrie (983 Betriebe) und die Lederindustrie (243 Betriebe)[278]). Erstere steht zwar erst am Anfang ihrer Entwicklung, konkurriert jedoch bis zu einem gewissen Grade mit dem englischen Stahlexport[279]). Was letztere betrifft, so erwähnten wir bereits weiter oben den völligen Verlust des indischen Marktes für den englischen Schuhexport.

Infolge des großen Marktes — die Bevölkerung Britisch-Indiens beträgt nach der Zählung von 1921 336 Millionen — ist Indien trotz der Entwicklung der heimischen Industrie ein bedeutendes Absatzgebiet für Waren aller Art. Erschwerend für den Absatz englischer Erzeugnisse dürfte es jedoch sein, daß im Gegensatz zu anderen Empireländern in Indien nur ein geringer Bedarf an Qualitätswaren besteht, die den Kleinhandel betreibenden Bazare vielmehr billige Serienartikel verlangen[281]), und der Bedarf für qualitativ hervorragende Erzeugnisse zunächst nur auf Geschäfte europäischen Stils und öffentliche Körperschaften beschränkt bleibt.

Dies ist bedeutsam insofern, als die Möglichkeit des gegenwärtigen oder künftigen Ersatzes eingeführter Industrieerzeugnisse durch heimische Produktion bei billigen Serienartikeln größer ist als bei Qualitätserzeugnissen[282]). Die letzten Jahre vor der Weltkrise haben allerdings auch in Indien mit steigender Kaufkraft und Verbreitung des westlichen Geschmackes einen stärker werdenden Bedarf für bessere Qualitäten gebracht[283]), eine Entwicklung, die jedoch durch die Verarmung in den letzten Jahren gehemmt sein dürfte.

Die Einfuhr von Konsumgütern scheint überhaupt gegenüber der von Produktionsmiteln in Indien an Bedeutung zu verlieren. Kale[284]) schreibt darüber: „Indien macht den typischen Prozeß eines sich neu industrialisierenden Landes durch, indem seine Textileinfuhr Jahr für Jahr zurückgeht, der Anteil der Einfuhr an Maschinen und Apparaten dagegen wächst. Die Arbeitsteilung, durch die Indien in die Weltwirtschaft eingegliedert ist, verändert also ihren Charakter, und die alten Industrieländer werden hier in steigendem Maße auf die Ausfuhr von Produktionsmitteln verwiesen." —

Die indischen Zölle vor dem Zustandekommen des Ottawa-Vertrages waren hauptsächlich Finanzzölle[285]). Präferenzen auf britische Waren wurden nicht gewährt.

---

[277]) nach Kale: Britisch-Indien und die Weltwirtschaft, „Weltwirtschaftliches Archiv", Jan. 1933, S. 216.

[278]) nach Willson.

[279]) nach Willson.

[279]) nach Kale.

[280]) nach Willson.

[281]) nach Willson.

[282]) vgl. Keynes: National Self-Sufficiency a.a.O.

[283]) Willson, S. 84, S. 107.

[284]) a.a.O.

[285]) vgl. the Indian Year Book 1934, S. 755 ff.; ferner die bei der Zollpolitik der Dominions angegebenen Quellen.

Erst auf Grund des Ottawa-Vertrages wurde britischen Waren ein Vorzugssatz von größtenteils 10% des Wertes, für Motorfahrzeuge und Akkumulatoren gewisser Sorten 7½% des Wertes gewährt.

Unter den 10%igen Vorzugssatz fallen z. B. die meisten Arten von Elektroartikeln, Maschinen- und Fabrikausrüstungen, Metalle und Erze, Bau- und Konstruktionsmaterialien, Chemikalien, Möbel- und Einrichtungsgegenstände, eine Reihe von Eisenwaren, photographische Materialien, Radioapparate, Lederwaren, Kautschukwaren, Fahrzeuge, die meisten Arten von Wollwaren, Musikinstrumente, Tonwaren, Porzellan, Asbesterzeugnisse, Kleidung verschiedener Art.

Die absolute Höhe der indischen Zollbelastung für die Mehrheit dieser Waren ist auf 20% für britische, 30% für ausländische Waren festgesetzt worden[286]). Dabei ist eine Senkung um 5% des Wertes bei der Verzollung britischer Produkte gegenüber der Zollhöhe von 1931 vorgenommen worden[287]). Wesentlich für den englischen Textilexport ist, daß die Zölle für Baumwollstückgüter auf 25% für britische Waren, auf 75% für ausländische festgesetzt wurden[288]), was geeignet ist, den japanischen Wettbewerb auf dem indischen Markt erheblich abzuschwächen.

f) Aus diesem Versuch eines gedrängten Überblicks über die in einzelnen Empireländern bestehenden Industrien und dem sich daneben geltend machenden Bedarf an eingeführten Waren läßt sich folgendes schließen:

In der Versorgung mit Produktionsmitteln sind die Empireländer in hohem Maße auf Einfuhr angewiesen. Eine teilweise recht rege Konkurrenz entsteht jedoch dem englischen Fabrikanten durch die heimische Produktion an Konsumgütern. Ein wesentlicher Teil der englischen Exportindustrie, die Textilindustrie, wird durch die Eigenproduktion der Empireländer besonders geschädigt. Jedoch ist die Industrialisierung selbst in dem am meisten industrialisierten Dominion, Canada, nicht so vorgeschritten, um nicht noch eine erhebliche Einfuhr sowohl von Produktionsmitteln als Konsumgütern zu ermöglichen.

In der imperial-protektionistischen Literatur wird hinsichtlich des Problems der weiteren Industrialisierung der Empireländer die Ansicht ausgesprochen, daß eine industrielle Spezialisation stattfinden und die industrielle Erzeugung Großbritanniens und der Empireländer sich gegenseitig ergänzen würde. Diesen Gesichtspunkt betont auch der Bericht des Empire-Wirtschaftsausschusses über industrielle Zusammenarbeit auf der Ottawa-Konferenz. Hier heißt es, daß die gewerbliche Produktion in den weniger industrialisierten Gebieten des Empire bemerkenswerte Fortschritte zeige, und daß mit einer weiteren Industrialisierung dieser Gebiete zu rechnen sei. Diese Entwicklung bedinge notwendigerweise Änderungen in der Wirtschaftsstruktur sowohl der höher industrialisierten als auch der im industriellen Aufbau befindlichen Länder. Diese Entwicklung solle

---

[286]) vgl. The Indian Year Book, 1934, S. 755 ff.; Economist v. 19. 11. 32: Ottawa and India.

[287]) nach Economist v. 19. 11. 32 a.a.O.

[288]) Indian Year Book und Economist v. 10. 6. 33.

nicht aufgehalten, sondern vielmehr erleichtert und nach wirtschaftlichen Grundsätzen geregelt werden. Das wirtschaftspolitische Ziel auf dem Gebiete der industriellen Zusammenarbeit müsse sein, ein Optimum in der Verteilung der industriellen Produktion innerhalb des Empire unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Staaten und damit einen möglichst hohen Grad der Wirtschaftlichkeit in Erzeugung und Verteilung zu Nutzen des Ganzen zu erreichen[289]).

Ansätze zu einer Spezialisation in den dem Wettbewerb durch dominiale Eigenproduktion am meisten ausgesetzten Fertigwarenindustrien liegen insofern vor, als die Stärke der englischen Fertigwarenindustrie auf Empiremärkten zum Teil in hochwertigen Waren liegt, während die heimische Erzeugung der Empireländer mehr zur Produktion von Durchschnittsartikeln tendiert. Es ist natürlich fraglich, ob das auf die Dauer so sein wird. J. B. Condliffe[290]) schreibt hierüber: „Man braucht die Bedeutung der Entwicklung, die sich hier vollzogen hat (nämlich in der Industrialisierung der wirtschaftlich rückständigen Länder) nicht zu übertreiben. Länder, wie Indien (und China) befinden sich noch in sehr rudimentärem Zustande der Industrialisierung. Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, daß ihr weiterer Fortschritt langsam sein und bald auf bestimmte Grenzen stoßen wird. Aber angesichts seiner Beschränkung auf wenige, relativ einfache Industrien, wie die Textilindustrie, wird der schon bisher in der Dpression gemachte Fortschritt für wichtige westeuropäische Exportindustrien ein ungelöstes Problem bilden, sobald die Depression vorüber ist, und der derzeitige Entwicklungszustand dieser Industrie wird ein ernstes Hindernis für die Wiederherstellung der anderen sein . . . Dem mag hinzugefügt werden, daß sowohl die Einfuhr wie auch die Handelsberichte in allen Textilien produzierenden Ländern des fernen Ostens von einer wachsenden Tendenz in der Richtung der Verwertung besserer Rohstoffe bei der Herstellung feinerer Tucharten Zeugnis ablegen. Sowohl quantitativ wie qualitativ verbessert sich die Produktion . . . Der größte Vorteil (der alten Industrieländer) beruht vor allem in der persönlichen Geschicklichkeit ihrer Arbeiter und in ihrer hohen Organisationstechnik, und diese können und werden, wenn es nötig ist, von den anderen Völkern gelernt werden" . . .

Was die äußere Handelspolitik der Empireländer nach den Ottawa-Verträgen betrifft, so verschafft sie England eine gesteigerte Vorzugsstellung auf den imperialen Märkten. Ein Abbau der absoluten Höhe der Zölle auf englische Waren derart, daß die englischen Produzenten „die volle Möglichkeit eines angemessenen Wettbewerbs" mit denen der einzelnen Empireländer genießen, ist in den meisten zu Ottawa geschlossenen Verträgen zugesagt worden, und zur Verwirklichung dieses Grundsatzes sind auch in einzelnen Fällen durch Zollherabsetzungen Schritte getan worden. Es ist jedoch gegenwärtig noch nicht zu erkennen, ob und wie weit dieser Grundsatz allgemein verwirklicht werden wird.

---

[289]) vgl. Das Vertragswerk von Ottawa, S. 4.

[290]) „Die Industrialisierung der wirtschaftlich rückständigen Länder" im Weltwirtschaftlichen Archiv, April 1933, S. 335 ff.

D. Sonstige — nicht-wirtschaftliche — Bande zwischen Großbritannien und den Empireländern im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Fortsetzung und den Ausbau der wirtschaftspolitischen Verknüpfung: Die wehrpolitische Abhängigkeit der Dominions von Großbritannien.

1. Vorbemerkung.

Es dürfte vom Standpunkt der Aussichten für eine Fortsetzung und einen Ausbau der wirschaftspolitischen Verknüpfung Großbritanniens und der Empireländer nicht unwichtig sein, daß zwischen ihnen neben den rein-wirtschaftlichen auch noch andere Bande bestehen.

Neben dem von Verfechtern imperial-protektionistischer Gedankengänge gern betonten Band der Kulturgemeinschaft aller Briten, das man durch Propaganda, z. B. in Gestalt von Rundfunksendungen, Ausstellungen, Besuchen von Mitgliedern des Königshauses in Empireländern, zu pflegen sucht, dürfte die Abhängigkeit auf wehrpolitischem Gebiet[291]) ein Band zwischen Mutterland und Empireländern bilden.

Bei der Bedeutung wehrpolitischer Sicherheit für die wirtschaftliche Entwicklung[292]) scheint es im Rahmen dieser Ausführungen angebracht, hierauf kurz einzugehen.

Zwar ist für die Stellung der Dominions im Empire neben den Grundsätzen des self-government (Selbstregierung) und self-support (Selbständigkeit in der Finanzverwaltung) auch der des self-defence (Selbstverteidigung) bestimmend, jedoch ist die militärische Selbständigkeit der Dominions in Wirklichkeit noch verhältnismäßig wenig entwickelt.

Die Dominions erhielten schon ziemlich früh die militärische Selbstverwaltung[293]) und verfügen alle über ein Heer und über eine mehr oder minder ausgebaute Flotte. Auch die Luftstreitkräfte versuchen sie zu entwickeln[294]). Es ist bemerkenswert, daß die Dominions dennoch keine ernsten Versuche der Loslösung[295]) vom Mutterlande unternommen, sondern im Gegenteil diesem in Zeiten kriegerischer Verwicklungen Hilfe geleistet haben, so im südafrikanischen[296]) und vor allem im Weltkriege, in dem die Dominions einen beträchtlichen Teil ihrer ursprünglich nur für die Verteidigung des Landes selbst verpflichteten Streitkräfte zur Verwendung an den ver-

[291]) betont von Melchett in Imperial Economic Unity.

[292]) vgl. diesen Gesichtspunkt in Wilkinson, Imperial Economy.

[293]) Canada 1865; vgl. Cambridge History, Vol. VI, S. 717. Bei Australien und Neuseeland datiert die militärische Selbstverwaltung etwa ab 1870, dem Zeitpunkt, als die britischen Truppen das Land verließen; vgl. Cambridge Hist. Vol. VII, Part I, S. 527. Südafrika erhielt die militärische Selbständigkeit 1912; vgl. Encyclopaedia Britannica, Vol. 21, S. 52.

[294]) Über Heer, Flotte und Luftstreitkräfte der Dominions vgl. D. H. Cole, Imperial Military Geography; Société des Nations: Annuaire Militaire; die verschiedenen Jahrbücher Englands und die der Dominions. — Über die Entwicklung der Luftaufrüstung Neuseelands, Voss. Zeitg. v. 14. 10. 33, Abendausgabe.

[295]) Südafrika ausgenommen.

[296]) Vgl. Cambridge History, Vol. VI, Canada, S. 719, Vol. VIII, Part I, Australien, S. 527.

schiedenen Fronten zur Verfügung stellten.[297])

Diese Bindung der Dominions an das Mutterland ist erklärlich, wenn wir folgendes berücksichtigen: die geopolitische Lage der Dominions, die Größe, Dichte und rassische Zusammensetzung ihrer Bevölkerung, ihre Versorgung mit Rohstoffen für Kriegsmaterial, ihre Transportmöglichkeiten. Betrachten wir jetzt die einzelnen Dominions kurz unter diesen Gesichtspunkten, um ihr wehrpolitisches Interesse am Mutterlande aufzuzeigen.

2. Australien und Neuseeland.

Die Sicherheit Australiens, das nur Seegrenzen hat, hängt von seiner Schlagfertigkeit zur See ab. Australien besitzt daher auch eine eigene Flotte und befestigte Häfen.[298])

Australiens Lage ist insofern gefährdet, als der menschenleere Kontinent von starker Anziehungskraft für das übervölkerte Japan sein muß. Die Furcht vor Japan ist in Australien darum auch weit verbreitet[299]). Trotz des Vorhandenseins der australischen Wehrmacht und Flotte wäre der australische Kontinent im Falle einer japanischen Invasion schwer zu schützen. Denn fast die gesamte Bevölkerung ballt sich in ein paar Großstädten an der Süd- und Ostküste zusammen, wie Adelaide, Melbourne, Sydney, Brisbane[300]). Die Versorgung der verteidigenden Truppen mit Verstärkungen und Material würde im Fall der Besetzung einiger der genannten Städte und Häfen in den dichter besiedelten Teilen des Kontinents auf äußerste Schwierigkeiten stoßen. Denn das Eisenbahnnetz ist schwach entwickelt, insbesondere fehlt es an einer Eisenbahnverbindung von dem an der Nordküste gelegenen Port Darwin nach den übrigen Teilen des Kontinents. Aber abgesehen von den Transportschwierigkeiten verfügt Australien überhaupt weder über genügend Rohstoffe für Kriegsmaterial noch über genügend Menschenmaterial. Zur Herstellung von Kriegsmaterial fehlt es ihm an Eisen, wenn es auch ausreichende Kohlenlager hat. Der Mangel an menschlichen Streitkräften wird offenbar, wenn man sich die australische Bevölkerungsdichte vor Augen führt und sie mit anderen Australien am nächsten gelegenen Ländern vergleicht: Brit. Indien 226 pro Quadratmeile, China 200 pro Quadratmeile, Japan 323 pro Quadratmeile, Australien 1,9 pro Quadratmeile. Australiens wehrpolitischer Leistungsfähigkeit sind also durch diesen Mangel an natürlichen Grundlagen enge Grenzen gezogen. Es kann sich aus eigener Kraft wohl kaum verteidigen, zumal da es mit einer Macht wie Japan als möglichem Gegner zu rechnen hat. Es ist klar, daß Australien ein starkes wehrpolitisches Interesse an England haben muß, einem Lande mit hochentwickelter Industrie, einer starken Flotte und dem Reichsheer,

[297]) über die Freiwilligkeit dieser Hilfe vgl. Brentano: Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands, III. Bd., 2. Hälfte, S. 438. Sie wird jedoch von anderer Seite angezweifelt; vgl. Dibelius, England, Berlin 1928, Bd. 1, S. 94/95.

[298]) D. H. Cole a.a.O. S. 212.

[299]) vgl. Dibelius, Bd. I, S. 91, Wilkinson, Imperial Economy S. 105.

[300]) Nach der Volkszählung von 1921 lebten von 5,4 Millionen Australiern allein 3,6 Millionen in Neusüdwales mit der Hauptstadt Sydney und in Victoria mit der Hauptstadt Melbourne, 0,7 Millionen in Queensland mit Brisbane, während man in Westaustralien und den Teritorien von Nord- und Mittelaustralien nur 4000 zählte. (nach Whitaker's Amanack.)

das zum Teil nahe von Australien — in Indien — steht. Was von Australien gilt, gilt auch von dem benachbarten, viel kleineren Neuseeland, dessen Flottenbau noch ganz in den Anfängen steckt.

3. Canada.

Canada hat vom Pazifik nach dem Atlantik eine 3000-Meilen-Grenze, die es von USA trennt, das von den wehrpolitischen Schriften Englands sowie auch vom kanadischen Standpunkt[301]) als „the only possible potential enemy" bezeichnet wird.

Die geographische Lage Canadas würde einer Verteidigung besondere Schwierigkeiten bereiten. Denn auch in Canada drängen sich die Mittelpunkte des Wirtschaftslebens und der Ansiedlung auf einem verhältnismäßig kleinen Raum nahe der Grenze zusammen, einem schmalen Gürtel von etwa 250 Meilen Breite, der längs der Südgrenze von Ozean zu Ozean läuft. Die nördlichen Gebiete sind infolge der Ungunst des Klimas wenig entwickelt. Man kann aus ihnen weder menschliche Streitkräfte noch Rohstoffe beziehen. Große Lager von Kohle und Eisen liegen hier unausgebeutet, weil der Standort der industriellen Produktion den Bezug aus USA rentabler macht als den aus kanadischen Quellen und es an Kapital und Arbeitskräften für die Entwicklung dieser Quellen fehlt. Die Eisenbahnverbindungen Canadas sind leicht verletzlich, da alle wichtigen Knotenpunkte innerhalb weniger Meilen von der Grenze liegen. Die Canadian Pacific Linie geht sogar zum Teil durch USA-Gebiet, nämlich durch den Staat Maine zwischen St. John, New Brunswick und Montreal.

Der wichtigste Wirtschaftszweig Canadas, der Weizenbau, ist leicht lahmzulegen, da der Transport auf Kanäle und Seen nahe der Grenze angewiesen ist. Ein Teil des zur Verschiffung in atlantischen Häfen bestimmten Weizens, nämlich der in Saskatchewan westlich von Regina angebaute, pflegt durch den Panama-Kanal transportiert zu werden, da der unmittelbare Verbindungsweg nach den atlantischen Häfen ihn verteuern würde. Die Energieversorgung der Industrie kann ebenfalls leicht gefährdet werden, da sie aus den Grenzseen gespeist wird. Bedeutsam ist ferner, daß Canadas Bevölkerung nur $^{1}/_{11}$ der der Vereinigten Staaten ausmacht[302]). Canada ist also wie die anderen schwach bevölkerten Dominions im Notfalle auf die Hilfe der Imperial Army angewiesen und auf die englische Seemacht, die in der Lage ist, die Seewege nach Canada zu schützen.

4. Südafrika.

Südafrika ist wohl dasjenige Dominion, dessen geopolitische Lage den größten Grad der Sicherheit gewährleistet. Vom Inneren des Kontinents hat es keine Angriffe äußerer Feinde zu gewärtigen und wenn auch seine Häfen Port Elizabeth, East London und Durban Seeangriffen ausgesetzt sein könnten, so ist doch deren Wahrscheinlichkeit praktisch gering, denn die Entfernungen der nächsten Flottenstützpunkte der wichtigsten Großmächte betragen:

Brest (Frankreich)	5700	Meilen
Newport (USA)	6800	„
Formosa (Japan)	7500	„ [303])

[301]) vgl. den Artikel „Foreign Policy and the Empire, a Canadian View" in „19th Century", September 1933.

[302]) 8,5 Millionen (1921) auf 3,7 Quadratmeilen. Cole, S. 187.

[303]) D. H. Cole, S. 272.

Dafür hat Südafrika seine eigenen inneren Probleme. Eine große Schwierigkeit für das Dominion bildet die Zusammensetzung der Bevölkerung. Von der Gesamtbevölkerung von 6,9 Millionen sind nur 1,5 Millionen Weiße, also etwa 22%, der Rest sind Farbige[304]). Die Konkurrenz der billigen schwarzen Arbeiter und die der indischen Gewerbetreibenden schafft Arbeitsstreitigkeiten und interne Unsicherheit. Bisher sind jedoch die lokalen Streitkräfte mit den hier und da aufflackernden Aufständen stets fertig geworden[305]), und mit einem Generalaufstand kann bei dem niedrigen Kulturstand der farbigen Bevölkerung und ihrem Mangel an Führung wohl kaum gerechnet werden[306]). Das Bevölkerungsproblem Südafrikas liegt außerdem noch in der Zusammensetzung der Weißen, deren nationale Bestandteile sich mit Hilfe des Sprachgebrauchs feststellen lassen: Im Jahre 1921 sprachen von allen über 7 Jahre alten Personen 23,79% nur afrikanisch, 50,71% afrikanisch und englisch, 25,16% nur englisch[307]). Also sind nur 1/4 der Weißen Briten, den Rest bilden die einheimischen Weißen (Buren). Es läßt sich hier kaum von einer einheitlichen Nation sprechen, wie sie General Smuts so erstrebt[308]). Im Gegenteil, unter den Buren machen sich starke Strömungen bemerkbar, die auf eine Loslösung vom Empire hinzielen. So fehlte es im Weltkriege auch nicht an Versuchen, die Unabhängigkeit Südafrikas auszurufen, auch mit Hilfe der Gewalt. Die Aufstände konnten nur dank der Bemühungen Bothas und Smuts unterdrückt werden[309]).

Von einem starken militärpolitischen Interesse Südafrikas am Empire kann man also wohl kaum sprechen. Aber das Interesse des Dominions an den Handels- und finanzpolitischen Beziehungen mit dem Mutterlande dürfte wohl so stark sein, daß Südafrika, wie Dibelius betont, kaum ein Band durchschneiden wird, das ihm im wesentlichen mehr Nutzen als Nachteile bringt[310]).

5. Einfluß der Zugehörigkeit zum Empire auf die Kosten der Landesverteidigung.

Zum Schluß sei noch kurz auf den Anteil der Wehrausgaben am Etat der Dominions und des Mutterlandes eingegangen, die aus Tabelle 12 im Anhang hervorgehen. Aus der Tabelle ergibt sich, daß der Anteil der Militärausgaben am Gesamtetat bei den einzelnen Dominions weitaus geringer ist als beim Mutterlande. Während England 16,6% seiner Gesamtausgaben für die Wehrmacht verwandte, gaben die Dominions nur 2—5% dafür aus. Wären die Dominions selbständige Staaten außerhalb des Empire, so würden sie sicherlich weit höhere Ausgaben an ihre Landesverteidigung wenden müssen. Aus den verhältnismäßig geringen Ausgaben geht hervor, daß sie ihren Schutz in hohem Maße dem Mutterlande anvertrauen. Die letzte Spalte der Tabelle zeigt, wieviel die Dominions und das Mutterland von ihren gesamten Wehrausgaben auf die Flotte ver-

---

304) Encyclopaedia Britannica Vol. 21, S. 47.
305) D. H. Cole, S. 271.
306) D. H. Cole, S. 271.
307) Encyclopaedia Britannica Vol. 21, S. 150.
308) George Aston, The Problem of Defence, Lond. 1925 S. 72.
309) Encyclopaedia Britannica Vol. 21, S. 61.
310) Dibelius, Bd. 1, S. 87.

wenden. Australien und Neuseeland geben in Anbetracht ihrer geopolitischen Lage den größten Teil ihres Wehraufwandes für die Flotte hin, nämlich 69,4 bezw. 66,7%. Aber ihre Flottenausgaben sind gering, wenn man die Ziffern mit denen Englands vergleicht. Sie betragen nur etwa 5% bezw. etwa ¾ % der englischen Flottenausgaben.

Auch aus der Gestaltung der Militärausgaben geht also hervor, daß die Dominions aus wehrpolitischen Gründen ein Interesse am Bestand des britischen Empire haben müssen. Dank ihrer Zugehörigkeit zum Empire genießen sie ein hohes Maß an Sicherheit, das ihnen sonst sehr teuer zu stehen gekommen wäre und das sie sich wahrscheinlich aus eigener Kraft nicht hätten verschaffen können[311]).

E. Zusammenfassung: Rechtfertigt die Entwicklung der imperialen Wirtschaftsbeziehungen eine Politik im imperial-protektionistischen Sinne?

Werfen wir zum Schluß dieser Betrachtung der imperial-protektionistischen Strömung in ihrem Verhältnis zur Wirklichkeit zusammenfassend die Frage auf, inwiefern die wirkliche Gestaltung der Empire-Wirtschaftsbeziehungen eine Politik in imperial-protektionistischem Sinne rechtfertigt, so ergbt sich folgendes: Eine solche Politik ist gerechtfertigt unter nachstehenden Gesichtspunkten:

1. Der Steigerung der Abhängigkeit Englands von Empiremärkten seit dem Kriege bei gleichzeitigem Rückgang der Bedeutung ausländischer Märkte;
2. Der trotz eines erhöhten Grades wirtschaftlicher Unabhängigkeit der Empireländer vom Mutterland seit dem Kriege auf den meisten bedeutenden Empiremärkten immer noch beherrschenden Stellung Englands in der Waren- und Kapitalversorgung der Empireländer;
3. Der Fähigkeit der Rohstoff- und Lebensmittelproduktion der Empireländer, den überwiegenden Teil des englischen Einfuhrbedarfs zu decken, sodaß die natürlichen Grundlagen für ein im wesentlichen selbstgenügsames Empire gegeben sind.
4. Den deutlichen Ansätzen zu einer Verstärkung der Empire-Wirtschaftsbeziehungen seit 1932 unter dem Einfluß — wenn auch nicht unter dem alleinigen Einfluß — einer imperial-protektionistisch eingestellten Politik.
5. Der Tatsache, daß außer den wirtschaftlichen Banden auch noch solche auf nicht wirtschaftlichem Gebiet, so vor allem auf dem der Wehrpolitik bestehen, was die Grundlage für die Fortsetzung und den Ausbau der wirtschaftspolitischen Verknüpfung von Mutterland und Tochterstaaten verstärken dürfte.

Die sich den imperial-protektionistischen Bestrebungen darbietenden wirtschaftlichen Gegenkräfte in den Empireländern bestehen neben der nach dem Kriege verstärkten Tendenz zum Ausbau außerbritischer Handelsbeziehungen in ihrer Industrialisierung, der Möglichkeit eines weiteren Fortschreitens derselben und der daraus entspringenden hochprotektionistischen Handelspolitik. Die Verträge von Ottawa, von denen England eine Milderung der dominialen protektionistischen Wirtschaftspolitik für seine Ausfuhr erhoffte, haben diese Hoffnung bisher nur in einigen Fällen erfüllt.

[311]) vgl. auch Melchett: Imperial Economic Unity, S. 55.

IV. Die verschiedenen Tendenzen in der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik Englands, insbesondere der Widerstreit zwischen National- und Imperialprotektionismus.

Die Gegenkräfte, die sich imperial-protektionistischen Bestrebungen darbieten, liegen jedoch nicht nur in den Empireländern, sondern auch in England selbst.

Zweifellos spielt die Idee der Ausgestaltung des Empire zu einem großen Wirtschaftsraum, für deren Durchführung die Politik von Ottawa einen Ansatz bildet, eine bedeutsame Rolle in der Wirtschaftspolitik der Gegenwart. Politisch wurzelt sie in den Kreisen der Konservativen[312]). Die wirtschaftlichen Interessenten an einer solchen Politik sind in den Kreisen der für den Export arbeitenden Industrien zu suchen. So hat die Federation of British Industries eine große Rolle bei der Befürwortung einer Handelspolitik zugunsten der Empire-Wirtschaftsbeziehungen vor dem Zustandekommen der Ottawa-Verträge gespielt[313]).

Jedoch sind die Interessen der Exportindustrien keineswegs einheitlich, da sie in verschiedenem Grade an den Empiremärkten interessiert sind. André Siegfried[314]) bezeichnet die um Birmingham konzentrierten Industriegruppen, Metallindustrie, mechanische Industrie, Kupferraffinerie, Glas, elektrische Industrie als Hauptstützen der imperial-protektionistischen Wirtschaftspolitik. Dagegen sind gewisse Teile der englischen Exportindustrie weniger an Empiremärkten interessiert. So ist der Kohlenexport ausschließlich auf außerbritische Märkte angewiesen[315]). Wie — z. B. von französischen Autoren[316]) — hervorgehoben wird, würde eine zielbewußte Politik zugunsten einer engen wirtschaftlichen Verknüpfung von Mutterland und Empireländern früher oder später den Verlust zur Zeit noch bedeutender außerbritischer Märkte, vor allem des europäischen Marktes, zur Folge haben.

Die Bemühungen der englischen Politik, mit einer ganzen Reihe nicht britischer Länder Handelsverträge abzuschließen[317]), die bald nach der Konferenz von Ottawa einsetzten, zeigt, daß England stark daran liegt, sich diese nicht-britischen Märkte zu erhalten, vor allem, sich den Kohlenexport dorthin in bestimmtem Umfange durch Kontingente zu sichern[318]).

Besonders bemerkenswert ist jedoch die ebenfalls durch konservative Kreise gestützte agrarpolitische Aktivität der gegenwärtigen englischen Wirtschaftspolitik und der durch sie entstehende Wider-

---

[312]) über die englischen Parteien und ihre Programme vgl. Political Handbook of the World, Parliament, Parties and Press, ed. by Walter Mallory, New York 1933.

[313]) Nach Bandmann im Wirtschaftsdienst vom 22. 4. 33: England, die Federation of British Industries zur Lage.

[314]) L'Angleterre d'aujourd'hui.

[315]) vgl. Viçose S. 219/220.

[316]) Viçose u. André Siegfried in La Crise anglaise au XX ième siècle.

[317]) vgl. Wilhelm Grotkopp: Englands handelspolitische Wendung in „Die Bank" vom 14. 6. 33.

[318]) nach Grotkopp.

streit national- und imperial-protektionistischer Tendenzen. Am 30. Juni 1934 ist die Verpflichtung Englands zur Bewilligung freier Einfuhr von Fleisch aus den Dominions erloschen; im nächsten Jahre laufen Vertragsteile über die freie Einfuhr von Molkereiprodukten aus den Dominions ab.

Vorläufig abgegebene Erklärungen des britischen Landwirtschaftsministers lassen vermuten, daß das Interesse am Empirehandel hinter dem am Schutz des heimischen Produzenten zurücktreten soll[319]).

In Anbetracht der großen Bedeutung, die landwirtschaftliche Produkte, wie Fleisch und Molkereiprodukte, für die Ausfuhr gewisser Dominions, besonders Australiens und Neuseelands, haben, dürfte eine solche Entwicklung ein Schlag für die Interessen der betroffenen Empireländer sein.

Ob die national-protektionistische Tendenz von Bestand sein wird, darf jedoch wohl als fraglich angesehen werden[320]). Es darf nicht vergessen werden, daß es sich um eine im Fluß begriffene wirtschaftspolitische Entwicklung handelt und daß es schwer ist, zwischen Notmaßnahmen und Bestand versprechenden Tendenzen zu unterscheiden.

Erforscher des englischen Charakters heben hervor, daß dieser strikten Grundsätzen abhold sei[321]), ein Zug, der sich in der Politik auspräge. Dies berechtigt zu der Annahme, daß auch die zukünftige Wirtschaftspolitik Englands einen Weg des Kompromisses finden wird[322]).

---

[319]) vgl. Debatte im Unterhaus am 19. 3. 34 nach Bericht des Daily Telegraph vom 20. 3. 34.

[320]) Ein Gesichtspunkt, den auch Verfechter einer stark agrarisch eingestellten Wirtschaftspolitik betonen, so Astor und Murray in „Planning of Agriculture".

[321]) so Dibelius: England; Scarborough: England muddles through, New York 1932.

[322]) auch betont von André Siegfried, La Crise anglaise, und Viçose.

Anhang.

Abkürzungen in den Tabellen:

Aust. = Australien
Can. = Canada
Ceyl. = Ceylon
Emp. = Empire
ges.Emp. = gesamtes Empire
Gr.Brit. = Grossbritannien
Ind. = Indien
Neuf. = Neufundland
Neus. = Neuseeland
SAfr. = Südafrika
üb.Emp. = übriges Empire

Tabelle 1.

Grossbritanniens Ausfuhr nach dem Emp. vor und nach dem Kriege bis zur Weltkrise in % seiner Gesamtausfuhr (nach Coatman).

Land	1913	1924	1925	1926	1927	1928	1929
Can.	4,5	3,6	3,8	4,3	4,4	5,0	5,0
Aust.	6,6	7,8	8,2	9,9	9,1	8,1	7,8
Neus.	2,1	2,6	3,1	3,3	2,9	2,8	3,1
SAfr.	4,2	3,9	4,2	5,2	4,5	4,6	4,7
Ind.	13,4	11,5	11,7	13,2	12,6	12,2	11,3
Neuf.	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1
üb.Emp.	6,2	10,5	8,0	8,6	9,0	9,2	9,0
ges.Emp.	37,2	40,1	39,2	44,7	42,6	42,0	41,0

Tabelle 2.

Einfuhr einzelner britischer Länder aus Gr.Brit. vor und nach dem Kriege bis zur Weltkrise in % ihrer Gesamtausfuhr (nach Coatman).

Land	1910/14	1921/25	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29	1929/30
Can.	22	17	17	15	16	15	15
Aust.	40	47	-	41	43	40	41
Neus.	58	53	-	49	51	50	49
SAfr.	59	51	-	48	45	44	43
Ind.	62	55	-	47	46	44	41

Tabelle 3.

Grossbritanniens Export nach dem Empire 1929-31 (Zahlen aus Viçose, S.415/9)

Land	Millionen £			% des Gesamtexports			
	1929	1930	1931	1929	1930	1931	
Can.	35,-	29,1	20,5	5,-	5,4	5,7	
Aust.	54,3	31,7	14,6	7,8	5,9	4,1	
Neus.	27,3	17,8	11,1	3,9	3,3	3,1	
SAfr.	32,5	26,4	21,8	4,7	4,9	6,1	
Ind.+Ceyl.	84,1	56,9	35,-	12,-	10,6	9,7	ohne
üb.Emp.	60,7	51,5	36,9	8,7	9,6	10,3	Irland
ges.Emp.	293,9	213,4	139,9	42,1	39,7	39,0	
Ausland	404,8	322,4	218,5	57,9	60,3	61,0	

Tabelle 4

Einfuhr einzelner britischer Länder aus Gr.Brit. ab 1929 in % ihrer Gesamteinfuhr +).

Land	1929	1930	1931	1932	1933
Can.	14	16	17	20	24
Aust.	41	38	38	40	++)
Neus.	47	47	49	49	++)
SAfr.	43	46	43	44	++)
Ind.	42	40	34	36	40+++)

+)Vgl. External Trade Bureau, Trade of Canada, 1934, S.18ff.- Aust. Statistics of Oversea Imports & Exports, 1932/33, S.434/5.- Statistical Report on Trade & Shipping in the Dom. of N.Zealand, 1930, S.XII, XIII, 1932, S.XX, XXII.- Annual Statement of the Trade & Shipping in the Dom. of S.Afr., 1930, S.XII, XIII, 1932, S.XX, XXII.- Accounts Relating to the Sea-borne Trade & Navigation of Br.Ind. 1931, S.24, 1933, S.24/25 ++)Noch nicht feststellbar. +++) vorläufige Zahlen.

Tabelle 5.

Ausfuhr einzelner britischer Länder nach Gr.Brit.vor u.nach dem Kriege bis zur Weltkrise in % ihrer Gesamtausfuhr (nach Coatman).

Jahr	Can.	Aust.	Neus.	SAfr.	Ind.	
1910/14 +)	47	44	80	90	26	+) Jahresdurchschnitt
1921/25 +)	34	41	82	67	23	
1925/26	37	-	-	-	-	
1926/27	34	33	78	63	21	
1927/28	32	37	76	54	25	
1928/29	29	37	72	55	22	
1929/30	25	53	74	65	22	

Tabelle 6.

Anteil einzelner brit.Lander u.des üb.Emp. an der Gesamteinfuhr Grossbritanniens in % derselben vor u.nach dem Kriege bis zur Weltkrise (Coatman)

Land	1913	1924	1925	1926	1927	1928	1929	
Can.	4,0	5,4	5,5	5,3	4,7	5,0	4,0	
Aust.	5,0	4,8	5,7	5,1	4,5	4,7	4,7	
Neus.	2,6	3,8	4,0	3,9	4,0	4,1	4,0	
SAfr.	1,6	1,5	2,0	1,6	1,8	2,1	2,1	
Neuf.	0,1	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	
Ind.	6,3	6,4	6,3	4,8	5,6	5,6	5,3	
üb.Emp.	5,3	4,8	5,9	6,5	6,1	5,3	5,7	
ges.Emp.	24,9	26,9	29,6	27,3	26,9	27,0	26,0	

Tabelle 7.

Anteil des Empire an der Lebensmittel=und Rohstoffeinfuhr Grossbritanniens (Zahlen aus Grondona und Russell)

Warenart	Jahr	Mengen= einheit	Gesamt= einfuhr	davon aus dem Emp.	Anteil des Emp. in %
Weizen	1926/30+)	1000 cwt	105.362	46.946	44,5
Butter	" "	"	6.194	2.613	42,2
Käse	" "	"	3.015	2.580	85,6
Fleisch, allgem.	" "	"	30.008	5.569	18,6
Rindfl., gekühlt,	" "	"	9.352	-	-
gefror.	" "	"	2.345	1.258	53,3
Hammel=u. Lammfl., gefror.	" "	"	4.977	3.514	70,6
Speck	" "	"	8.437	848	10,1
Schinken	1931	"	909,5	179,5	19,7
Eier	1927/30+)	1000 Great Hundreds++	25.578	5.729	22,4
Äpfel	1926/30+)	Millionen) cwt)	6,7	2,9	43,3
Wein	1929/30	Millionen) gallons)	14,4	2,7	18,8
Zucker	1927	1000 cwt	32.913	9.371	28,4
Kakao	"	"	1.206	1.197	99,3
Tee	"	1000 lbs	537.002	447.574	83,3
Kaffee	"	cwt	681.478	319.789	46,9
Tabak	"	1000 lbs	222.266	40.952	18,4
Rohbaum= wolle	"	1000 cen= tals	15.483	1.488	9,6
Rohwolle	"	"	6.919	5.590	80,8
Hanf	"	"	1.805	419	23,2
Jute	1924/27+)	"	6.857	6.646	96,9
Rohgummi	1926/29+)	"	21.389	17.157	80,2
Häute	1925/28+)	"	12.457	7.486	60
Holz	1924/27+)	Wert: £	46.623	5.000	10,7

Tabelle 7 (Fortsetzung).

Warenart	Jahr	Mengen= einheit	Gesamt= einfuhr	davon aus dem Emp.	Anteil des Emp.in %
Eisenerz	1925/28+)	1000 Ton-	4.019	16	0,4
Magnesium	" "	" nen	206,9	161,4	78
Chrom	" "	" "	17,-	7,5	44,1
Kupfer	" "	" "	39,5	23,7	60
Zink	" "	" "	130,7	130	99,9
Zinn	" "	" "	68,3	12,3	18
Blei	" "	" "	4,4	3,3	75
Erdöl	" "	1000 Gal- lons	567.335	2.269	0,4

+) Jahresdurchschnitt ++) 1 Great Hundred = 120 Stck.

Tabelle 8.

Grossbritanniens Einfuhr aus dem Emp. u.dem Ausland 1931-33.
(nach Statist:Banking&Commercial Review Section, 20.II.32 u.17.II.34)

Land	Millionen £			% des Gesamtimports			
	1931	1932	1933	1931	1932	1933	
Can.	31,2	43,1	46,2	4,1	6,5	7,2	
Aust.	45,-	46,2	48,6	5,9	7,-	7,5	
Neus.	27,3	37,5	37,2	3,6	5,6	5,8	
SAfr.	12,-	15,5	14,4	1,6	2,3	2,2	+) ohne Irland
Ind.	35,9	32,3	37,4	4,7	4,9	5,8	
üb.Emp.+)	41,2	36,5	35,5	5,4	5,5	5,5	
ges.Emp.	192,6	211,1	219,3	25,3	31,8	34,0	
Ausland	566,6	453,5	426,4	74,7	68,2	66,0	

Tabelle 9.

Grossbritanniens Ausfuhr nach dem Empire und dem Ausland 1931-33.
(Quelle wie bei Tabelle 8).

Land	Millionen £			% des Gesamtexports			
	1931	1932	1933	1931	1932	1933	
Can.	20,6	16,4	17,5	5,8	4,9	5,1	
Aust.	14,6	20,-	21,3	4,1	6,-	6,2	
Neus.	11,2	10,4	9,5	3,2	3,1	2,8	
SAfr.	21,8	18,1	23,3	6,2	5,4	6,8	
Ind.	33,2	34,1	33,4	9,4	10,2	9,8	+)ohne Irland
üb.Emp. +)	32,2	34,2	33,1	9,1	10,3	9,7	
ges.Emp.	133,6	133,2	138,1	37,8	39,9	40,4	
Ausland	218,6	199,5	203,9	62,2	60,1	59,6	

Tabelle 10

Ausfuhr einzelner britischer Länder nach Gr.Brit. seit 1929 in % ihrer Gesamtausfuhr (Quellen wie bei Tabelle 4).

Land	1929	1930	1931	1932	1933
Can.	24	26	28	36	39
Aust.	53	50	53	55	+)
Neus.	73	80	87	87	+)
SAfr.	52	51	49	45	+)
Ind.	21	22	21	26	29++)

+) noch nicht feststellbar
++)vorläufige Zahl ("subject to revision")

Tabelle 11.

Geographische Verteilung der Neuemissionen auf dem englischen Kapitalmarkt vor und seit dem Weltkriege (nach Schätzungen des Statist).

Jahr	Inland		Empire		Ausland	
	Millionen £	% der Gesamtemissionen	Millionen £	% der Gesamtemissionen	Millionen £	% der Gesamtemissionen
1907	42	32	28	21,4	61	46,6
1908	59	28,8	61	29,8	85	41,4
1909	31	14,6	85	39,9	97	45,5
1910	43	18,5	83	35,8	106	45,7
1911	32	16,3	61	31,1	103	52,6
1912	51	24,2	64	30,3	96	45,5
1913	51	20,5	100	40,1	98	39,4
1924	107	44,2	64	26,5	71	29,3
1925	145	59,4	69	28,3	30	12,3
1926	142	53,5	58	21,9	65	24,6
1927	164	51,7	98	30,9	55	17,4
1928	218	58	81	21,5	77	20,5
1929	146	56,8	59	23,-	52	20,2
1930	132	53,4	71	28,8	44	17,8
1931	56	54,9	38	37,3	8	7,8
1932	82	73,9	29	26,1	-	-
1933	98	73,7	28	21	7	5,3

Tabelle 12.

Ausgaben Grossbritanniens und einiger Dominions für die Landesverteidigung (1.IV.1930 - 31.III.1931) +)

Land	Gesamtausgaben d.Staates in Millionen	Gesamte Wehrausgaben in Millionen	% der Gesamtausg.d.Staat.	Ausg.für d.Flotte in Mill.	% der gesamten Wehrausgab.
Gr.Brit.	£ 799,1	£ 132,7	16,6	£ 51,7	38,9
Can.	$ 440,-	$ 21,6	4,9	$ 3,5	16,3
Aust.	£ 80,3	£ 3,6	4,5	£ 2,5++	69,4
Neus.	£ 24,7 o)	£ 0,6 oo)	2,4	£ 0,4	66,7
SAfr.	£ 24,2 ooo)	£ 0,8	3,3	£ 0,07	8,8

+) nach Whitakers Almanack,1933,S.613,776,795;-The Canada Year Book, 1932, Union of SAfr.,Official Year Book,1932,S.700/709;- Société des Nations,Annuaire Militaire,1933,S.61,556/7;-Encyclopaedia Britannica,Vol.2,S.723

++)Durchschnitt aus 1922-28.

o) ohne Ausgaben für Eisenbahn-,Post- und Telegraphenwesen.

oo)ohne Militärpensionen

ooo)Ohne Zinsen für das in Eisenbahnen angelegte Kapital und Subsidien an die Provinzverwaltungen.

Quellenangabe.

A. Literatur.

Aston: The Problem of Defence, London 1925.
Astor and Murray: Land and Life, London, 1932.
—, The Planning of Agriculture, London 1933.
Bandmann: Verschiedene Artikel im „Wirtschaftsdienst" 1933
Brand: Addendum zum Macmillan-Report s. unter „Report".
Brentano: Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands, Jena 1929.
Cambridge History of the British Empire, 1929.
Carvalho: The Manufacturing Industries of the Empire, London 1930: Part I Canada, Part II Australia, Part III New Zealand, Part IV South Africa.
Cassel: International Movements of Capital in „Foreign Investments", Chicago 1928.
Christian: Die englische Handelspolitik seit dem Kriege, Berliner Dissertation 1928.
Coatman: Die britische Reichswirtschaftskonferenz von Ottawa im „Weltwirtschaftlichen Archiv", Januar 1933.
Cole, D. H.: Imperial Military Geography, London 1928.
Cole, G. D. H.: The Next Ten Years in British Social and Economic Policy, London 1929.
—, British Trade and Industry, Past and Future, London 1932.
—, The Intelligent Man's Guide through World Chaos, London 1933.
Condliffe: Die Industrialisierung der wirtschaftlich rückständigen Länder im „Weltwirtschaftlichen Archiv", April 1933.
Copland: Zolltarif und Arbeitsmarkt in Australien im „Weltwirtschaftlichen Archiv", Januar 1933.
Dibelius: England, Leipzig und Berlin 1925.
v. Dietze: Die gegenwärtige Agrarkrisis in „Wirtschaftsprobleme der Gegenwart", Berlin 1930.
Duguid: „Our Suicidal Apathy over Canada" im „Daily Telegraph" v. 5. 12. 33.
Einzig: The Fight for Financial Supremacy, London 1932.
Fielding: Your Road to Prosperity, London 1923.
Gregory: Britain and Foreign Investments in „Foreign Investments", Chicago 1928.
—, Addendum zum Macmillan-Report s. unter „Report".
Grondona: Empire-Stock-Taking, London 1930.
Grotkopp: „Englands handelspolitische Wandlung" in „Die Bank" vom 14. 6. 33.
Hewins: Apologia of an Imperialist; 40 Years of Empire Policy, London 1929.
House of Commons: Debates, laufend veröffentlicht.
Imperial Economic Conference at Ottawa, 1932: Summary of Proceedings and Copies of Trade Agreements. Cmd 4174.
International Institute of Agriculture: The Agricultural Situation in 1929/30, Rom 1931. Dasselbe 1930/31, Rom 1932.
Kale: Britisch-Indien und die Weltwirtschaft im „Weltwirtschaftlichen Archiv", Januar 1933.
Keeble: Fertilizers and Food Production, Oxford 1932.
Keynes: Addendum zum Macmillan-Report s. unter „Report".
—, Verschiedene Artikel in „Nation and Athenaeum" bezw. „New Statesman and Nation" aus den Jahren 1925, 1927 und 1933.
—, The End of Laissez-Faire, London 1926.
Leacock: Economic Prosperity in the British Empire, London 1930.
Leubuscher: Liberalismus und Protektionismus in der englischen Wirtschaftspolitik seit dem Kriege, Jena 1927.
Levy: Die englische Wirtschaft, Leipzig 1922.

Liberal Industrial Inquiry: Britain's Industrial Future, London 1928.
Löwenstein: Das heutige Verfassungsrecht des britischen Weltreichs im Jahrbuch des öffentlichen Rechts, XIII, 1925.
Loveday: Britain and World Trade, London 1931.
Lymington: Horn, Hoof and Corn, London 1932.
MacCurdy: Empire Free Trade, London 1930.
Melchett: Imperial Economic Unity, London 1930.
Newbold: „Reservation" zum Macmillan-Report s. unter „Report".
Obst: England, Europa und die Welt, Berlin 1927.
Orwin: Farm Economics in „Journal of the Royal Agricultural Society of England", Vol. 94, London 1933.
Philippovich: Grundriß der politischen Ökonomie, 19. Aufl., Tübingen 1926.
A Picture of World Economic Conditions at the Beginning of 1931, New York 1931.
Political Handbook of the World, Parliament Parties and Press, ed. by Walter Mallory, New York 1933.
v. Renvers: Die Agrarprogramme der politischen Parteien in England in der Nachkriegszeit, Berliner Dissertation 1933.
Report, Agricultural Marketing v. 26. 5. 33.
—, final, of the Committee on Commercial and Industrial Policy after the War (Balfour- and Burleigh-Committee), 1918, Cmd 9035.
—, final, of the Committee on Trade and Industry (Balfour-Committee), 1929, Cmd. 3282.
—, of the Comittee on Debt and Taxation (Colwyn Committee), 1925.
—, of the Committee on Finance and Industry (Macmillan-Committee) 1931, Cmd. 3897.
—, of the Departmental Committee (Linlithgow-Committee) on Distribution and Prices of Agricultural Products, Ministry of Agriculture and Fisheries, 1924.
—, of the Industrial Transference Board, London 1928.
—, of the Reorganization Committee for Pigs and Pig Products, Economic Series Nr. 37, 1932.
Russell: The Farm and the Nation, London 1933.
Salter: Recovery, the Second Effort, London 1932.
Sargent: British Industries and the Empire, London 1930.
Scarborough: England muddles through, New York 1932.
v. Schultze-Gaevernitz: Britischer Imperialismus und englischer Freihandel zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Leipzig 1906.
Siegfried: L'Angleterre d'aujourd'hui, Paris 1924.
—, La Crise anglaise au XXième Siècle, Paris 1932.
Skilbeck and Messer: The Incidence of Farming Prosperity and Depression, London 1929.
Smith, Douglas: Economics of Empire Trade, London 1930.
Sombart: Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, München und Leipzig 1927.
Starck: Der Kapitalexport und seine Rückwirkungen auf das kapitalexportierende Land, an Hand der englischen Entwicklung untersucht, Leipzig 1932.
Street: The Agricultural Marketing Act 1933 in „Journal of the Royal Agricultural Society of England", Vol. 94, London 1933.
Taylor: Production and Trade, a Geographical Survey of all the Countries of the World, London 1930.
Das Vertagswerk von Ottawa, vollständiger deutscher Wortlaut und Erläuterung der Verträge, herausgegeben von der Zentralstelle für Außenhandel gemeinsam mit der Schriftleitung der Korrespondenz „Industrie und Handel", Berlin 1932.
Viçose, Courtois de, Le Comerce Extérieur de la Grande Bretagne, Paris 1932.

Wilkinson: Imperial Economy, London 1930.
Willson: Markets of the Empire, London 1930.
The World's Economic Crisis, Halley Stewart Lecture, London 1932.
Woytinski: Die Welt in Zahlen, 1928.

B. Statistisches Material und Jahrbücher.

Accounts relating to the Sea-borne Trade and Navigation of British India, Department of Comercial Intelligence and Statistics, Delhi, jährlich.
The Agricultural Ontput and the Food Supplies of Great Britain, Ministry of Agriculture and Fisheries, 1929.
Annual Statement of Trade and Shipping in the Union of South Africa, Pretoria, jährlich.
Australian Statistics of Oversa Imports and Exports and Customs and Excise Revenue, Commonwealth Bureau of Census and Statistics, Camberra, jährlich.
The Canada Year Book, Ottawa, jährlich.
The Indian Year Book, Bombay und Calcutta, jährlich.
International Institute of Agriculture, Rome, Year Book of Statistics 1929—30.
Official Year Book of the Union of South Africa, jährlich.
Société des Nations: Annuaire Militaire, Genf, jährlich.
The Statesman's Year Book, London, jährlich.
Statistical Abstract for the British Empire for each of the seven years 1924—30, Cmd. 4102.
Statistical Abstract for the United Kingdom for each of the years 1913 and 1919 to 1932, Cmd 4489.
Statistical Report on Trade and Shipping in the Dominion of New Zealand, Wellington, jährlich.
Trade of Canada; Department of Trade and Commerce, Dominion Bureau of Statistics, External Trade Bureau, Ottawa, jährlich.
Whitaker's Almanack, London, jährlich.

C. Zeitschriften und Zeitungen.

Die Bank.
Berichte über Landwirtschaft.
The Daily Telegraph.
The Economist.
The Fortnightly Review.
The Nineteenth Century and After.
The Observer.
The Round Table.
The Statist.
The Times.
Vossische Zeitung.
Währung und Wirtschaft.
Wirtschaftsdienst.

C. Nachschlagewerke.

The Encyclopaedia Britannica.

Lebenslauf.

Am 29. Dezember 1902 wurde ich, Gisela Weber, zu Montevideo (Uruguay) geboren als Tochter des deutschen Generalkonsuls Rudolf Weber und seiner Frau Hedwig geb. Fink. 1922 machte ich das Abitur an der realgymnasialen Studienanstalt der Chamissoschule zu Berlin-Schöneberg und studierte darauf 4 Semester Nationalökonomie an der Universität Berlin. Dann war ich in kaufmännischen Betrieben tätig. 1926—28 studierte ich weitere 4 Semester Wirtschaftswissenschaften, Englisch und Französisch an der Handelshochschule Berlin und legte dort 1928 die Diplomprüfung für das Handelslehramt ab. Nach darauffolgender unterrichtlicher Tätigkeit an Handels- und Berufsschulen studierte ich 1932 noch ein Semester Nationalökonomie an der Universität Berlin. Zur Anfertigung meiner Dissertation hielt ich mich 1933/34 mehrere Monate in England auf und legte im Januar 1935 die mündliche Prüfung zum Dr. phil. an der Universität Berlin ab.